Nr. 235. 18. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen: Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pr. Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1901 unter Nr. 7671. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen" jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort fett), Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin"

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Dienstag, den 8. Oktober 1901.

Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3. Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Quittung.

Im Monat September gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

Altona, vom Centralverein der Former bei dem Uebertritt in den Deutschen Metallarbeiter-Verband 30,—. Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 2. Kreis 500,— (darunter von „Süd" 3,—). 6. Kreis Moabit 192,69 (darunter H. Jarges 3,—). 6. Kreis Rosenthaler Vorstadt u. Gesundbrunnen 800,—. 6. Kreis Wedding u. Oranienb. Vorstadt 700,—. Berlin, diverse Beiträge: Junggesellen des T. V. W. 10,—. W. H. 50,—. Dr. L. A. für Aug.-Septbr. 100,—. Gesammelt durch L. 13,60. M. W. 2,—. Buchhalter Berger 20,—. Contobucharbeiter vom Wedding 5,—. Cigarrenfabrik R. Schulze, Friedrichsfelderstraße 21, 5,—. E. und S. 9,—. Von den Arbeitern der Neuen Berliner Genossenschaftsbäckerei außer Beyer 20,—. St. 50,—. Arbeiter und Arbeiterinnen der Buchbinderei von M. Bading 10,—. Jule, Ritterstraße 85, 3. Quartal 20,60. Buchdruckerei-Hilfsarbeiter von M. Bading (Abteilung „Vorwärts") 10,—. Stiefel 3,—. Ueberschs. einer Kranzspende durch Grunert 4,50. A. Qu., Boeckhstraße, 5,—. Mitglieder der U.-Dr. 5,35. P. S. 50,—. A. B. 50,—. Von Verwaltungsmitgl. des Konsumvereins Berlin Nord 37,50. Bern 50,—. Bremen, von Genossen, 300,—. Breslau, socialdem. Verein, 50,—. Buxtehude, von den Alten durch Weber 3,—. Bamberg, Solitarius 5,—. Erfurt, Wahlkr. Erf.-Schl.-Ziegenr. 50,—. Falkenberg (Oberschl.) 2,—. Gotha, durch den Vertrauensm. 50,—. Greiz, Wahlkr. Reuß ä. L. 300,—. Harburg, 19. hannöv. Wahlkr. 200,—. Hastedt bei Bremen, von Genossen 10,—. Hamburg, im Monat September in der Expedition des „Echo" eingegangen 155,30. Hagen i. W., zwei Auchgenossen 4,—. Haßfurt a. M. L. N. 3,—. Jena, 3. weimarischer Wahlkreis, 3. Quartal 30,—. Jena, von Apoldaer und Jenaer Genossen, Ueberschuß des Telegrammes an den Parteitag 4,70. Limmer, 9. hannöverscher Wahlkreis durch M. 50,—. Lahr i. B., Altvater 5,—. Mittweida, Namenlos 4,—. München, socialdemokratischer Verein Nordwest 10,—. Mannheim, Aktiendruckerei 500,—. Mülheim (Rhein), Habakuk 3,—. München, Waldläufer für August-September 10,—. Nürnberg-Altdorf, socialdemokratischer Verein 20,—. Offenburg i. B., von einer Anti-Revisionistin, anläßlich der Bernsteindebatte, 20,—. Plauen i. V., Diskutierklub Wahrheit 3,—. Reichenbach i. V., Lese- und Diskutierklub Gleichheit 5,—. Regensburg, socialdemokr. Verein, 3. Quartal, 10,—. Rheydt, durch den Vertrauensmann 4,—. Stuttgart, G. U. 10,—. Sulzbach, D. 3,—. Württemberg 100,—.

Berlin, den 7. Oktober 1901.

Für den Parteivorstand:
A. Gerisch, Kreuzbergstr. 30.

Die Landtagswahlen in Baden.

Aus Baden wird uns geschrieben:

Als das bedeutungsvollste Moment der Wahlmännerwahlen des 4. Oktober wird allgemein der Heimfall der Landeshauptstadt Karlsruhe an den regierungsfreundlichen Nationalliberalismus angesehen. Aber selbst in der Presse der siegreichen Partei wird es bei der Besprechung dieses Wahlergebnisses vermieden, von einer Niederlage der Socialdemokratie zu sprechen. Unsre Gegner fühlen eben, trotz aller Freude über den schwer erkämpften Sieg, doch deutlich heraus, wie schwach es um ihre neu erkämpfte Position bestellt ist. Und in der That: abgesehen von der politischen Bedeutung eines doppelten Mandatsverlustes, hat die Socialdemokratie Karlsruhes keinen Anlaß, mit dem Ergebnis der dortigen Wahlmännerwahlen besonders unzufrieden zu sein.

Vor vier Jahren, als die Residenz zum letztenmal zur Wahl stand, erfreute sich der demokratisch-socialistische Wahlvorschlag nicht nur der kräftigen Unterstützung des Centrums, auch die Karlsruher Freisinnigen traten damals für ihn ein. Der national-konservativen Vereinigung stand also die gesamte Opposition, vom Centrum bis zur Socialdemokratie, gegenüber, so daß der Sieg der letzteren keineswegs überraschend kam. Wie viel anders hatte sich dagegen diesmal der Aufmarsch der Parteien vollzogen! Der „Freisinn" war von vornherein ein offenes Bündnis mit den Nationalliberalen eingegangen, dem sich auch die Konservativen, Antisemiten 2c. anschlossen, und die Stellung des Centrums war in Karlsruhe während der ganzen Wahlbewegung dermaßen zweifelhaft, daß eine thatkräftige Unterstützung der Opposition am Wahltage nicht von ihm zu erwarten war. Wenn es unsrer Partei dennoch gelang, ihre Stimmenzahl diesmal von rund 4900 auf etwa 5400 zu steigern, so ist dies doch gewiß ein Erfolg, mit dem sie sich wohl zufrieden geben kann, und demgegenüber der Zuwachs der gegnerischen Liste von rund 1000 Stimmen kaum ins Gewicht fällt. Das Mehr an Urwählerstimmen beträgt bei unsren Gegnern nur etwa 250. Bei den mannigfachen Zufälligkeiten, die das indirekte Wahlsystem mit seiner willkürlichen Distriktseinteilung mit sich bringt, hätten einige fünfzig Stimmen mehr genügt, um den Sieg der Socialdemokratie zu sichern.

Es war klar, daß es der Socialdemokratie nicht gelingen werde, sich des Ansturms der vereinigten bürgerlichen Gegner zu erwehren, wenn es diesen gelang, das Gros ihrer Anhänger an die Urne zu bringen. Und daß dies letztere geschah, dafür sorgte die patriotisch-dynastische Feststimmung, in die man das hauptstädtische Spießer- und Kleinbürgertum im Hinblick auf das demnächst stattfindende fünfzigjährige Regierungsjubiläum des Großherzogs Friedrich versetzt hatte. Man redete den Leuten ein, ein socialistisches Votum der Residenz käme in dem Augenblick, wo sie sich zur Feier eines hohen Festes der angestammten Dynastie anschicken sollte, einer Verletzung der dem Landesherrn schuldigen Achtung und Ehrerbietung gleich; und es hieße das hurrahselige, nach den moralischen und materiellen Stipendien des fürstlichen Hofes lüsterne Spießbürgertum einer deutschen Residenzstadt zu hoch einschätzen, wollte man annehmen, daß derartige Erwägungen bei ihm nicht in weitem Umfang die politische Stellungnahme zu beeinflussen im stande wären. So spitzte sich das Feldgeschrei im Karlsruher Wahlkampf mehr oder weniger präcis auf das „für oder wider den Großherzog!" zu, und wenn am 4. Oktober trotz alledem fast die Hälfte aller Wähler der Residenz für den socialistischen „Umsturz" votiert haben, so möge sich die Krone für die unangenehme Lage, in die sie durch diese Kundgebung ihrer nächsten „Unterthanen" geriet, bei denjenigen bedanken, die unvorsichtig und unklug genug waren, das Votum der Wählerschaft zu einer Probe auf die patriotisch-dynastische Gesinnung der Residenzbevölkerung zu gestalten.

Aber was sie erreichen wollten, das gelang den patriotischen Umsturzbekämpfern in der That: der letzte Philister und Spießer, der sonst auch in Wahlzeiten „seine Ruh' haben" will, kroch diesmal hinter dem Ofen hervor, um „für den Großherzog, den guten alten, ehrwürdigen Herrn" zu stimmen. Die politische Ueberzeugung wurde von diesen sentimentalen Erwägungen rein persönlicher Art in den Hintergrund gedrängt, und das Ergebnis der also beeinflußten Abstimmung liegt in der Karlsruher „Jubiläums-Wahl" vor uns. Das Hauptorgan der badischen Klerikalen, der in Karlsruhe erscheinende „Beobachter", gesteht es offen zu, daß ein großer Teil der hauptstädtischen Centrumsleute für die nationalliberal-freisinnige Liste gestimmt und dadurch gegen die vor vier Jahren noch streng beobachtete Parteiparole gehandelt habe. Auch die nationalliberale Presse selbst bestreitet keineswegs, daß ihm diesmal in erheblichem Umfange klerikale Wahlhilfe geleistet worden sei.

Neben der Ungunst dieser rein zufälligen Konstellation machten sich für die Socialdemokratie bei der Wahlarbeit wie bei der Abstimmung selbst die Folgen der wirtschaftlichen Depression in der unangenehmsten Weise fühlbar. Eine Reihe größerer Fabriketablissements der Landeshauptstadt weisen heute gegenüber dem letzten Wahljahr 1897 einen stark verminderten Bestand von Arbeitern auf, und auch die noch in Arbeit stehenden Leute waren unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Zuständen, wo sie jeden Augenblick die Brotlosmachung zu gewärtigen haben, schwerer zur thatkräftigen Mitarbeit bei der Wahlpropaganda zu bewegen, als dies in guten Jahren der Fall ist. Die Folge hiervon war in erster Linie eine laue Wahlbeteiligung der proletarischen Wählermassen, die gegenüber der mit allen erdenklichen Mitteln künstlich gesteigerten Wahlteilnahme der bürgerlichen Elemente um so schwerer ins Gewicht fiel.

Wir würden uns jedoch einer schweren Selbsttäuschung hingeben, wollten wir uns der Erkenntnis verschließen, daß die zur Zeit in der socialdemokratischen Partei Badens selbst herrschenden Zustände ihr Teil mit dazu beigetragen haben, uns den Sieg in der Residenz streitig zu machen. Wir schließen uns in dieser Hinsicht den Ausführungen unsres Karlsruher Partei-Organs an, wenn es in einer Betrachtung über den dortigen Wahlausfall schreibt:

> Die persönlichen Zwistigkeiten, die seit Jahren auf den Landes-Versammlungen der badischen Socialdemokratie den breitesten Raum einnahmen, haben viel zu viel die praktische Arbeit gehemmt, und nicht nur das, sie haben auch in weiten Kreisen unsrer Partei Mißstimmung erregt, die sich in der Teilnahmslosigkeit vieler unsrer Genossen an der Parteithätigkeit äußerte. Es ist hohe Zeit, daß diesem Zustand ein gründliches Ende gemacht wird. Vor allem muß es unsre Sorge sein, in die Massen der Arbeiterschaft die Begeisterung für unsre Ziele wieder zu beleben, mehr Aufklärung zu schaffen über das, was wir wollen. Da liegt so vieles im Argen, da ist Gelegenheit für die Beteiligung unsrer Genossen in Hülle und Fülle. Und wer sich dieser Arbeit mit Eifer und Hingabe widmet, dem wird wenig Zeit und jedenfalls auch keine Neigung mehr bleiben, sich mit persönlichen Dingen, mit Gehässigkeiten und Quertreibereien gegen andre Parteigenossen zu beschäftigen. Jetzt gilt es für uns erst recht, an die Arbeit zu gehen, und wenn die Gegner glauben, wir würden wegen dieses Mißerfolges den Kopf hängen lassen, so täuschen sie sich gründlich. Es giebt in der badischen Socialdemokratie noch Leute genug, welche im stande sind, Hindernisse zu beseitigen und welche befähigt sind, von neuem an die Arbeit zu gehen. Der Mißerfolg soll uns nicht entmutigen, er ist uns ein Ansporn zu eifrigem Schaffen, zur intensiven und zielbewußten Agitations- und Organisationsarbeit. Es ist eine bittere Lehre, sie ist aber nicht zu theuer bezahlt, wenn nur die Parteigenossen Einkehr halten und in höherem Grade als bisher sich ihrer Pflicht gegen die Partei bewußt werden.

* * *

Besonders erfreulich und ehrenvoll ist neben der brillanten Behauptung des Mandates von Mannheim für die Socialdemokratie der glänzende Sieg, den unser Parteigenosse Redacteur Eichhorn-Mannheim im Bezirk Pforzheim-Land über den nationalliberalen Landwirtsbündler Frank davongetragen hat. 116 socialistische stehen dort 40 nationalliberalen Wahlmännern gegenüber. Mit Eichhorn zieht der erste socialistische Vertreter eines ländlichen Wahlbezirkes in den badischen Landtag ein. Sein Sieg ist gleichzeitig ein wuchtiger Protest des stark mit industrieller Arbeiterschaft durchsetzten Bezirkes gegen den agrarischen Brotwucher, als dessen Verteidiger sich der dem Bunde der Landwirte angehörige Großgrundbesitzer Frank aufgeworfen hatte. Er entschädigt uns für die Enttäuschung, die uns durch die Wiederwahl des nationalliberalen Kandidaten Wittum in der Stadt Pforzheim — (unsre Annahme in der Sonntagsnummer, daß es sich um ein verloren gegangenes socialdemokratisches Mandat handelte, beruhte auf einem Irrtum) — zu teil geworden ist. Von den 166 Wahlmännern vermochte die Socialdemokratie dort nur 67 für sich zu gewinnen. Ebenso ist im Bezirke Lörrach-Stadt unser Kandidat Haug mit 18 Wahlmännern gegen den von den Nationalliberalen unterstützten Freisinn, dem 26 Wahlmänner zufielen, ins Hintertreffen geraten. Sehr gut hat unsre Partei im Bezirke Durlach-Land abgeschnitten, wo Redacteur Kolb 45 Wahlmänner für sich gewann. Ein Sieg der Socialdemokratie ist dort bei der Abgeordnetenwahl nicht ausgeschlossen.

Wie bestimmt verlautet, werden unsre Karlsruher Parteigenossen die dortige Wahl durch eine Protestschrift an den Landtag **anfechten.** Der Protest stützt sich auf die willkürliche Neueinteilung einiger Wahldistrikte, die den Stempel der nationalliberalen Wahlmache gar zu deutlich an der Stirn trage, als daß die unlautere Absicht der zwangsweisen Korrektur des Wahlglückes nicht zu bemerken gewesen wäre. Der Protest hat Aussicht, im Plenum der zweiten Kammer von dem gewünschten Erfolg der Kassierung der Karlsruher Wahl begleitet zu sein. —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 7. Oktober.

Die Quittung.

Unmittelbar, nachdem der Oberbürgermeister Kirschner und der Berliner Kommunalfreisinn in allerunterthänigster Form seine Sehnsucht nach dem Frieden mit der Krone beteuert, folgt die bündige Antwort auf die erneuten, unerschütterlichen Liebeswerbungen des „aufrechten" Bürgertums.

Am Montagvormittag wurde der Berliner Magistrat zu einer Sitzung zusammenberufen, um folgende Botschaft des Oberpräsidenten entgegenzunehmen:

Der Ober-Präsident der Provinz Brandenburg. Potsdam, den 6. Oktober 1901.

In dem gefälligen Berichte vom 23. v. M. Nr. 1221 G.-B. hat der Magistrat beantragt, das Erforderliche zu veranlassen, damit die Allerhöchste Bestätigung der **wiederholten Wahl des Stadtrats Kauffmanns zum zweiten Bürgermeister** (Beigeordneten) herbeigeführt werde. Diesem Antrage zu entsprechen, befinde ich mich **nicht in der Lage,** da das Gesetz § 33 der Städte-Ordnung — die wiederholte Erwählung des nach der ersten Wahl nicht Bestätigten dem Falle der Verweigerung der Wahl gleichstellt. Nach derselben Gesetzesbestimmung kommt in Frage, ob nunmehr die kommissarische Verwaltung der Stelle anzuordnen ist. **Den Magistrat ersuche ich ergebenst, mir zu berichten, ob die kommissarische Verwaltung durch die Geschäftslage geboten erscheint, und sehe gegebenenfalls Vorschlägen wegen eines mit dem Kommissarium zu beauftragenden geeigneten städtischen Beamten ergebenst entgegen.** Die Personalakten des Stadtrats Kauffmann sind wieder beigefügt.

v. Bethmann-Hollweg.

Damit ist nun wieder einmal ein liberaler Wonnetraum jäh ins wache Leben der grausamen Wirklichkeit aufgescheucht. Wie schön las es sich doch in der Tante Voß: Daß man mit der einmütigen Wiederwahl Kauffmanns an den besser unterrichteten König appellieren wolle. Und nun teilt der Oberpräsident mit, daß ein König überhaupt nicht besser unterrichtet werden könne und daß er somit gar nicht die Krone vor eine erneute Entscheidung zu stellen brauche. Armer besser unterrichtender Freisinn! Schon der Oberpräsident stellt sich schützend vor den Thron und weist Deine Aufdringlichkeit zurück!

Wenn auch thatsächlich der Oberpräsident die Erklärung, daß er die Mitteilung der Wiederwahl nicht der Krone unterbreiten werde, nicht ohne Genehmigung des Königs gegeben hat, sondern gerade dieses Auskunftsmittel in gemeinsamer Verständigung gewählt worden ist, um die Abweisung recht scharf zu gestalten, so ist das Verfahren doch formell recht eigenartig. Hatte man sich sonst über eine Kabinettsregierung zu beschweren, in der die Krone alles und die Regierung nichts zu sagen hat, so liegt hier formell der umgekehrte Fall vor: Ein gewöhnlicher Oberpräsident nimmt es sich heraus, zu entscheiden, ob er dem König die Möglichkeit geben oder versagen will, eine von ihm früher verfügte, allgemein als unbegründet beurteilte Maßregel aufzuheben oder nicht. Der Oberpräsident hat aus eigner Machtvollkommenheit formell der Krone vorgegriffen, indem er ihr die nochmalige Entscheidung über die Frage entzog. Das ist eine Art formeller Vormundschaft eines untergeordneten Beamten über den Monarchen, die in heiterer Weise den logischen Wirrwarr unsres scheinkonstitutionellen Staatswesens illustriert.

Ein ähnliches Verfahren beliebte seiner Zeit der Graf Bülow, als er öffentlich bekannt gab, daß er nicht in der Lage wäre, den Brief des Kaisers von China an den deutschen Kaiser dem Adressaten zu übermitteln. Freilich erreichte es die überlegene chinesische Diplomatie, daß diese Abweisung schließlich mit einer — kaiserlichen Ordensauszeichnung des Bruders des vom Grafen Bülow eben noch so brüskierten chinesischen Monarchen endigte. Freilich, es ist nicht zu befürchten, daß der Berliner Kommunalfreisinn chinesische Klugheit entfalten und chinesische Erfolge erringen wird.

Wie wir schon am Sonntag ausführten, hat die Regierung, vertreten durch den Oberpräsidenten, zweifellos das Recht, der Stadt Berlin sofort einen Kommissar auf den Hals zu schicken. Es ist sehr liebenswürdig von dem Oberpräsidenten, daß er bei der Stadt angefragt hat, wen sie als Staatskommissar wünsche. Der Magistrat seinerseits hat geantwortet, er habe keinen Bedarf nach diesem Artikel. Denn magistratsoffiziös wird mitgeteilt, der Magistrat habe den Erlaß des Oberpräsidenten der Stadtverordneten-Versammlung sofort zugestellt mit dem Bemerken, eine kommissarische Verwaltung der Stelle des 2. Bürgermeisters würde vom Magistrat nicht für geboten erachtet. In demselben Sinne habe der Magistrat beschlossen, dem Oberpräsidenten zu antworten.

Man sieht, daß der Magistrat auf die eigentümliche formelle Behandlung der Angelegenheit seitens der Regierung nicht eingegangen und das freundliche Anerbieten des Oberpräsidenten demgemäß nicht gebührend ausgenutzt hat. Hätte er sich der formellen Behandlung durch die Regierung angepaßt, so würde er zu folgender Schlußfolgerung gelangt sein: Mit dem Beschluß des Oberpräsidenten, die Mitteilung der Wiederwahl nicht weiter zu geben, hat sich die Angelegenheit völlig aus dem Bereich der Krone entfernt. Die Regierung kann jetzt selbständig einen Kommissar ernennen, ohne daß die königliche Genehmigung notwendig ist. Nun ist es unwidersprochen geblieben, daß die Regierung bei der ersten Wahl Kauffmanns seine Ernennung befürwortet hat. Die Regierung hat also gegen die Person des Erwählten der Stadt nichts einzuwenden. Daraus folgt, daß jetzt, wo allein ihre Entschließung in Betracht kommt und der Wille des Königs ganz ausgeschaltet ist, sie gewiß mit Freuden Herrn Kauffmann als Staatskommissar berufen würde, der als zweiter Bürgermeister nicht den Beifall des Königs fand. Der Magistrat hat vermutlich durch seine Ablehnung der liebenswürdigen Offerte die gute Absicht des Oberpräsidenten durchkreuzt, der sicherlich die Antwort hatte: Der Magistrat schlägt Herrn Kauffmann als staatlichen Kommissar vor.

Die possenhaft sinnlosen Eigentümlichkeiten, die das erzreaktionäre preußische Staatsrecht und insbesondere auch die Städte-Ordnung auszeichnen, erkennt man recht scharf, wenn man derart die einfachen Konsequenzen aus einem gegebenen formalen Zustand zieht.

Bezeichnend für die gegenwärtige Lage ist es, daß sowohl die „Kreuz-Zeitung" sowie die „Berliner Neuesten Nachrichten" über den schließlichen Ausgang der Affaire Kauffmann unterrichtet waren. Die allerdings recht ungeschickten und konfusen staatsrechtlichen Betrachtungen der „Kreuz-Zeitung" am Sonnabend verrieten bereits diese Kenntnis. Und am Montag schlugen, angeblich aus eigner Erleuchtung, die „B. N. N." den folgenden Ausweg aus der „Sackgasse" vor: Der Oberpräsident solle einen Erlaß an die Stadt richten,

„worin dieser mitteilt, daß Herr Kauffmann keine Aussicht auf Bestätigung habe, der Oberpräsident es daher ablehnen müsse, die Anzeige von der erfolgten Wahl an den Minister behufs Einholung der königlichen Entschließung weiter zu geben, er vielmehr die Stadtverordneten-Versammlung auffordere, demnächst zu einem neuen Wahlakt zu schreiten, der Aussicht auf Bestätigung biete. Wir glauben, daß dies der geeignetste Weg ist, einen Konflikt zu vermeiden, an welchem doch schließlich niemand gelegen ist, als den Wortführern der äußersten Linken."

Das ist denn auch wörtlich eingetreten.

Die vortrefflichen Beziehungen der beiden Blätter zu den Bronnen der Regierungsweisheit zeigen, wer immer noch bei uns regiert: die „Kreuz-Zeitungs"-Junker und der Centralverband!

Das wird den Freisinn nicht hindern, auch an diesem frischen Grabe eine neue Hoffnung aufzupflanzen. Das verlangt nun einmal die freisinnige Unentwegtheit. Morituri te salutant, — indem sie tot geprügelt werden, bekennen sie noch ihren Monarchismus! —

Wirkungen der Dreiklassen-Wahl.

Aus Sachsen schreibt uns ein Parteigenosse, der lange Jahre im sächsischen Landtag gekämpft hat und sachkundigster Beurteiler der politischen Angelegenheiten Sachsens ist:

Es ist sehr bedeutsam, wie die bürgerliche Presse den Ausfall der sächsischen Landtagswahlen bespricht. Mag immerhin ein Stück politischer Heuchelei hinter der Besorgnis liberaler Blätter stecken, die eine Versumpfung des Dreiklassen-Landtages fürchten und der konservativen Zweidrittel-Mehrheit Maßhalten anraten, ganz ohne Grund sind ihre Besorgnisse über die Wirkung des Dreiklassen-Wahlsystems nicht. Aber auch die Regierung verhehlt sich nicht die Bedenklichkeit einer ausschließlichen konservativen Vorherrschaft in einem hochindustriellen Staate. Hat die Regierung die Begehrlichkeit ihrer konservativen Freunde nicht oftmals mit dem Hinweis auf die zu erwartende socialdemokratische Opposition gegen zu anmaßliche Forderungen gebändigt?

Nun fehlt diese Opposition. Das Fehlen einer gesunden und kräftigen Opposition erzeugt aber vollständige Stagnation, und die Landtags-Phäaken werden bald erfahren, was es heißt, die Opposition aus dem Gesichtskreise ihres feisten Daseins zu bannen und sie zurückzudrängen in die breiten Massen, wo sie jetzt, nach dem Wahlrechtsraub und mit dem Wachsen des Bewußtseins der Entrechtung, einen besseren Resonanzboden findet als je.

Weiter oben als in Regierungskreisen mag es jetzt auch nicht angenehm empfunden werden, seinerzeit von den voraussichtlichen Wirkungen des Dreiklassen-Wahlrechts nicht genau unterrichtet worden zu sein. Denn, wie uns glaubwürdig versichert wurde, bestanden doch oben Bedenken, die Wahlentrechtung so weit zu treiben, Bedenken, die aber von der Hofratsclique und ihrem Erkorenen, dem Minister v. Metzsch, mit allerlei Beschwichtigungsmittelchen behoben wurden. Jetzt mag man wohl einsehen, daß der „monarchische Gedanke" und die Popularität seines Hauptträgers **keinen stärkeren Stoß erhalten konnte,** als durch die Entrechtungs-Gesetzgebung des Ministeriums Metzsch. Kein Zweifel, man ist verblüfft, nachdem die „Eliminierung der socialdemokratischen Abgeordneten" vollzogen ist, die zu wollen der Minister v. Metzsch bei den Verhandlungen im Landtage 1896 bestritt. Den gleichen Gedanken hat er natürlich auch beschwichtigend nach oben fruktifiziert.

Daher schlägt die Presse der „Ordnungsparteien" jetzt heuchlerisch einen gemäßigteren Ton an und giebt sogar dem Gedanken einer später wieder vorzunehmenden Aenderung des Dreiklassen-Wahlrechts Raum. Charakteristisch ist in dieser Beziehung folgende Aeußerung des partei-offiziellen konservativen „Vaterland":

„Wir verhehlen uns keinen Augenblick, daß wir diesen Erfolg in der Hauptsache nur dem jetzt geltenden Wahlgesetz zu verdanken haben, das die Entscheidung über den Wahlausfall in die Hände der begüterten Volksklassen gelegt hat. Das Wahlsystem lediglich auf die Steuerleistung aufzubauen, hat gewiß sein Bedenkliches. Andrerseits wird man aber auch nicht bestreiten können, daß es nichts Ungerechteres giebt, als das von den Socialdemokraten verlangte allgemeine und gleiche Wahlrecht, in dem die Stimme des Fabrikbesitzers oder großen Gutsherrn, von dessen Tüchtigkeit das Wohl von hundert Arbeiterfamilien abhängt, nicht mehr gilt, als das seines Laufburschen oder seiner Köchin. Wenn erst Erfahrungen mit dem Dreiklassen-Wahlsystem vorliegen, wird sich eine Abänderung desselben von selbst ergeben."

Wir sehen in dieser Aeußerung nichts andres als einen notgedrungenen Beschwichtigungsversuch nach unten und nach oben. Die Konservativen, nun im Besitze unumschränkter Macht, stecken eine Maske auf, in der sie minder bösartig erscheinen wollen. Zu den Faseleien über den Wert des allgemeinen gleichen Wahlrechts verlieren wir kein Wort; das Reichstags-Wahlrecht, das den Konservativen ein Dorn im Auge ist und ihnen bei den nächsten Reichstagswahlen den Willen der sächsischen Bevölkerung noch deutlicher bezeugen wird, hat nach seinem mehr als dreißigjährigen Bestehen Erfahrungen gezeitigt, die seinen Wert selbst manchen sonst widerhaarigen Reaktionären eingepaukt haben.

Um so lächerlicher, wenn die konservativen Wahlrechtsräuber erst noch Erfahrungen mit dem Dreiklassen-Wahlsystem machen wollen, ehe an eine Aenderung gegangen werden soll. Die Erfahrungen sind da!

Seit sechs Jahren sind in drei Wahlgängen nicht nur die Socialdemokraten mundtot gemacht, auch die Intelligenzen, die Gelehrten, die Künstler, die Lehrer, die regsamen Bürgerkreise sind unter das Geldprotzentum gebeugt. Lassen diese sich das gefallen, dann um so beschämender für sie, aber eine Schande für den Staat, der solches vollführt, bleibt es doch. Oder will man erst Erfahrungen insofern machen, was der Dreiklassen-Landtag leisten wird? O, das letzte gewählte Drittel nimmt ihm den Stempel der Geistlosigkeit und politischen Verödung nicht ab. Nein — Erfahrungen, die zu einer Beseitigung, nicht Abänderung des Dreiklassen-Wahlrechts führen müssen, können den Wahlrechtsräubern nur durch immer schärferes Vorgehen der entrechteten unteren Klassen eingebläut werden. Das einmütige Vorgehen der Socialdemokratie bei den diesjährigen Wahlen hat die ganze Herrlichkeit des Dreiklassen-Wahlrechts aufgedeckt, den Unwillen des Volkes sozusagen organisiert und durch die Willenskundgebung der Entrechteten den Wahlrechtsvernichtern einen Kampf ansagen lassen, der ihnen nicht mehr als ihre Herrschaft kosten wird.

Das hat unser gemeinsames Vorgehen bei den diesmaligen Wahlen erzielt, daß die verbissensten Gegner aus Furcht vor unserm weiteren gemeinsamen Kampfe jetzt das von ihnen verübte unerhörte Unrecht zu entschuldigen suchen müssen und heuchlerisch auf eine Abänderung des unhaltbaren Zustandes vertrösten. Bei uns fruchtet das nichts. Wir werden uns das geraubte Recht in unermüdlicher Aktion wieder erkämpfen.

* * *

Deutsches Reich.

Beleidigung des deutschen Kaisers durch die Wiener „Arbeiter-Zeitung".

Die Fülle der Prozesse, die Tag um Tag gegen Majestätsbeleidiger vor deutschen Tribunalen abgehandelt werden, genügt dem Eifer der Staatsanwaltschaften nicht mehr. Bis in das Ausland muß der Frevel der Respektlosigkeit gegenüber den deutschen Monarchen verfolgt und gesühnt werden. Leider ist es unmöglich, den ausländischen Uebelthäter in Person zu erfassen und den Freuden deutschen Gefängnislebens zu überliefern. Man muß sich genügen lassen, das sündige Preßprodukt, sobald es die Grenzen des Reichs überschreitet, als ungeeignet für deutsche Leser der Oeffentlichkeit zu entziehen.

In Oestreich ist das „objektive Verfahren" der Konfiskation ein beliebtes Mittel, die Oppositionspresse zu chikanieren. Das Hauptorgan unsrer östreichischen Bruderpartei hat eine überaus reichliche Vergangenheit in dieser Gattung staatsanwaltlicher Socialistenverfolgung. Jetzt erlebt die Wiener „Arbeiter-Zeitung" das freudige Geschick, das „objektive Verfahren" in seiner Internationalität zu erproben.

In ihrer Nummer 244 vom 6. September d. J. hatte die Wiener „Arbeiter-Zeitung" im Abschnitt „Tagesneuigkeiten" den Sühnebesuch des Prinzen Tschun vor dem deutschen Kaiser erzählt und der Verfasser versuchte auch die Gedanken, die das preußische Ceremoniell im chinesischen Prinzen erweckt haben mag, zu ergründen. Diese Darstellung soll des gebotenen Respektes vor dem deutschen Kaiser so sehr entbehrt haben, daß bereits sächsische Justizbehörden die Beschlagnahme etwaiger in ihrem Bereiche befindlicher Exemplare jener sündhaften Nummer der „Arbeiter-Zeitung" anordneten, und jetzt erfahren wir, daß auch der Erste Staatsanwalt beim Landgericht I Berlin das objektive Strafverfahren eingeleitet hat. Am 12. Oktober steht vor der Strafkammer Termin an. Da man der Platten und Formen, mit denen die Schilderung des Sühne-Empfangs gedruckt wurde, nicht habhaft werden kann, so wird man sich genügen lassen müssen, auf „Einziehung, Vernichtung und Unbrauchbarmachung" der Nummer 244 zu erkennen.

Es ist bedauerlich, daß nicht viele Exemplare der Wiener „Arbeiter-Zeitung" der Verurteilung des Gerichtshofs zum Opfer fallen können, da diese Zeitung bisher nicht in größerer Auflage die deutsche Reichsgrenze überschritt. Jedoch hoffen wir, daß durch die jetzige behördliche Aufmerksamkeit auch das Interesse weiterer deutscher Kreise sich dem vortrefflichen Organe der östreichischen Socialdemokratie zuwenden wird. —

Als Filiale der Landwirtsbündler erklärten sich soeben offen die Antisemiten Zimmermann-Hirschelscher Richtung. Ganz im Sinne des Bundes der Landwirte erklärten sie auf ihrem „Parteitag" in Leipzig den Wuchertarif der Regierung noch nicht für ausreichend, der vielmehr agrarisch „lückenlos" ausgestaltet werden müsse „in Bezug auf alle Produktionszweige der Landwirtschaft" unter Berücksichtigung auch der Gärtnerei.

Wer die Beziehungen mancher Antisemiten zum Bund der Landwirte kennt, wird sich freilich über diesen Wucherfanatismus nicht wundern. Ob sich aber nicht etliche Mittelstandsleute wundern werden, die auf die Weise „gerettet" werden sollen, daß sie erhöhten Fleisch- und Brotzoll an das Junkertum zahlen?

Durch ihre Resolution entpuppen sich die Antisemiten, auch die Anti-Liebermänner, deutlich in ihrer wirklichen Natur: Sie sind nichts als eine maskierte Hilfstruppe des Bundes der Landwirte, die den Zweck hat, die Handwerker, Kleingewerbetreibende, Beamte, Kleinbauern für die Zwecke der Landmagnaten einzufangen. Daß sie gelegentlich auf den Bund der Landwirte schimpfen, ist eine Scheingegnerschaft, die den intimen Zusammenhang verdecken soll! —

Bedrohung vermittelst Socialreform. Im Uebereifer gegen die Großindustrie des Centralverbandes hatte die „Kreuz-Zeitung" jüngst die schwere Drohung erhoben, die konservative Partei werde, falls nicht der ganze Zollwucher zugestanden werde Socialreform betreiben und kein Zuchthausgesetz bewilligen. Die Kommentare, welche andre Blätter diesem köstlichen Geständnis konservativen Reformdranges widmeten, haben das Blatt genötigt, sich gegen das ihm widerfahrene „Mißverständnis" zu wehren. Was sie denn so Blamables ausgeplaudert habe, fragt die „Kreuz-Zeitung"; es sei doch bekannt, daß ein Teil der Konservativen eine „vorsichtige Fortführung reformfreundlicher Socialpolitik" befürworte; diese Parteimitglieder hätten sich aus Rücksicht auf die „Sammelpolitik" allerdings „eine gewisse Zurückhaltung" auferlegt, sie würden aber, wenn jetzt die Centralverbändler die Sammelpolitik zu Grunde richteten, diese Zurückhaltung aufgeben.

Die „Kreuz-Zeitung" fügt hinzu:

„Daß wir im übrigen in dieser Angelegenheit nicht im Namen der konservativen Partei uns geäußert haben, braucht für jeden, der die Partei und die „Kreuz-Zeitung" kennt, nicht erst versichert zu werden."

Die konservativen Führer haben also der Redaktion der „Kreuz-Zeitung" bedeutet, daß sie für die tölpelhafte Ausplauderung der wirklichen konservativen Gesinnung nicht verantwortlich gemacht werden wollen, sie wünschen es Herrn Dr. Kropatscheck zu überlassen, sich so gut oder so übel als möglich aus der unangenehmen Sache herauszuziehen. Aber die Aufklärung des „Mißverständnisses" bekräftigt nur durch neue und vermehrte Tölpelei die alte. Das interessante Bekenntnis bleibt bestehen und ist wohl aufzubewahren, daß die Konservativen in Rücksicht auf den industriellen Großkapitalismus sich der Socialreform enthalten haben. Wenn jetzt die „Kreuz-Zeitung" erklärt, ihre Partei werde bei Ablehnung ihrer Zollwünsche nun endlich doch sich zur Socialreform wenden, so glaubt das zwar noch niemand, aber immerhin mag es erprobt werden! Es ist ein neuer Grund gegeben, diesen Zollwucher zu beseitigen, denn seine Beseitigung eröffnet die Aussicht auf eine wenigstens „vorsichtige Socialreform" auch ihrer bisherigen Feinde! —

Zur Schaukſperre im Ruhrrevier wird uns geschrieben:

Die in Nr. 233 des „Vorwärts" vom 5. Oktober mitgeteilte polizeiliche Verfügung, durch die sämtlichen Wirten zu Buschhausen bei Duisburg aufgegeben worden ist, am Tage einer geplanten Lassallefeier von 2 Uhr nachmittags ab den Wirtschaftsbetrieb gänzlich ruhen zu lassen, beweist, daß die Belehrungen, welche die untergeordneten Polizeiorgane des Ruhrreviers in dem großen Beleidigungsprozeß gegen Bredenbeck im April d. J. haben anhören müssen, an ihnen völlig wirkungslos abgeglitten sind oder daß in zwei benachbarten Regierungsbezirken sehr verschiedene Verwaltungsgrundsätze herrschen dürften.

In dem erwähnten Dortmunder Schaukſperren-Prozesse hat der Regierungspräsident Winzer aus Arnsberg als Zeuge bekundet, er halte das Schankverbot nur unter besonderen Umständen, welche eine Gefahr für die öffentliche Ordnung befürchten ließen, für zulässig, und habe den ihm untergeordneten Behörden ausdrücklich untersagt, das Schankverbot auch auf nicht geistige Getränke auszudehnen. Und als im weiteren Verlaufe der Beweisaufnahme Fälle vorgeführt wurden, in denen trotzdem der Ausschank von Kaffee verboten, ja sogar die Darreichung eines Glases Selterwasser an den Referenten während der Rede bestraft worden war, sprang Herr Präsident Winzer auf, um in ärgerlichem Tone zu erklären, daß das ein völliges Mißverständnis der von ihm erteilten Instruktionen wäre.

An Herrn Winzers Stelle in Arnsberg ist inzwischen ein andrer Regierungspräsident getreten, und wir wissen nicht, ob die von Winzer vor Gericht entwickelten Grundsätze, die er selbst als „die der Gerechtigkeit" bezeichnete, nun endlich im Regierungsbezirk Arnsberg angewendet werden.

Im Regierungsbezirk Düsseldorf ist man, wie das Vorgehen der Behörden für Buschhausen zeigt, auch jetzt noch der Ansicht, daß sogar durch Genuß von Kaffee, Milch, Limonade und Wasser die Buschhausener in solche Erregung geraten könnten, daß sie die öffentliche Ordnung verletzen würden. Dabei waren in dem Prozesse gegen Bredenbeck die Polizeibeamten nicht im Stande, aus einer langen Reihe von Jahren rückwärts auch nur einen einzigen Fall einer Ruhestörung im Ruhrrevier namhaft zu machen, die eine Folge der Erregung in einer politischen oder gewerkschaftlichen Versammlung oder Feier gewesen wäre, obgleich sehr viele Versammlungen ohne Schaukſperre stattfinden. Was sie zur Rechtfertigung ihres Vorgehens anführen wollten, waren bloße Befürchtungen oder soweit zurückliegende angebliche Fälle, daß sie selbst nicht mehr im stande waren, genaues anzugeben, und daß jedenfalls jede Kontrolle, ob die Ruhestörung überhaupt mit einer Versammlung zusammenhing, ausgeschlossen war.

Es ist den Genossen zu raten, in möglichst vielen Fällen die Beschwerde und in letzter Reihe die Klage beim Ober-Verwaltungsgericht zu erheben, und sich eine so unbegründete und unhaltbare Praxis der Behörden, die in keinem Teile Preußens ihr gleiches findet, nicht stillschweigend gefallen zu lassen. Erst im vorigen Jahre hat die Regierung zu Arnsberg eine Belehrung des Oberverwaltungsgerichts darüber erhalten, was ein „politischer" Verein im Sinne von § 8 des Vereinsgesetzes ist, eine Belehrung, die man schon früher hätte erwirken können, wenn man in früheren Fällen rechtzeitig die gesetzlichen Rechtsmittel ergriffen hätte.

Wenn man auch nicht übergroße Hoffnungen an die Rechtsprechung zu knüpfen braucht, so liegt doch kein Grund vor, sich einer als ungerecht empfundenen Verwaltungspraxis stumm zu beugen, so lange noch gesetzliche Rechtsbehelfe vorhanden sind. —

Nachttopfschnüffelei betreibt ein hiesiges Sensationsblatt dem Prinzen Tschun gegenüber. Ein Baseler Mitarbeiter des Blattes hat sich den Kehricht, den Prinz Tschun in dem Baseler Hotel zurückgelassen hat, zu verschaffen gewußt, den er nun mit dem Eifer eines Goldsuchers nach etwaigen achtlos fortgeworfenen Notizen durchstöbert. Und da der Sühneprinz sich in Basel die Langeweile mit allerhand Kritzeleien, mit Abschriften von Briefen und eignen Tagebuch-Ergüssen vertrieben zu haben scheint, ist der edle Tschun-Philologe so glücklich gewesen, allerhand Aufzeichnungen des Prinzen zu finden, die meistens vollständig interessellos sind und in ihrer Abgerissenheit nicht einmal auf den Charakter oder den Grad der Intelligenz des Prinzen irgend welche Schlüsse zulassen, unter denen sich aber als einzige Perle die vom Prinzen angefertigte Kopie eines kaiserlichen Briefes befindet. Dieser angebliche Kaiserbrief soll folgenden Wortlaut haben:

„Der Minister soll nicht vergessen, was ich ihm über den außerordentlichen Unterricht und die Uebungen der Soldaten gesagt habe. Unser Militär in der Mongolei muß sehr tüchtig werden. Dann können sie uns gegen die Fremden und vor den Bogern schützen. Das Gymnasium ist bereits gebaut, und es muß der Unterricht wie auf einem Gymnasium des Auslandes gehandhabt werden. Was die Leute Ihnen sagen, dürfen Sie nicht glauben. Nein! China darf nicht mehr zurückbleiben. Es muß vorwärts und muß deshalb seine Soldaten gut üben. Das ist sehr wichtig, sehr wichtig! An dieser Stelle möchte ich nicht mehr sagen, aber Sie dürften schon verstehen, was ich meine. Der Minister soll nicht vergessen, mir vom Schiffe aus zu schreiben, was Sie auf dem ganzen Wege gemacht haben."

Man ersähe aus diesem Briefe also, daß selbst der energielose, als fremdenfreundlich gerühmte Kaiser Kwangsü nach dem Waldersee-Krieg begriffen hat, daß es für China nur ein Mittel geben kann, sich die selbstlosen Freundschaftswerbungen der Mächte vom Hals zu halten: ein tüchtiges Heer. Freilich wird sich die Litteratennation nicht so leicht in einen Militärstaat verwandeln lassen. —

Eine Waldерseefeier, veranstaltet vom Bezirksverein Hannover-Linden des deutschen Kriegerbundes, fand am Sonntagabend in Hannover statt. Des Weltmarschalls angebliche Verdienste um den „ehrenvollen" Friedensschluß in China wurden von dem Festredner ebenso enthusiastisch gepriesen, wie diejenigen aufs tiefste bedauert wurden, die sich nicht entblödet hatten, des erhabenen Mannes Verdienste nörgelnd zu verkleinern. Zum Schluß wurde dann ein Huldigungstelegramm an den Grafen abgesandt, der ja infolge seines Blutgeschwürs sein Versprechen, sich persönlich anhuldigen zu lassen, nicht hatte einlösen können. — Ob diese Huldigungsdepesche das unangenehme Gefühl zu lindern vermag, in dem sich Waldersee als Oberkommandierender und Höchstverantwortlicher des Chinacorps befinden muß, nachdem offiziell das Eingeständnis gemacht worden ist, daß die astronomischen Instrumente der Pekinger Sternwarte nicht auf legitimem Wege für Deutschland erworben sind? —

Früchte der ostasiatischen Missionsthätigkeit. Ende Mai dieses Jahres kam es bekanntlich auf der südlich von Korea belegenen Insel Quelpost zu Unruhen, in deren Verlauf sich Ausschreitungen gegenüber den Christen und den Missionaren ereigneten. Der französische Gesandte schickte natürlich schleunigst eine Note an die koreanische Regierung, in der er Genugthuung für die gegen die französischen Geistlichen und ihre Zöglinge begangenen Missethaten verlangte. Diese Note des Gesandten hat inzwischen die koreanische Regierung ihrerseits, wie die in Berlin erscheinende, von einem Japaner redigierte Zeitschrift „Ostasien" mitteilt, mit einer Note beantwortet, in der die Ursachen der Unruhen dargelegt werden. Danach machten sich die Christen vor dem Ausbruch der gegen sie gerichteten Unruhen folgender Verbrechen schuldig:

Die koreanischen Christen haben

1. nach Willkür Mordthaten verübt, ohne daß der Regierungsbeamte die Thäter hätte verhaften können;
2. Frauen entführt und vergewaltigt, wozu die Mitwisser stillschweigen mußten;
3. sich die Häuser und Güter, welche sie früher verkauft haben und deren Wert jetzt bedeutend höher ist als damals, jetzt unter Rückgabe des erhaltenen Betrags einfach wieder angeeignet gegen den Willen der jetzigen Besitzer;
4. unschuldige Nichtchristen mißhandelt;
5. bei nächtlicher Dunkelheit gemeinschaftliche Raubzüge unternommen;
6. mit von Christen ausgestellten Schriftstücken Geld vom Volke erpreßt;

7. **Kirchhöfe**, die vom Volke sehr heilig gehalten wurden und welche nicht von Fremden betreten werden durften, entweiht, indem sie hineingedrungen sind und dortselbst viele christliche Tote beerdigten;

8. Bäume gefällt, wo es ihnen gerade beliebte;

9. die von der Regierung verbannten Christen befreit und in Sicherheit gebracht;

10. bei Streitigkeiten zwischen Christen und Nichtchristen, den französischen Missionaren dies gemeldet, welche die Nichtchristen, einerlei ob sie schuldig oder unschuldig waren, für schuldig erklärten und bestraften;

11. eine Anstalt mit Straf- und Marterwerkzeugen eingerichtet.

Man sieht, daß die asiatischen Staaten alle Ursache hätten, sich durch ein gemeinsames Anarchistengesetz gegen die unheilvollen Einflüsse der christlichen Missionsarbeit zu schützen. —

Englische Werber sollen in Dresden, der Nachricht eines Dresdener Blattes zufolge, ihr Unwesen treiben. Wie das Blatt mitteilt, ist es ihnen gelungen, 15 Mann aus der Siemensschen Glasfabrik zu gewinnen, die inzwischen nach Hamburg abgedampft sind. Den Leuten ist vorgemacht worden, daß sie in einer Glasfabrik angestellt werden sollen. Der Oberagent der Werber soll gegenwärtig noch in Dresden seiner Thätigkeit obliegen.

Pflicht der Behörde wäre es, die wahre Mission des Mannes festzustellen, und ihm im Falle seiner Entlarvung den Prozeß zu machen. —

München, 7. Oktober. Abgeordnetenhaus. Die Debatte über den **Zolltarif-Gesetzentwurf** wurde heute fortgesetzt. Casselmann (liberal) rechtfertigt die Politik der Liberalen. Diese erkennten den landwirtschaftlichen Notstand an, müßten aber eine einseitige agrarische Interessenpolitik ablehnen, weil es außer der Landwirtschaft noch andre Erwerbsstände in Deutschland gebe. Aichbichler (Centrum) vertritt energisch die Interessen der Hopfenbauern. Minister Freiherr von Feilitzsch erklärt, er werde im Interesse der wirklich schwer notleidenden Hopfenbauern und Tabakbauern im Bundesrat **eine Erhöhung der Zolltarifsätze für Hopfen und Tabak beantragen.** Der ganze Zolltarif verfolge den Zweck, die Lage der einheimischen Landwirtschaft besser zu gestalten und zu erreichen, daß die Höhe der Erträge die Höhe der Produktionskosten entspreche. Im großen und ganzen sei die Höhe der industriellen Zölle verschwindend gegenüber der Höhe der landwirtschaftlichen Zölle. Eine Grenze der Erhöhung letzterer bilde das Interesse der übrigen Stände. Die Regierung müsse das allgemeine Interesse des Landes verfolgen und werde deshalb bemüht sein, einen Interessenausgleich herbeizuführen. Pichler (Centr.) betont, daß seine Partei stets für die Interessen der Landwirtschaft eingetreten sei, und bedauert, daß die bayrische Regierung im Bundesrat nicht die Wünsche der bayrischen Landtagsmehrheit bezüglich des Gerstenzolles zur Geltung bringe. — Weiterberatung Dienstag. —

Ausland.

Die europäische Politik um den Persischen Meerbusen.

London, 5. Oktober.

Seit dem Vertrage von Turkmantschai im Jahre 1828, wonach Persisch-Armenien an Rußland überging, hat die letztere Macht nicht aufgehört, ihren Einfluß in Persien zu befestigen. In ihrem Verlangen nach einem eisfreien Seehafen richtete sie, in Uebereinstimmung mit ihrer ganzen orientalischen Politik, ihre Aufmerksamkeit auf den Persischen Meerbusen. Nachdem der englische Widerstand gegen diese Pläne sich als zu stark erwiesen hatte, wandte sich Rußland dem fernen Osten zu, wo seine Bemühungen vom gewünschten Erfolge gekrönt wurden. Nicht nur ein eisfreier Seehafen ersten Ranges wie Port Arthur, sondern die ganze Mandschurei kam in seinen Besitz. Englands Macht reichte nicht mehr aus, diesen Zug nach dem Osten zu durchkreuzen, was für Rußland das Signal war, seine alten persischen Pläne wieder aufzunehmen. Während sich — wie Lord Salisbury sagt — die britischen „Zähne" an Südafrika verbissen, gewährte Rußland an Persien eine Anleihe von 22 500 000 Rubel, wofür es sehr bedeutende Bahnbau-Konzessionen erhielt, sowie auch die Zustimmung, die transkaspische Eisenbahn nach dem Persischen Meerbusen fortsetzen zu dürfen. Seit kurzem wurde auch eine zwischen Odessa und dem Persischen Meerbusen verkehrende Dampferlinie geschaffen, die von der russischen Regierung subventioniert wird. Die projektierten und wirklichen Schöpfungen all dieser Verkehrsmittel haben gewiß mehr ein politisches als ein kommerzielles Interesse, was übrigens eines der Kennzeichen des imperialistischen Kurses ist. Durch lange Geduld und rasche Ausnutzung der politischen Situation ist es Rußland gelungen, sich in einer Interessensphäre festzusetzen, die England als die ihrige, weil zum Schutze Indiens notwendige, betrachtet hat. Allerdings liegt der Schutz Indiens nicht in außerindischen Interessensphären, sondern in durchgreifenden, ernsten wirtschaftlichen und sanitären Reformen in Indien selbst, aber das ist bekanntlich nicht der Zweck der Kolonialpolitik. Die indische Regierung denkt noch immer mit den alten diplomatischen Mitteln auskommen zu können und hat deshalb kürzlich beschlossen, eine Eisenbahn von Quetta via Ruschki nach dem Persischen Meerbusen zu bauen. Da aber Rußland bedeutende Bahnkonzessionen in Persien besitzt, so dürfte ein russischer Einspruch nicht lange auf sich warten lassen.

In den letzten Wochen sind noch weitere Interessenkonflikte hinzugekommen, die auch Deutschland, d. h. die deutsche Kapitalistenklasse berühren. Der Streitpunkt ist Kueit (Koweit), das an der nordwestlichen Küste des Meerbusens gelegen ist und einen ausgezeichneten Hafen hat. Seine politische Bedeutung liegt auch noch darin, daß es die Endstation den projektierten deutschen Euphrat-Thal-Bahn (Bagdad-Bahn) werden und so das Mittelmeer mit dem Persischen Meerbusen verbinden sollte. Der Scheik von Kueit, Namens Mubarak, führte in letzter Zeit einen Krieg gegen seinen Nachbar, den Emir von Neschd. Der Scheik war anfangs erfolgreich, erlitt aber in der Folge eine entscheidende Niederlage und befürchtete einen Einfall des Emirs. Mubarak rief die Engländer zu Hilfe, die sofort einige Kanonenboote nach Kueit entsandten. Nun erschienen auch türkische Truppen, da der Sultan behauptet, die streitenden Parteien ständen unter seiner Suzerenität, daß er also das Recht habe, vermittelnd einzugreifen und zu diesem Zwecke Kueit militärisch zu besetzen. Diese Maßregel stieß auf den heftigsten Widerstand der Engländer, die mit Gewalt drohten. Zu einem Zusammenstoß zwischen England und der Türkei ist es nicht gekommen, da die türkischen Truppen weit vom Schusse blieben. Der Zwischenfall wird wohl vorläufig auf diplomatischem Wege erledigt werden. — In wessen Interesse der Sultan handelte, ist nicht ganz klar. Es ist nicht sehr wahrscheinlich, daß er Truppen mobilisierte, um zwischen zwei streitenden Stämmen zu vermitteln. Er kann nur entweder durch das Drängen Deutschlands oder Rußlands zum Einschreiten veranlaßt worden sein. Den Zweck hat übrigens sein Eingreifen erfüllt: es hat England verhindert, das Protektorat über Kueit zu erklären.

Der Zwischenfall ist also noch lange nicht erledigt. Er ist nur verschoben. In der Nebenbuhlerschaft um den Persischen Meebusen nimmt Kueit mit seinen großen Vorteilen einen bedeutenden Platz ein. Konnte der Scheik ein Spielzeug in den Händen Englands sein, so kann er es auch in den Händen Deutschlands und Rußlands werden. Und das Auftreten des Sultans spricht entschieden zu Gunsten der beiden letztgenannten Mächte.

Dänemark.

Der Staatshaushalt für das Finanzjahr 1900—1901 giebt ein ziemlich trostloses Bild von der finanziellen Lage des dänischen Staats; die Einnahmen sind zurückgegangen, die Ausgaben gestiegen; die Staatsschuld ist auf 217 Millionen angewachsen, seit 1899—1900 eine Zunahme von rund 10 Millionen Kronen.

Die Einnahmen betragen insgesamt 66,8 Millionen gegen 69,5 Millionen im Vorjahre. Der Rückgang der Einnahmen tritt besonders stark bei den Staatsbahnen hervor. Hier war im Vorjahre noch ein Reingewinn von 2,6 Millionen zu verzeichnen, wogegen er jetzt nur 1/4 Million beträgt, 1/10 Proz. des 250 Millionen betragenden Anlagekapitals. — Die Einnahmen aus den Zöllen sind von 42,1 Millionen auf 41,3 Millionen zurückgegangen. — Die Einnahmen des Post- und Telegraphenwesens, die im Vorjahre einen Ueberschuß von 93 000 Kronen ergaben, weisen in diesem Jahre ein Minus von 56 000 Kr. auf. — Die westindischen Inseln tragen auch nicht wenig zu der schlechten Finanzlage bei. Die Zuckerkochereien auf St. Croix haben die Zinsen für das ihnen vom Staat gewährte Darlehn nicht bezahlt; ihre Schuld beträgt 360 000 Kr. Auch die Kommune St. Croix hat die Zinsen ihrer Schuld nicht bezahlt und die staatlichen Plantagen in Westindien haben ein Minus von 11 000 Kr. statt des erwarteten Ueberschusses von 18 000 Kr. ergeben. — Der Kriegsminister hat sein Budget um 448 000 Kr. überschritten.

Der Bestand der Staatskasse beläuft sich auf 13 Millionen Kr. — Westindiens Schuld beträgt 9 Millionen. „Man kann sich ja", schreibt „Politiken", „das platonische Vergnügen machen, diese 9 Millionen als Aktiva aufzuführen, obgleich sie in Wirklichkeit längst verloren sind. Will man sie wieder haben, dann wird man genötigt sein, die Inseln zu verkaufen. Damit vermindert man die jährlichen Ausgaben bedeutend und gewinnt noch eine schöne runde Summe. Es steht beständig schlimm aus um Westindien." —

Belgien.

Das Treiben der belgischen Reaktion. Man schreibt uns aus Belgien: Die belgische Regierung und die belgische Socialdemokratie bereiten eine Schlacht vor, welche wichtige Folgen haben kann. Die Socialdemokraten haben beschlossen, das allgemeine reine Wahlrecht zu erringen und das Pluralsystem, das allein noch die klerikale Herrschaft hält, mit allen möglichen Mitteln zu beseitigen. Ihrerseits sucht die Regierung auch ihre Position mit allen möglichen Mitteln zu verteidigen. Sie verkündigte nach außen ihre „Mäßigung", während sie intensiv gegen das Volk rüstet. So wurde vor wenigen Tagen ein Generalvikar Mgr. Rutten zum Bischof von Lüttich ernannt, der bekannte Verfolger der christlichsocialen Pfarrer dieser Diözese. So kündigte diese Woche Herr De Sadeleer, Präsident der Kammer, offiziell für November seinen Rücktritt an, weil seine klerikalen Freunde ihm seine korrekte und unparteiische Haltung gegenüber den socialdemokratischen Abgeordneten nicht verzeihen.

Endlich beabsichtigte die Regierung eine Vorlage durchzubringen — die Besprechung beginnt Dienstag, den 8. Oktober —, welche zum Zweck hat, eine Armee von Söldlingen gegen den inneren Feind zu schaffen. Nach dieser Vorlage würde das Heer auf gutbezahlte Freiwillige gegründet werden und jährlich mindestens 20 Millionen Frank mehr kosten (100 M. statt 80). Das jährliche Kontingent wird von 13 500 auf 15 100 Mann und das Kriegsheer von 145 000 auf 180 000 Mann gebracht. In der Friedenszeit behält die Regierung 43 000 Mann, „um die Ordnung zu sichern". Sofern sich aber die Freiwilligen nicht zahlreich genug melden, wird der Kriegsminister das jährliche Kontingent vermehren.

Diese Vorlage läuft nur auf eine Vermehrung der Lasten an Geld und Blut für die Proletarier hinaus — weil die Reichen einen Ersatzmann gegen 1600 Fr. „laufen" können.

Um das neue parlamentarische Jahr gut einzuleiten, hat die Brüsseler Föderation der Arbeiterpartei am Sonntagnachmittag, 6. Oktober, eine große Demonstration gegen den Militarismus im allgemeinen und diese Vorlage im besonderen organisiert und viele tausende Flugblätter verbreitet, welche die Notwendigkeit der socialdemokratischen Bestrebungen auseinandersetzen. —

England.

London, 5. Oktober. Als Nachklang des Lübecker Parteitags verdient folgende Bemerkung des heutigen „Speaker" einige Beachtung: „Der Jahreskongreß der deutschen Socialdemokratie dürfte wohl die Wirkung haben, die Reformbestrebungen in Deutschland zu stärken. . . . Am Sonnabend nahm der Kongreß eine wichtige Resolution über die Wohnungsfrage an, die in Deutschland als eines der bedeutendsten Probleme von Oekonomen und Publizisten betrachtet wird. Aber das bedeutendste Ereignis des Kongresses war Bebels großartige Anklage gegen den Zolltarif." Der „Speaker" giebt sodann die Grundzüge der Rede und betont besonders den Scharfblick Bebels in Bezug auf die voraussichtlichen Wirkungen des Tarifs auf den Dreibund und Frankreich.

Türkei.

Blutiges Rencontre. Nach Meldungen aus Uesküb sollen in der Nähe der Ortschaft Grandsko zwischen einer aus 9 Mann bestehenden bulgarischen Bande und türkischen Truppen Zusammenstöße vorgekommen sein. Sechs Bulgaren sollen getötet, einer verwundet sein. Die übrigen entflohen. Auch sollen in der Ortschaft zwei Bomben aufgefunden sein. —

Amerika.

Vom venezolanisch-columbischen Krieg. Nach einer dem „Hamb. Korresp." von dem venezolanischen Generalkonsulat in Hamburg zugegangenen Mitteilung soll es überhaupt noch nicht zu Zusammenstößen, sei es in Venezuela selbst, sei es mit Kolumbien, gekommen sein. Die New Yorker Depeschen verbreiteten allerhand erfundene Räubergeschichten von einer Revolution in Venezuela und einem Krieg mit Kolumbien, um die europäischen Interessen, die den amerikanischen Bestrebungen in Südamerika im Wege stehen, beiseite schieben zu können. In der That sei noch kein Schuß im Lande gefallen, sei der Friede noch nirgends gestört worden. — Wie im politischen Interesse telegraphisch gelogen zu werden vermag, haben ja erst wieder die Shanghaier und Kapstädter Lügenfabriken bewiesen, dennoch ist die natürlich ebenfalls tendenziöse Darstellung des Hamburger Generalkonsulats mit nicht minderer Vorsicht aufzunehmen, wie das, was über New York aus Südamerika gemeldet wird.

Uebrigens liegt heute wieder folgendes Telegramm aus New York vor:

Eine Drahtung des venezolanischen Abgesandten, der soeben von der kolumbischen Grenze nach Caracas zurückgekehrt ist, hat folgenden Wortlaut: „Venezuela wartet, bevor es einen Angriff unternimmt, auf eine Beantwortung seiner an die kolumbische Regierung gerichteten Note. 30 000 Venezolaner sind auf Goajire zusammengezogen." —

Der Boeren-Krieg.

Kesseltreiben gegen Botha.

Ein Berichterstatter der „Times" in Südafrika berichtet in einer Drahtung aus Dundee vom 5. Oktober über eine große Truppenbewegung, die sich im Südosten von Transvaal unter Leitung des Generals Lyttleton behufs Einschließung der Boeren vollziehe, man fürchte jedoch, daß der Feind, beunruhigt durch seine Erfahrungen bei Fort Iiala, eine weitere Konzentrierung vermeiden werde. Das Hauptcorps unter Botha befinde sich jedoch innerhalb des britischen Kordons, der sich nördlich von Zululand bis nach der Grenze erstecke.

Die englischen Generäle Littleton, Walter, Kitchener, Hamilton und Dartnell mit 20 000 Mann versuchen augenblicklich Botha mit seinen Truppen im Norden Natals und an der Grenze des Zululandes zu umzingeln und zu vernichten.

Englische Rüstungen.

Wie der militärische Mitarbeiter der „Sunday Times" erfährt, wird Lord Kitchener bald freie Hand in der Kriegsleitung haben. Seinem Verlangen nach mehr berittenen Truppen werde bereits Folge geleistet, vorerst werde eine ansehnliche Anzahl berittener Infanterie abgesendet werden, der nötigenfalls drei britische Reiterregimenter folgen würden, die für Einschiffung bereit gehalten werden. Monatlich würden 8000 Pferde eingeschifft werden. Wahrscheinlich würden auch Kanada und die australischen Kolonien angegangen werden, weitere berittene Kontingente zu stellen. Die neuen berittenen Truppen würden die müde Infanterie ablösen.

•

Kroonstad, 6. Oktober. Eine Truppenabteilung unter Major Holmes hat am 1. d. Mts. das nördlich vom Zand-River gelegene Lager des Kommandanten Marais genommen. Die Verluste der Boeren betrugen 2 Tote, 2 Verwundete, 20 Gefangene. Erbeutet wurden 17 Wagen, 10 Karren und 800 Stück Vieh.

London, 7. Oktober. Aus Matjesfontein wird gemeldet: Zwischen den Truppen des englischen Kommandos Cavanagh und dem Kommando Scheeper fand gestern ein Gefecht statt. Kommandant Scheeper leitete dasselbe, obgleich er leidend ist, von seinem Wagen aus.

Aus Industrie und Handel.

Die Lage des Zuckermarktes.

Die Preislage für Zucker ist gegenwärtig auf dem Weltmarkte eine äußerst gedrückte. In London wird Rohzucker im Großhandel mit 8,18 Pf. pro Pfund gehandelt, für Raffinade würde das einem Preise von ungefähr 10 Pf. gleichkommen. Wir zahlen in Deutschland nach den vom Zuckersyndikat bestimmten Preise für Krystallzucker 28,20 Pf., für Würfelzucker 31,20 Pf. und für gemahlene Raffinade 29,70 Pf. pro Pfund im Großhandel. Diese gewaltige Differenz im Preise ist sowohl durch das Zuckersyndikat, wie durch die Gesetzgebung in Deutschland hervorgerufen.

Der Konsument in Deutschland muß zu dem Weltmarktpreis von 10 Pf. für das Pfund allein an Verbrauchssteuern 10 Pf. entrichten, die er zur Füllung unsres Steuersäckels opfern muß, und die Schlußdifferenz von rund 8—11 Pf. fordert ihm das Syndikat ab. Wir zahlen in Deutschland nahezu dreimal höhere Preise als in London. Während auf dem Weltmarkt ein Preistiefstand eingetreten ist, wie wir ihn noch nie erlebt haben, rief das deutsche Syndikat in den letzten Jahren überhaupt seit seinem Bestehen fortgesetzt eine Preissteigerung hervor, die geradezu unerhört ist. Diese Aktion konnte das Syndikat ungestört ausführen, weil der hohe Eingangszoll von 40 Mark pro Doppelcentner die Konkurrenz ausländischen Zuckers unmöglich machte. Ja es ist nicht ausgeschlossen, daß wir in nächster Zeit noch weitere Preissteigerungen erleben, da die Syndikatsbildung bei den Zuckerraffinerien nicht stehen bleibt, vielmehr auch die Großhändler dem gegebenen Beispiel folgen wollen, um ihren Gewinn zu erhöhen.

Dabei ist die Geschäftslage die denkbar ungünstigste und bei dieser Taktik des Syndikats nicht zu ersehen, wie die Kalamität auf dem Markte gehoben werden könnte. Die jetzt beginnende Zuckerkampagne verspricht eine sehr ertragsreiche zu werden, die Rübenernte ist in allen Zucker producierenden Ländern gut ausgefallen — eine Erklärung dafür, daß die Preise auf dem Weltmarkt so gedrückt sind. Ausgeschlossen erscheint es aber bei den hohen Inlandspreisen, den Verbrauch zu heben, denn die kleine Ermäßigung, zu der sich das Syndikat vor kurzem bequemte, fällt nicht ins Gewicht. Ebenso aussichtslos ist aber die Steigerung des Exports, denn wir sind trotz unsrer hohen Exportprämie fortgesetzt in der Ausfuhr zurückgedrängt. Die Ausfuhr des deutschen Zuckers sank von 1 141 097 Tonnen im Jahre 1897 auf 1 006 466 Tonnen im Jahre 1900. Auf dem amerikanischen Markt sind wir in sehr ungünstige Position gekommen, weil die höheren amerikanischen Zollsätze für deutschen Zucker uns vom Markt verdrängen. Diese Aufmerksamkeit haben wir unsren Prämiensätzen zu verdanken, die für die Vereinigten Staaten von Nordamerika der Anlaß waren, uns, und auf unsre Denunziation auch den Russen, höhere Einfuhrzölle aufzuerlegen. So rächt sich die Liebesgabenpolitik an ihren eignen Befürwortern und schlägt sie mit denselben Mitteln nieder, die der künstlichen Entwicklung dieser Industrie gedient haben. Denn thatsächlich kann von einer normalen Entwicklung dieser Industrie unter der staatlichen Steuerprotektion gar nicht geredet werden. Die Gewinne in der Zuckerindustrie waren seiner Zeit so exorbitant, daß für das Kapital ein riesiger Anreiz gegeben wurde, hier Anlage zu suchen. Die Erfindungen sicherten eine immer erhöhtere Ausbeute der Rüben und schließlich warf der Staat Millionen den Produzenten in den Schoß, um die Gier nach neuen Gründungen abermals anzufachen. So ist die Produktion weit über den Bedarf gestiegen, das Ausland kann die überschüssige Menge nicht aufnehmen, ein bedeutendes Absatzgebiet, Nordamerika, dessen Rohrzuckerfabrikation der billige ausländische Rübenzucker erdrückte, geht selbst zur Fabrikation des Rübenzuckers über und hat für die Rübenkultur weit ertragsreicheren Boden, als wir auf unserm ausgemergelten Acker. Heute ist der Karren mehr verfahren als je, aber es giebt kein andres Mittel, als mit der Liebesgabenpolitik zu brechen und durch billige Inlandpreise den Konsum zu heben. Dem schädlichen Zustand, daß wir durch hohe Besteuerung des Zuckers es ermöglichen, in England Zucker auf den Markt zu bringen, der um ein Drittel billiger ist, als ihn der deutsche Konsument erhält, muß ein Ende bereitet werden.

Der Centralverein für Arbeitsnachweis zu Berlin berichtet über den Geschäftsbetrieb im Monat September 1901:

	ungelernte Arbeiter	Maler	Schlosser	Klempner	Tapezierer	weibl. Pers.	insgesamt
Eingeschriebene, arbeitsuchende Pers.	1789	1125	274	99	390	332	4009
Von Arbeitgebern verl. Arbeitskräfte	1852	1625	216	127	629	318	4767
In Arbeit gebrachte Personen . . .	1706	1158	168	112	356	253	3753

Geschäftsberichte deutscher Konsumvereine. Der „Wochenbericht der Großeinkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine" giebt in seiner letzten Nummer die Geschäftsberichte einer Anzahl Konsumvereine bekannt, die ohne Ausnahme ein finanziell recht günstiges Ergebnis aufweisen und einen Fortschritt dieser Bewegung ankünden. Wir geben in Kürze einen Auszug.

Der Konsumverein „Vorwärts" in Luckenwalde hatte im ersten Halbjahr 1901 einen Umsatz von 383 075 M. und einen Reingewinn von 37 728 M. — Der Konsumverein Weida berichtet in dem ersten Geschäftsjahr, der 10½ Monat umfaßt, über einen Umsatz von 18 415 M. und einen Reingewinn von 1023 M. An Rückvergütung wurden 4 Prozent gezahlt. — Der Konsumverein in Göttingen giebt seinen Umsatz im Geschäftsjahr 1900/01 auf 480 113 Mark an, der Reingewinn betrug 39 842 M. — Der Konsumverein in Königstein hat im letzten Geschäftsjahre seinen Umsatz von 49 163 auf 60 452 M. gesteigert. Der erzielte Reingewinn beläuft sich auf 5841 M., an Rückvergütung wurden 6½ Proz. gezahlt. — Der Banter Konsumverein hatte im ersten Halbjahr einen Umsatz von 428 788 M. Der durch die eigne Bäckerei erzielte Gewinn betrug 21 765 M., der Reingewinn des gesamten Unternehmens 54 446 M. An Rückvergütung wurden 8 Proz. gewährt. — Der Konsumverein in Calbe giebt seinen Umsatz im letzten Geschäftsjahr auf 138 514 Mark an und erzielte einen Reingewinn von 14 396 M. Zur Verteilung gelangten 10 Proz. Rückvergütung. — Der Konsumverein Velten erzielte bei einem Umsatz von 113 543 M. im ersten Halbjahr einen Reingewinn von 13 838 M. und verteilte 9 Proz. Rückvergütung. — Der Konsumverein „Vorwärts" in Brandenburg hatte im ersten Geschäftsjahr 401 232 M. Umsatz und 30 824 M. Reingewinn. Neben 4 Proz. für Geschäftsanteile wurden 8 Proz. Rückvergütung gezahlt. — Im Arnstädter Konsumverein betrug im ersten Geschäftsjahr der Umsatz 97 081 M. und der Reingewinn 11 178 M. An Rückvergütung wurden 10 Proz. gezahlt. — Der Allgemeine Konsumverein Braunschweig hatte im ersten Halbjahr den stattlichen Umsatz von 769 072,62 M. zu verzeichnen, gegenüber dem Vorjahr ein Mehr von 141 833,96 M. Der Reingewinn beziffert sich auf 73 024,07 M. — Der Leipzig-Plagwitzer Konsumverein giebt den Umsatz in seinen 49 Verkaufsstellen im letzten Geschäftsjahr auf 9 729 642,59 M. an. Die Dividende beträgt 9 Proz. Dem Verein gehören 29 358 Mitglieder an. — Der Konsumverein Berlin-Nord hatte im Geschäftsjahr 1900/01 einen Umsatz von 185 345,41 M. gegen 50 490,67 M. im Vorjahre. Der Reingewinn belief sich auf 11 869,91 M. An Dividende wurden 6 Proz. verteilt.

Die Bernstein-Industrie Danzigs. Ueber die Bernstein-Industrie Danzigs im Geschäftsjahre 1900/1901 werden interessante Mitteilungen veröffentlicht, aus denen zu entnehmen ist, daß der Uebergang der Stantien u. Beckerschen Werke an den Staat für die Industrie den Vorteil hatte, daß sie endlich rohen Bernstein zur Fabrikation direkt vom Produzenten erhielt. Für die Arbeiterinnen bedeutet die Lieferung des sortierten Rohmaterials eine erhebliche Erleicherung und eine Besserung ihres Verdienstes um ungefähr 20 Proz. Die Nachfrage nach rohem Ambroid, das hauptsächlich in Wien, Paris und New York zu Pfeifen verarbeitet wird, ist andauernd rege; es dürfte deshalb eine Erhöhung der Preise bevorstehen. Das Bernsteinperlen-Geschäft blieb über das erste Halbjahr 1900 hinaus auffallend still; China fiel wegen der dortigen Wirren mit Aufträgen ganz aus, und die Unsicherheit der Verhältnisse im Sudangebiet wirkt nachteilig auf den Absatz. Von September an aber belebte sich das Geschäft ungemein, und es ist zu hoffen, daß der nahende Winter reichliche Aufträge bringt. Die Preise sind aber gedrückt, weil die russische Konkurrenz mit billigsten Angeboten trotz der Erhöhung der Preise für das Rohmaterial am Markt bleibt. Die Nachfrage nach Bernsteinschmuck, wie Broschen, Armbänder usw., wird immer geringer, und die kleinen Fabrikanten, die sich mit deren Herstellung befassen, klagen allgemein. Nach ungefährer Schätzung sind im Jahre 1900/1901 mehr als 13 000 Kilogramm Rohstein im Wert von kaum 200 000 M. in Danzig eingeführt und zu verschiedenen Bernsteinwaren verarbeit worden. Außerdem gelangte, wie in früheren Jahren, noch eine größere Menge geschmolzenen Bernsteins zur Lackfabrikation an den Markt.

Der amerikanische Stahltrust giebt seine Einnahme in dem am 30. September abgeschlossenen Semester auf 54 995 000 Dollar an. Zur Dividendenauszahlung wurden 27 968 000 Dollar verwandt. 12 327 000 Dollar sollen zu Neu-Anschaffungen und Bauten zurückgestellt werden.

Partei-Nachrichten.

Arbeitersekretariate.

Nachstehend veröffentlichen wir die Adressen der zur Zeit in Deutschland errichteten Arbeitersekretariate. Die Veröffentlichung soll periodisch erfolgen; jedesmal bei Beginn eines neuen Quartals.

Wir ersuchen die Interessenten, uns in der Vervollständigung des Verzeichnisses zu unterstützen und von einer Adressenänderung uns rechtzeitig Kenntnis geben zu wollen.

Arbeitersekretariate bestehen in:

Altenburg (S.-A.), Unterm Schlosse 1.
Altona, Große Bergstr. 204, I.
Berlin SO., Engel-Ufer 15.
Beuthen (O.-S.), Schießhausstr. 6.
Bremen, Ostertorstr. 26 I.
Breslau, Messergasse 18/19 I.
Darmstadt, Elisabethstr. 31.
Frankfurt a. M., Am Schwimmbad 8/10.
Freiburg i. B., Engelbergerstr. 9 I.
Gera, Hospitalstr. 21 I.
Halle a. S., Geiststr. 21.
Hamburg, Pferdemarkt 23 II.
Hannover, Leinestr. 17.
Hildesheim, Judenstr. 5.
Hohenlimburg, Schulstr. 10.
Jena, Saalbahnstr. 3.
Kiel, Gaastr. 24 part.
Köln a. Rh., Poststr. 50.
Landeshut i. Schl., „Gasthof zur Sonne". I.
Lübeck, Johannisstr. 46, part.
Mannheim, S. 3, 10.
Mühlheim a. Main, Wiesenstr. 3.
München, Isarthorplatz 6.
Nürnberg, Egydienplatz 22.
Posen, Bernhardinerplatz 4.
Striegau, Zigeunerstraße.
Stuttgart, Eßlingerstr. 17/19.
Tuttlingen, Schaffhäuserstr. 24.
Waldenburg, Schl. Töpferstr. 1.

Berlin, den 7. Oktober. 1901.

Der Parteivorstand.
Kreuzbergstr. 30.

Zwei Versehen spielten eine merkwürdige Rolle in den Prozessen gegen den Genossen Bredenbeck in Dortmund, die in den letzten Tagen geführt wurden und ihm schwere Strafen eintrugen. Er war angeklagt der Beleidigung der Dortmunder Polizei durch einen Leitartikel, der sich mit Mißhandlungen auf der Polizeiwache beschäftigte. Er hatte den Artikel nicht geschrieben. Der Verfasser war sein Kollege Hänisch. Bredenbeck, der sonst das Dortmunder Parteiblatt verantwortlich zeichnete, hatte die Verantwortlichkeit für diesen Artikel abgelehnt, und Hänisch hatte sich bereit erklärt, die betreffende Nummer zu zeichnen. Hänisch erteilte darauf dem Metteur die bestimmte Weisung, daß nicht Bredenbeck, sondern er diese Nummer verantwortlich zeichne. Auch Bredenbeck gab dem Metteur die Anweisung, seinen Namen nicht unter diese Nummer zu setzen. Infolge eines durch den Metteur verschuldeten Versehens wurde trotzdem Bredenbeck als Verantwortlicher benannt. Dieser Sachverhalt wurde in der Verhandlung durch Hänisch und durch den Metteur eidlich bezeugt. Trotzdem wurde Bredenbeck als Verantwortlicher zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, obwohl das Gericht als erwiesen ansah, daß Bredenbeck die Verantwortlichkeit für diese Nummer abgelehnt hatte!

Worauf das Gericht sein Urteil bei dieser Sachlage stützte, ist leider aus den Mitteilungen unsres Dortmunder Parteiorgans, dem wir diese Thatsachen entnehmen, nicht zu ersehen. Jedenfalls dürfte es von großem Interesse sei, diese Stelle des Urteils in der schriftlichen Ausfertigung im Wortlaute kennen zu lernen.

Nun das zweite Versehen!

Das Ober-Bergamt hatte Strafantrag gestellt gegen den Genossen Hänisch. Die hier in Frage kommende Nummer war aber von Bredenbeck verantwortlich gezeichnet worden und Bredenbeck wurde auch prozessiert und verurteilt, obwohl gegen ihn gar kein formeller Strafantrag vorlag.

Das Versehen des Metteurs soll der an der Strafthat gänzlich Unbeteiligte büßen, es dient zur Grundlage der Verurteilung, denn das ist klar, hätte der Metteur die ihm erteilte Weisung befolgt, dann konnte Bredenbeck, der weder Verfasser des Artikels, noch verantwortlicher Redacteur war, unter keinen Umständen in das Verfahren verwickelt werden. Er ist nur hineingekommen durch ein Versehen, an dem ihn persönlich keinerlei Schuld trifft.

Das Versehen des Beleidigten im andern Falle aber, der gar nicht den Schuldigen, sondern einen andren anklagt, wird dem Schuldigen nicht zu gute gerechnet; er wird verurteilt, ohne angeklagt zu sein. Nach Analogie des ersten Falles müßte doch auch hier die Seite den Schaden tragen, auf der das Versehen liegt. Eine fürsorgliche Rechtspflege ermöglicht es aber, daß der socialdemokratische Redacteur allemal den Schaden trägt.

Einen wuchtigen Protest gegen den Brotwucher erhoben die Einwohner des Dorfes Waltersdorf in der sächsischen Oberlausitz. Die von uns vorbereitete Petition fand **900** Unterschriften. Das bedeutet, daß fast die Hälfte der Einwohner unterzeichnet, daß sich also wahrscheinlich nur ganz vereinzelte erwachsene Einwohner ausgeschlossen haben. Das ist um so bemerkenswerter, als der Ort auch eine Anzahl Bauern zu seinen Einwohnern zählt. Die armen Bewohner der sächsischen Oberlausitz, für die jeder Groschen schon eine nennenswerte Geldsumme bedeutet, würden allerdings auch aufs schwerste belastet werden durch jede wie immer geartete Erhöhung des Brotpreises.

Ausgeschlossen. Durch einmütigen Beschluß wurde am Mittwoch in einer Generalversammlung des socialdemokratischen Vereins in Dortmund ein Herr Siebel aus der Liste der Partei-Organisation gestrichen. Siebel ist diejenige Person, mit deren Hilfe die bürgerliche Presse kürzlich gegen die „Herrschsucht" des Parteivorstandes polemisierte. Angeblich sollte Siebel bei seinen Anklagen eine große Anhängerschaft auf seiner Seite haben; wie es mit dieser Schar aussieht, beweist der Beschluß. In der betreffenden Versammlung wurde auch noch beschlossen, den Ausschluß Siebels aus der Gesamtpartei zu beantragen.

Gewerkschaftliches.

Keine Tarifgemeinschaft in der Militäreffekten-Branche.

Von seiten des Verbandsvorstandes der Sattler ist bekanntlich vor einiger Zeit eine Bewegung eingeleitet worden, die darauf abzielte, zwischen den Militäreffekten-Fabrikanten und den bei ihnen beschäftigten Arbeitern eine für ganz Deutschland gültige tarifliche Vereinbarung über die Lohn- und Arbeitsbedingungen herbeizuführen. Diese Bewegung erschien um so aussichtsvoller, als sich in Berlin einige Fabrikanten fanden, die diese Bewegung unterstützten. Die Vorbereitungen waren nun so weit gediehen, daß am Montag in Berlin eine Konferenz der Fabrikanten und Arbeiter stattfinden sollte, zu welcher die letzteren Vertreter aus Berlin, Dresden, Eisleben, Elberfeld-Barmen, Görlitz, München, Kaiserslautern und Straßburg entsendet hatten. Außerdem waren der Vorstand und Ausschuß des Sattlerverbandes vertreten.

Es kam aber nicht zu den erwarteten Verhandlungen. Vielmehr hatten die Fabrikanten, die sich in einer Anzahl von 27 hier eingefunden hatten, vorgezogen, nur eine Deputation von sechs Herren nach dem Konferenzlokal zu entsenden, die daselbst nachstehende Erklärung abgaben:

„Nachdem die unterzeichneten Fabrikanten sich bereit erklärt hatten, an der gemeinsamen Beratung in Lohnangelegenheiten am 7. d. M. in Berlin teilzunehmen, sehen sich dieselben nach Erhalt der von seiten der Arbeitnehmer eingereichten Anträge zu ihrem Bedauern veranlaßt, in Anbetracht der gänzlichen Aussichtslosigkeit, bei den geforderten Lohnsätzen zu einer Verständigung zu gelangen, von weiteren Verhandlungen abzusehen."

Unterzeichnet ist diese Erklärung von 27 Firmen, die ihren Sitz in Berlin, Barmen, Breslau, Brieg, Eisleben, Elberfeld, Friesenheim, Freiberg, Görlitz, Kaiserslautern, Offenbach, Roisdorf und Straßburg haben.

Der Vorsitzende des Sattler-Verbandes, Sassenbach, gab seinem Bedauern über diese voreilige Stellungnahme Ausdruck, da man in der bestimmten Aussicht auf die bevorstehenden Verhandlungen auf beiden Seiten einen umfangreichen Apparat aufgeboten habe. Die von den Arbeitnehmern vorgeschlagenen Preise seien doch eben zunächst nur als Vorschläge aufzufassen und sei es ja den Arbeitgebern unbenommen, auch ihrerseits mit Gegenvorschlägen zu kommen. Schließlich machte Sassenbach der Fabrikanten-Deputation den Vorschlag, bei ihren Wählern zu veranlassen, daß dieselben drei Vertreter der Arbeiter zu einer engeren Besprechung zulassen sollten.

Sassenbach erhielt jedoch den Bescheid, daß die Fabrikanten auf ihrem Beschluß bestehen bleiben.

Der Sprecher der Fabrikanten, ein Herr Mühlenfeld aus Barmen, erklärte, die Fabrikanten hätten es jetzt, bei der ungünstigen Konjunktur, ja überhaupt nicht nötig, sich auf Unterhandlungen einzulassen, da sie jetzt zahlen könnten, was sie wollten

Die von den Arbeitern eingereichten Anträge, auf welche sich die vorstehende Erklärung der Fabrikanten beruft, fordern in der Hauptsache: Neunstündige Arbeitszeit, 50 Pf. Minimal-Stundenlohn für leistungsfähige Arbeiter, Festsetzung eines Accordtarifs, möglichste Beschränkung der Ueberstunden, eventuell Aufschlag für dieselben, Einschränkung der Heimarbeit, Beseitigung der Zwischenmeister innerhalb der Werkstatt, Einsetzung eines Tarifamtes, welches die Accordpreise für neu auftauchende Arbeiten festzusetzen und bei Streitigkeiten als oberste Instanz zu fungieren hat. —

Man sieht hieraus, daß die Anträge durchaus nicht undiskutabel sind, und daß es ein eigentümliches Licht auf die Fabrikanten wirft, wenn sie auch nach der entgegenkommenden Erklärung Sassenbachs sich weigerten, in die Verhandlungen einzutreten. Diese Weigerung erscheint um so schroffer, wenn man erfährt, daß in der größten Fabrik der Militäreffekten-Branche schon jetzt zum Teil höhere als die im Entwurf der Arbeiter geforderten Löhne gezahlt werden.

Deutsches Reich.

Der Centralverband der Fleischer und Berufsgenossen Deutschlands, die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehende Organisation der Fleischergesellen, blickt jetzt auf das erste Jahr seines Bestehens zurück und veröffentlicht deshalb seinen ersten Rechenschaftsbericht. Aus den kleinsten Anfängen heraus hat sich der Verband zu einem verhältnismäßig günstigen Stande entwickelt. Die Gründung wurde Ende Juni 1900 in Berlin vollzogen, nachdem im März desselben Jahres schon ein eignes Organ: „Der Fleischer" herausgegeben und somit das geistige Bindeglied für die Kollegen Deutschlands geschaffen war. Den Grundstock der Organisation bildete der Berliner Lokalverein, von dem 63 Mitglieder in den Centralverband übertraten. Später schloß sich dann der Lokalverein Eisenberg mit 35 Mitgliedern an. Im Laufe des Berichtsjahres sind dem Verbande insgesamt 1544 Mitglieder beigetreten, 145 sind wieder ausgeschieden, sodaß am Jahresschluß 1399 Mitglieder in 18 Verwaltungsstellen und Einzelmitglieder an 15 Orten zu verzeichnen waren. Es wurden 42 Agitations-Versammlungen abgehalten und das Fachorgan in Auflagen von 2000 bis 6000 zum Verschleiß gebracht. Es fehlte dem Centralverbande der Fleischer und Berufsgenossen Deutschlands natürlich auch nicht an Verfolgungen seitens der Meister. Maßregelungen von Mitgliedern waren ziemlich zahlreich. Außerdem kam es aber auch an fünf Orten zu ernsthafteren Konflikten mit den Meistern, die jedoch infolge der damaligen allzu großen Schwäche der Organisation nicht immer den erhofften Erfolg brachten.

Der Kassenbericht balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 5244,77 M. Die Kassenbestände beziffern sich am Schluß des Jahres auf 921,36 M.

Bemerkt sei hierzu noch, daß im letzten Quartal der Verband um einige Verwaltungsstellen und mehrere hundert Mitglieder gewachsen ist. Man darf wohl auch von der Zukunft eine Stärkung des Centralverbandes der Fleischer und Berufsgenossen Deutschlands erwarten, und es sind ja auch mit der christlichen Organisation der Fleischergesellen, dem Bunde, Verhandlungen betreffs Verschmelzung beider Korporationen im Gange, die aller Voraussicht nach zu einem günstigen Abschlusse führen.

Genugthuung für Streikbrecher. Aus Anlaß des Porzellanarbeiterstreiks in Gräfenroda ist kürzlich ein Arbeiter zu 3 Wochen Gefängnis verurteilt worden. Der Verurteilte ging in Begleitung von zwei Kollegen die Straße entlang. Aus der entgegengesetzten Richtung kam ein Streikbrecher, der im Vorübergehen von einem der Entgegenkommenden einen — wie dieser behauptet — infolge Ausweichens nach verkehrter Richtung unbeabsichtigten Stoß erhielt. Das Gericht legte, wie das in solchen Fällen zu geschehen pflegt, den Aussagen des staatsstützenden Arbeitswilligen mehr Glauben bei, als den Angaben der beiden Begleiter des Angeklagten. In der Urteilsbegründung kommt der eigentümliche Satz vor: Wenn auch der Stoß seitens des Angeklagten nicht absichtlich erfolgt sei, so müsse doch angenommen werden, daß der Angeklagte wissen konnte, daß, wenn er geradeaus ging, er den Betreffenden körperlich verletzen werde!

Da haben wir also die Anwendung des dolus eventualis zum Schutze von Streikbrechern.

Ausland.

Die dänischen Seeleute und Heizer haben den staatlichen Verheuerungsagenten in Kopenhagen zur Anerkennung ihrer Organisation gezwungen. Die Zustände auf dem staatlichen Verheuerungsbureau hatten seit längerer Zeit zu vielfachen Klagen Anlaß gegeben und besonders beschwerten sich die Seeleute darüber, daß die Verheuerung nicht der Reihe nach erfolgte, so daß häufig schon alle Stellen besetzt waren, wenn die Arbeitslosen zur festgesetzten Zeit im Bureau erschienen. Die Vorsitzenden des Seemanns- und des Heizerverbandes wandten sich wiederholt beschwerdeführend an den Agenten, ohne aber Abhilfe zu erzielen. Der Vertreter der Seeleute ging dann zu dem Vorgesetzten des Agenten. Dieser aber erklärte, daß er als königlicher Beamter nicht mit dem Leiter einer socialistischen Organisation verhandeln könne. Nun beschlossen die Seeleute in einer großen Versammlung, den staatlichen Nachweis vollständig zu meiden und sich nur noch in den Bureaus der Organisation in Aarhus und Esbjerg zu melden, wo übrigens die Stellenvermittelung gratis ist, während bei der staatlichen noch eine Abgabe von den Arbeitslosen verlangt wird. Es erschien nicht ein einziger Seemann oder Heizer bei dem Verheuerungsagenten und dieser sah sich genötigt, wenn er sich nicht selbst überflüssig machen wollte, bei den Vertretern der Organisationen um Verhandlung nachzusuchen. Der autorisierte Staatsbeamte mußte sich beugen vor der Macht der organisierten Seeleute.

In gemeinsamer Sitzung wurde dann ein Regulativ aufgestellt, wodurch den Seeleuten eine gerechte Handhabung der Arbeitsvermittelung garantiert, und in Streitfällen den Organisationen die Entscheidung übertragen wird.

Im Kohlenbecken von Lüttich stehen jetzt fast sämtliche Bergleute im Streik. Zusammenstöße zwischen Streikenden und Gendarmen werden von vielen Orten gemeldet; die Gendarmerie geht gegen die friedlich Demonstrierenden mit großer Brutalität vor. An verschiedenen Orten haben die Gendarmen mit blanker Waffe und mit Flintenkolben angegriffen, der Bürgermeister von Aus hat das Zusammengehen von mehr als fünf Personen verboten. Die drei Arbeiter, welche wegen der Ausschreitungen auf dem Bahnhof zu Jemappe verhaftet worden waren, sind in Freiheit gesetzt worden; etwa 30 Streikende sind wegen angeblicher Belästigung von Arbeitswilligen angeklagt worden.

Der Fischerstreik in Grimsby (England) soll einer Mitteilung des Pariser „Temps" zufolge, entgegen den früheren Meldungen noch fortdauern. Es hätten nur die Maschinisten, nicht aber die Fischer selbst den Schiedsspruch angenommen; da die letzteren in der Mehrzahl sind, so dauere der Streik fort.

Versammlungen.

Der Arbeitervertreter-Verein hielt am Donnerstag, den 3. Oktober, seine regelmäßige Vereinsversammlung ab, in welcher Dr. Freudenberg einen Vortrag über „Arbeiterschutz und die Frauenarbeit" hielt. Er sagte unter anderm: Wenn auch Schutzbestimmungen vorhanden sind, so reichen sie bei weitem nicht aus, um das Leben und die Gesundheit der Versicherten wirksam zu schützen. Insbesondere fehle ein wirksamer Schutz für die Frauen. In erster Reihe der Forderungen stehe die Verminderung der Arbeitszeit von 11 auf 8 Stunden. Auch die Schonzeit für Wöchnerinnen müsse verlängert werden. In dem Schweizer Fabrikgesetz ist die Bestimmung aufgenommen, daß die Frau mindestens 4—8 Wochen vor und 4—8 Wochen nach der Entbindung nicht arbeiten darf. Dieser Schutz sei für die Frau unbedingt nötig und für die gedeihliche Entwicklung des Kindes erforderlich. Gesetzlich müsse auch das Arbeiten der Frauen in gesundheitsschädlichen Betrieben verboten werden; z. B. in der Bleiindustrie, in der Quecksilber- und Phosphorfabrikation usw. Es sei nachgewiesen, daß die Einwirkung des Bleies und Quecksilbers ungemein ungünstig auf die schwangere Frau wirkt, und daß auch das Kind in seiner Entwicklung beeinträchtigt wird.

Die Schutzgesetz-Bestimmung müsse auch auf die Hausindustrie ausgedehnt werden.

Erstrebenswert sei auch die Verlängerung der Mittagspause.

Eine Enquete, die von der Reichsregierung veranstaltet ist, soll den Zweck haben, den Frauen die Arbeit in den Fabriken zu verbieten. Einem allgemeinen Verbot könne er nicht zustimmen, weil dann die Frauen in die Hausindustrie gedrängt würden, und die unausbleibliche Folge wäre eine weitere Lohndrückerei in derselben.

Die Diskussion bewegte sich im Sinne des Referats

Polizeilich verboten wurde eine von Seiten der „Föderation revolutionärer Arbeiter" zum Montagabend im Gewerkschaftshause einberufene öffentliche Versammlung.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Breslau, 7. Oktober. (W. T. B.) Wie die „Schlesische Ztg." aus Brückenberg im Riesengebirge meldet, geht seit Sonnabend fast ununterbrochen dort **Regen** nieder. Die Gebirgsflüsse sind bedeutend geschwollen. Auf dem Kamm des Riesengebirges herrscht bei minus 1 Grad Celsius **Schneetreiben.**

Köln, 7. Oktober. (W. T. B.) Die „Kölnische Volkszeitung" meldet: Die Stadtverordneten der Stadt Eupen beschlossen, in der Nähe der Stadt im Verein mit Belgien eine Thalsperre zu bauen. Die Kosten belaufen sich auf 2 400 000 M.

Gelsenkirchen, 7. Oktober. (W. T. B.) Der „Gelsenkirchener Zeitung" zufolge stieg die Gesamtzahl der amtlich gemeldeten **Typhusfälle** in der Zeit vom 3. bis zum 7. ds. Mts. von 781 auf 947. 20 Personen konnten als genesen entlassen werden, 18 sind **gestorben.**

Frankfurt a. M., 7. Oktober. (W. T. B.) Ueber die Verheerungen, die der gestrige Sturm verursacht hat, berichten die Abendblätter weiter: Insgesamt sind 21 Verletzungen vorgekommen. Hunderte von Bäumen wurden entwurzelt, Buden umgeweht, an der Eisenbahnbrücke stürzten Masten der elektrischen Leitung um; im Güterbahnhof wurde das Dach des Maschinenhauses abgedeckt, in der Hufnagelstraße das Dach eines Hauses heruntergerissen. — Aus der ganzen Main-Ebene laufen Meldungen über schwere Sturmschäden ein.

Fiume, 7. Oktober. (W. H.) Bei den Wahldemonstrationen, wurden der Finanzdirektor Weinhardt durch Messerstiche und der Sektionsrat Kaukowsky durch Steinwürfe schwer, sowie viele Personen leicht verletzt.

Brüssel, 7. Oktober. (W. H.) In einer Vorstadt Brüssels sind infolge des **gestrigen Sturmes** drei Häuser eingestürzt, glücklicherweise ohne Personen zu verletzen. Ein Baum, der durch den Sturm umstürzte, fiel auf einen Leichenzug, und verletzte zwei Personen. In Bressaux stürzte ein Teil des Kirchturms ein. Auf der Grube Arsimont fiel eine Mauer zusammen und begrub mehrere Bergarbeiter unter sich. Einer derselben ist tot, viele sind schwer verletzt.

Monastir, 7. Oktober. (W. H.) Der türkische Stabsoffizier Halil Rezzes Bey, welcher wegen einer in einem hiesigen Kaffeehause gegen den Sultan ausgestoßenen schweren Beleidigung verhaftet werden sollte, **erschoß drei Offiziere** sowie mehrere andre Personen und wurde schließlich von der wütenden Volksmenge **getötet.**

Peking, 6. Oktober. (W. T. B.) Zum chinesischen Kommissar für die Verhandlungen wegen neuer Handelsverträge und einer Revision des Zolltarifes ist durch kaiserliches Edikt der Telegraphen-Direktor Sheng ernannt worden.

Graaffreinet, 7. Oktober. (Meldung des „Reuterschen Bureaus".) Ein junger Aufständischer, Namens Roux, welcher des Hochverrats und des Mordes überführt war, ist heute **erschossen** worden.

New York, 7. Oktober. (W. T. B.) Nach einem Telegramm aus Callao hat an Bord des Hamburger Dampfers „Totmes" von der Kosmos-Gesellschaft im Magazin **eine Explosion** unter dem 24. Grad südlicher Breite stattgefunden. Der dritte Offizier und der Oberstewart kamen dabei **ums Leben.**

Verantwortlicher Redacteur: Carl Leid in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt.

Zur Kritik

des socialdemokratischen Programm-Entwurfs 1891.

In der „Neuen Zeit" wird jetzt eine Arbeit von Friedrich Engels veröffentlicht, die in dem Nachlasse Liebknechts aufgefunden wurde. Der Entwurf eines Parteiprogramms, mit dessen Abfassung der Parteivorstand von dem Halleschen Parteitage 1890 beauftragt worden war, war auch an Engels zur Begutachtung geschickt worden. Engels hat den Entwurf einer eingehenden Kritik unterzogen. Die Arbeit war von einem an Kautsky gerichteten Briefe begleitet, in dem es über Engels Absichten bei seiner Kritik heißt:

„Ich wollte erst versuchen, die Einleitungserwägungen etwas straffer zu fassen, kam aber aus Zeitmangel nicht dazu, auch schien es mir wichtiger, die teils vermeidlichen, teils unvermeidlichen Mängel des politischen Teiles auseinanderzusetzen, da ich dabei Gelegenheit fand, auf den friedfertigen Opportunismus ... und das frisch-fromm-fröhlich-freie „Hineinwachsen" der alten Sauerei „in die socialistische Gesellschaft" loszuhauen."

Das Gutachten, aus dem wir das wichtigste hier wiedergeben wollen, beginnt:

„Der jetzige Entwurf unterscheidet sich sehr vorteilhaft vom bisherigen Programm. Die starken Ueberreste von überlebter Tradition — specifisch lassallischer wie vulgär-socialistischer — sind im wesentlichen beseitigt, der Entwurf steht nach seiner theoretischen Seite im ganzen auf dem Boden der heutigen Wissenschaft und läßt sich von diesem Boden aus diskutieren.

Er zerfällt in drei Abschnitte: 1. Erwägungsgründe, 2. politische Forderungen, 3. Arbeiterschutz-Forderungen.

I. Erwägungsgründe in zehn Absätzen.

Im allgemeinen leiden diese an dem Versuch, zwei unvereinbare Dinge zu vereinigen: sowohl Programm wie Kommentar zum Programm zu sein. Man fürchtet, nicht deutlich genug zu sein, wenn man kurz und schlagend ist, setzt deshalb Erläuterungen hinein, die die Sache breit und schleppend machen. Nach meiner Ansicht hat das Programm so kurz und präcis als möglich zu sein. Selbst wenn auch einmal ein Fremdwort oder ein nicht auf den ersten Blick in seiner ganzen Tragweite zu erfassender Satz vorkommt, schadet das nichts. Der mündliche Vortrag in den Versammlungen, die schriftliche Erklärung in der Presse thut da alles nötige und der kurze prägnante Satz befestigt sich dann, einmal verstanden, im Gedächtnis, wird Schlagwort, und das passiert der breiteren Auseinandersetzung nie. Man opfere der Rücksicht auf Popularität nicht zu viel, man unterschätze nicht die geistige Begabung und Bildungsstufe unsrer Arbeiter. Sie haben weit schwerere Dinge verstanden, als das kürzeste, knappste Programm ihnen bieten kann; und wenn die socialistengesetzliche Zeit auch die volle Durchbildung der neu hinzugekommenen Massen erschwert und stellenweise verhindert hat — unter Leitung der alten wird das bald nachgeholt, jetzt, wo unsre Propagandaschriften wieder ungestört aufbewahrt und gelesen werden können."

Die Einzelheiten der Kritik an den Erwägungsgründen übergehen wir der Länge wegen, indem wir dafür die Leser auf die „Neue Zeit" verweisen. Das übrige lassen wir vollständig folgen:

II. Politische Forderungen.

Die politischen Forderungen des Entwurfs haben einen großen Fehler. Das, was eigentlich gesagt werden sollte, steht nicht drin. Wenn alle diese zehn Forderungen bewilligt wären, so hätten wir zwar diverse Mittel mehr, um die politische Hauptsache durchzusetzen, aber keineswegs die Hauptsache selbst. Die Reichsverfassung ist in der Abmessung der dem Volke und seiner Vertretung überwiesenen Rechte ein purer Abklatsch der preußischen Verfassung von 1850, einer Verfassung, worin die äußerste Reaktion in Paragraphen gefaßt ist, worin die Regierung alle wirkliche Macht besitzt und die Kammern nicht einmal das Steuerverweigerungsrecht haben; seiner Verfassung, die in der Konfliktszeit bewies, daß die Regierung mit ihr machen konnte, was sie wollte. Die Rechte des Reichstags sind genau dieselben, wie die der preußischen Kammer, und daher nannte Liebknecht diesen Reichstag das Feigenblatt des Absolutismus. Auf Grundlage dieser Verfassung und der von ihr sanktionierten Kleinstaaterei, auf Grundlage eines Bundes zwischen Preußen, Reuß-Greiz-Schleiz-Lobenstein, wovon das eine so viel Quadratmeilen hat als das andre Quadratzoll, auf solcher Grundlage die „Umwandlung aller Arbeitsmittel in Gemeineigentum" durchführen zu wollen, ist augenscheinlich sinnlos.

Daran zu tasten ist aber gefährlich. Und dennoch muß so oder so die Sache angegriffen werden. Wie nötig das ist, beweist gerade jetzt der in einem großen Teile der socialdemokratischen Presse einreißende Opportunismus. Aus Furcht vor einer Erneuerung des Socialistengesetzes, aus der Erinnerung an allerlei unter der Herrschaft jenes Gesetzes gefallenen voreiligen Aeußerungen soll jetzt auf einmal der gegenwärtige gesetzliche Zustand in Deutschland der Partei genügen können, alle ihre Forderungen auf friedlichem Wege durchzuführen. Man redet sich und der Partei vor, „die heutige Gesellschaft wachse in den Socialismus hinein", ohne sich zu fragen, ob sie nicht damit ebenso notwendig aus ihrer alten Gesellschaftsverfassung hinauswachse, diese alte Hülle ebenso gewaltsam sprengen müsse wie der Krebs die seine, als ob sie in Deutschland nicht außerdem die Fesseln der noch halb absolutistischen und obendrein namenlos verworrenen politischen Ordnung zu sprengen habe. Man kann sich vorstellen, die alte Gesellschaft könne friedlich in die neue hineinwachsen in Ländern, wo die Volksvertretung alle Macht in sich konzentriert, wo man verfassungsmäßig thun kann, was man will, sobald man die Majorität des Volkes hinter sich hat; in demokratischen Republiken wie Frankreich und Amerika, in Monarchien wie England, wo die bevorstehende Abtaufung der Dynastie tagtäglich in der Presse besprochen wird und wo diese Dynastie gegen den Volkswillen ohnmächtig ist. Aber in Deutschland, wo die Regierung fast allmächtig und der Reichstag und alle andern Vertretungskörper ohne wirkliche Macht, in Deutschland so etwas proklamieren und noch dazu ohne Not, heißt das Feigenblatt dem Absolutismus abnehmen und sich selbst vor die Blöße binden.

Eine solche Politik kann nur die eigene Partei auf die Dauer irreführen. Man schickt allgemeine, abstrakte politische Fragen in den Vordergrund und verdeckt dadurch die nächsten konkreten Fragen, die bei den ersten großen Ereignissen, bei der ersten politischen Krise sich selbst auf die Tagesordnung setzen. Was kann dabei herauskommen, als daß die Partei plötzlich im entscheidenden Moment ratlos ist, daß über die entscheidensten Punkte Unklarheit und Uneinigkeit herrscht, weil diese Punkte nie diskutiert worden sind. Soll es wieder gehen, wie seiner Zeit mit den Schutzzöllen, die man damals für eine nur die Bourgeoisie angehende, die Arbeiter nicht im entferntesten berührende Frage erklärte, wo also jeder stimmen konnte, wie er wollte, während jetzt mehr als einer ins entgegengesetzte Extrem verfällt und aus Gegensatz gegen die schutzzöllnerisch gewordenen Bourgeois die ökonomischen Verdrehungen von Cobden und Bright neu aufiegt und als reinsten Socialismus predigt — das reinste Manchestertum?

Dies Vergessen der großen Hauptgesichtspunkte über den augenblicklichen Interessen des Tages, dies Ringen und Trachten nach dem Augenblickserfolg ohne Rücksicht auf die späteren Folgen, dies Preisgeben der Zukunft der Bewegung um der Gegenwart der Bewegung willen mag „ehrlich" gemeint sein, aber Opportunismus ist und bleibt es, und der „ehrliche" Opportunismus ist vielleicht der gefährlichste von allen. Welches sind nun die kitzlichen, aber sehr wesentlichen Punkte?

Erstens. Wenn etwas feststeht, so ist es dies, daß unsre Partei und die Arbeiterklasse nur zur Herrschaft kommen kann unter der Form der demokratischen Republik. Diese ist sogar die specifische Form für die Diktatur des Proletariats, wie schon die große französische Revolution gezeigt hat. Es ist doch undenkbar, daß unsre besten Leute unter einem Kaiser Minister werden sollten, wie Miquel.

Nun scheint es gesetzlich nicht anzugehen, daß man die Forderung der Republik direkt ins Programm setzt, obwohl das sogar unter Louis Philippe in Frankreich ebenso zulässig war wie jetzt in Italien. Aber das Faktum, daß man nicht einmal ein offen republikanisches Parteiprogramm in Deutschland aufstellen darf, beweist, wie kolossal die Illusion ist, als könne man dort auf gemütlich friedlichem Wege die Republik einrichten und nicht nur die Republik, sondern die kommunistische Gesellschaft.

Indes kann man an der Republik sich allenfalls vorbeidrücken. Was aber nach meiner Ansicht hinein sollte und hinein kann, das ist die Forderung der Konzentration aller politischen Macht in den Händen der Volksvertretung. Und das würde einstweilen genügen, wenn man nicht weiter gehen kann.

Zweitens. Die Rekonstitution Deutschlands. Einerseits muß die Kleinstaaterei beseitigt werden — man revolutioniere doch die Gesellschaft, solange es bayrisch-württembergische Reservatrechte giebt und die Karte von Thüringen zum Beispiel das gegenwärtige Jammerbild bietet. Andrerseits muß Preußen aufhören zu existieren, muß in selbstverwaltende Provinzen aufgelöst werden, damit das specifische Preußentum aufhört, auf Deutschland zu lasten. Kleinstaaterei, specifisches Preußentum sind die beiden Seiten des Gegensatzes, worin Deutschland jetzt gefangen liegt und wo immer die eine Seite der andren als Entschuldigung und Existenzgrund dienen muß. Was soll an die Stelle treten? Nach meiner Ansicht kann das Proletariat nur die Form der einen unteilbaren Republik gebrauchen. Die Föderativrepublik ist auf dem Riesengebiet der Vereinigten Staaten jetzt noch im ganzen eine Notwendigkeit, obgleich sie im Osten bereits ein Hindernis wird. Sie wäre ein Fortschritt in England, wo vier Nationen auf den beiden Inseln wohnen und trotz eines Parlamentes schon jetzt dreierlei Gesetzsysteme nebeneinander bestehen. Sie ist in der kleinen Schweiz schon längst ein Hindernis geworden, erträglich nur, weil die Schweiz sich damit begnügt, ein rein passives Glied des europäischen Staatensystems zu sein. Für Deutschland wäre die föderalistische Verschweizerung ein enormer Rückschritt. Zwei Punkte unterscheiden den Bundesstaat vom Einheitsstaat, daß jeder verbündete Einzelstaat, jeder Kanton seine eigene Civil- und Kriminalgesetzgebung und Gerichtsverfassung hat, und dann, daß neben dem Volkshaus ein Staatenhaus besteht, worin jeder Kanton, groß oder klein, als solcher stimmt. Das erste haben wir glücklich überwunden und werden nicht so kindisch sein, es wieder einzuführen, und das zweite haben wir im Bundesrat und können es sehr gut entbehren, wie denn überhaupt unser „Bundesstaat" schon den Uebergang zum Einheitsstaat bildet. Und wir haben nicht die 1866 und 1870 gemachte Revolution von Oben wieder rückgängig zu machen, sondern ihr die nötige Ergänzung und Verbesserung zu geben durch eine Bewegung von Unten.

Also einheitliche Republik. Aber nicht im Sinne der heutigen französischen, die weiter nichts ist, als das 1798 begründete Kaiserreich ohne den Kaiser. Von 1792 bis 1798 besaß jedes französische Departement, jede Gemeinde vollständige Selbstverwaltung nach amerikanischem Muster, und das müssen wir auch haben. Wie die Selbstverwaltung einzurichten ist und wie man ohne Bureaukratie fertig werden kann, das bewies uns Amerika und die erste französische Republik, und heute noch Australien, Kanada und die andern englischen Kolonien. Und eine solche provinzielle und gemeindliche Selbstverwaltung ist weit freier als zum Beispiel der schweizer Föderalismus, wo der Kanton zwar sehr unabhängig ist gegenüber dem Bund, aber auch gegenüber dem Bezirk und der Gemeinde. Die Kantonalregierungen ernennen Bezirksstatthalter und Präfekten, wovon man in den Ländern englischer Zunge nichts weiß und die wir uns ebenso höflichst in Zukunft verbeten haben wollen, wie die preußischen Landräte und Regierungsräte.

Von allen diesen Sachen wird nicht viel ins Programm kommen dürfen. Ich erwähne sie auch hauptsächlich, um die Zustände in Deutschland zu kennzeichnen, wo so etwas zu sagen nicht angeht, und damit gleichzeitig die Selbsttäuschung, die solche Zustände auf gesetzlichem Wege in die kommunistische Gesellschaft überführen will. Und ferner, um dem Parteivorstand in Erinnerung zu bringen, daß es noch andre politische Fragen von Wichtigkeit giebt, als die direkte Gesetzgebung durch das Volk und die unentgeltliche Rechtspflege, ohne die wir am Ende auch vorankommen. Bei der allgemeinen Unsicherheit können diese Fragen von heute auf morgen brennend werden und was dann, wenn wir sie nicht diskutiert, uns nicht darüber verständigt haben?

Was aber ins Programm kommen kann und was wenigstens indirekt als Andeutung des nicht Sagbaren dienen kann, ist die Forderung:

„Vollständige Selbstverwaltung in Provinz, Kreis und Gemeinde durch nach allgemeinem Stimmrecht gewählte Beamte. Abschaffung aller von Staats wegen ernannten Lokal- und Provinzialbehörden."

Ob es sonst noch möglich ist, in Bezug auf die soeben diskutierten Punkte Programmforderungen zu formulieren, kann ich hier nicht so gut beurteilen als Ihr dort. Aber wünschenswert wäre es, daß diese Fragen innerhalb der Partei debattiert würden, ehe es zu spät ist.

1. Der Unterschied zwischen „Wahlrecht und Stimmrecht, respektive Wahlen und Abstimmungen" ist mir nicht ersichtlich. Soll einer gemacht werden, wäre dies jedenfalls deutlicher auszudrücken oder in einem den Entwurf begleitenden Kommentar zu erklären.

2. „Vorschlags- und Verwerfungsrecht des Volkes" für was? für alle Gesetze oder Beschlüsse der Volksvertretung wäre hinzuzusetzen.

5. Vollständige Trennung von Kirche und Staat. Alle religiösen Gemeinschaften ohne Ausnahme werden vom Staate als Privatgenossenschaften behandelt. Sie verlieren jede Unterstützung aus öffentlichen Mitteln und jeden Einfluß auf die öffentlichen Schulen. (Man kann ihnen doch nicht verbieten, eigne Schulen aus eignen Mitteln zu gründen und dort ihren Blödsinn zu lehren!)

6. „Weltlichkeit der Schule" fällt dann weg, es gehört in den vorigen Paragraphen.

8. und 9. Hier möchte ich zu bedenken geben: Diese Punkte fordern Verstaatlichung 1. der Advokaten, 2. der Aerzte, 3. der Apotheken, Zahnärzte, Hebammen, Krankenpfleger ꝛc. Ferner wird später die totale Verstaatlichung der Arbeiterversicherung gefordert. Ob das alles dem Herrn v. Caprivi anvertraut werden darf und ob das im Einklang steht mit der vorangegangenen Lossagung von allem Staatssocialismus?

10. Hier würde ich sagen: „Progressive .... Steuern für Bestreitung aller Ausgaben im Staate, Bezirk und Gemeinde, soweit Steuern dazu erforderlich. Abschaffung aller indirekten Staats- und Lokalsteuern, Zölle ꝛc." Der Rest ist überflüssig und abschwächender Kommentar respektive Motivierung.

III. Oekonomische Forderungen.

ad 2. Nirgends mehr als in Deutschland bedarf das Koalitionsrecht auch einer Sicherstellung gegenüber dem Staat. Der Schlußsatz „zur Regelung" wäre als Artikel 4 zuzusetzen und in entsprechende Form zu bringen. Zu diesen wäre zu bemerken, daß wir mit Arbeitskammern von halb Arbeitern und halb Unternehmern geleimt wären. Auf Jahre hinaus werden da die Majoritäten stets auf seiten der Unternehmer sein, wozu ein schwarzes Schaf unter den Arbeitern genügt. Wird nicht ausgemacht, daß in Streitfällen beide Hälften separat Meinung abgeben, wäre es viel besser, eine Unternehmerkammer und daneben eine unabhängige Arbeiterkammer zu haben.

Ich möchte bitten, vor Thorschluß nochmals das französische Programm zu vergleichen, wo gerade für Nr. III manches besser scheint. Das spanische kann ich bei der Kürze der Zeit leider nicht heraussuchen, es ist auch in vieler Beziehung sehr gut.

Der Magistrats-Kommissar gegen die Selbstverwaltung der Krankenkassen.

Uns wird mitgeteilt: Die Neue Maschinenbauer-Krankenkasse liegt bekanntlich mit der Allgemeinen Elektricitäts-Gesellschaft in Streit. Die Allgemeine Elektricitäts-Gesellschaft ist aus dem Verbande der Betriebe, welche die Neue Maschinenbauer-Krankenkasse bilden, mit Genehmigung des Oberpräsidenten ausgetreten, hat eine eigne Betriebskasse gegründet, die bei höheren Beiträgen den Arbeitern geringere Vorteile gewährt, und hat Zahlung von über eine Viertelmillion verlangt. Das Reichsgericht hat entschieden, daß die Neue Maschinenbauer-Krankenkasse ihrerseits auf Zahlung der seit dem genehmigten Austritt der Allgemeinen Elektricitäts-Gesellschaft von dieser nach dem Statut zu zahlenden Beiträge nicht klagen könne, aber die Frage offen gelassen, ob die in der Kasse verbliebenen Betriebe gegen die Allgemeine Elektricitäts-Gesellschaft wegen Vertragsbruchs klagen können und, ob die Allgemeine Elektricitäts-Gesellschaft ein Anrecht auf Zahlung einer Viertelmillion gegen die Kasse habe, deren Mitgliedern gegenüber sie vertragsbrüchig geworden ist. Der Magistratskommissar hat im April die Vorstandsmitglieder der Neuen Maschinenbauer-Krankenkasse aufgefordert, bei Vermeidung von 100 Mark Ordnungsstrafe oder im Unvermögensfalle zehn Tagen Haft darin zu willigen, daß über eine Viertelmillion an die nach pflichtmäßigem Ermessen der Vorstandsmitglieder in nicht günstiger Finanzlage befindliche Allgemeine Elektricitäts-Gesellschaft beziehentlich an die von dieser errichtete Betriebskasse aus dem Vermögen der Neuen Maschinenbauer-Krankenkasse gezahlt werde. Die Vorstandsmitglieder — Arbeitgeber und Arbeitnehmer — haben es abgelehnt, dieser Aufforderung nachzukommen und gegen dieselbe Beschwerde geführt. Die Beschwerde liegt dem Handelsminister vor. Trotzdem hat der Magistratskommissar, wie wir seiner Zeit mitteilten, am 9. Mai durch von ihm ernannte Vertreter das Geld abholen lassen und hat die Ordnungsstrafe zwangsweise beizutreiben gesucht. Von dem Vorsitzenden der Kasse sind 100 M. beigetrieben, bei andren Vorstandsmitgliedern, darunter bei dem Dreher Hermann Gries, ist die Pfändung fruchtlos ausgefallen. Nunmehr hat der **Magistratskommissar das Polizeipräsidium um Vollstreckung der zehntägigen Haftstrafe ersucht. Das Polizeipräsidium hat Gries aufgefordert, bei Vermeidung der Verhaftung die zehntägige Haft anzutreten.** Dieser Aufforderung ist Gries, um der Verhaftung zu entgehen, am Sonnabend, den 5. d. M., abends, nachgekommen und verbüßt augenblicklich die zehntägige Haftstrafe. Diese Haftstrafe und das Ersuchen um Vollstreckung der Haft ist aus folgenden Gründen ein rechtwidriges.

Denn 1.: Nach § 58 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung hat die Anbringung der Beschwerde mit Ausnahme eines Falls aufschiebende Wirkung. Diese Ausnahme betrifft den Fall, wo „nach dem Ermessen der Behörde die Durchführung der mittels Beschwerde angefochtenen Verfügung ohne Nachteil für das Gemeinwesen nicht ausgesetzt werden kann." Giebt es einen Menschen, der glauben kann, daß das Gemeinwesen Nachteil leidet, wenn die Vorstandsmitglieder der Neuen Maschinenbauer-Krankenkasse ihre Zustimmung zur Auszahlung einer Summe an die Allgemeine Elektricitäts-Gesellschaft nicht erteilen?

2. § 132 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung läßt eine Ordnungsstrafe nur dann zu, wenn die zu erzwingende Handlung nicht durch einen dritten geleistet werden kann. Die unmittelbare Fortnahme des Geldes ist wie erwähnt durch Magistratsvertreter am 9. Mai erfolgt. Die Ordnungsstrafe sollte den Zweck haben, den Vorstand zur Herausgabe des Geldes oder zur Einwilligung in die Fortnahme des Geldes zu zwingen. Die Durchführung der Ordnungsstrafe war also seit dem 9. Mai nach § 132 ungesetzlich. Das Ober-Verwaltungsgericht hat dementsprechend es stets für unzulässig erklärt, eine Geld- oder gar eine Haftstrafe festzusetzen, wenn die Handlung, die erzwungen werden soll, bereits durch andre (hier durch die Magistratsvertreter) vorgenommen ist: so Entscheidungen Band 2, S. 382 u. 414, Bd. 7 S. 847.

3. Die für den Magistratskommissar bindende ministerielle Ausführungsanweisung vom 27. Juli 1892 weist in Nr. 27 das Aufsichtsorgan an, „von der Ermächtigung, die Befugnisse und Obliegenheiten der Kassenorgane durch Vertreter wahrzunehmen, regelmäßig Gebrauch zu machen". Danach hat die Aufsichtsbehörde in einem solchen Falle wie dem vorliegenden überhaupt kein Recht, eine Ordnungsstrafe festzusetzen, selbst wenn nach Ansicht des Magistratskommissars die Vorstandsmitglieder ihre Pflicht nicht erfüllen.

4. § 45 des Krankenversicherungs-Gesetzes läßt die Androhung, Festsetzung und Vollstreckung von Ordnungsstrafen gegen Mitglieder der Kassenvorstände nur zu, um „die Befolgung der gesetzlichen und statutarischen Vorschriften zu erzwingen". Hier handelt es sich aber um Strafen, die festgesetzt sind, um Vorstandsmitglieder zu einer Verletzung der gesetzlichen und statutarischen Vorschriften, zu deren Hüter sie berufen sind, zu veranlassen. Pflicht der Aufsichtsbehörde wäre es, wenn sie der Ansicht ist, die Allgemeine Elektricitäts-Gesellschaft sei nicht mehr Mitglied der Neuen Maschinenbauer-Krankenkasse, auf die Aenderung der das Gegenteil aussprechenden Statuten im geordneten Verfahren (Bezirksausschuß und Ober-Verwaltungsgericht sind die für Statutenänderungen allein kompetenten Behörden) hinzuwirken, nicht aber die von einem mit dem Direktorium der Allgemeinen Elektricitäts-Gesellschaft bekannten Magistratsassessor angeratene gesetzwidrige Festsetzung und Vollstreckung einer Ordnungsstrafe vorzunehmen. Ordnungsstrafen sind im Krankenversicherungs-Gesetz nirgends zu dem Zweck zugelassen, um einen Gewissenszwang herbeizuführen oder Chikanen zu Gunsten eines vertragsbrüchigen Betriebes Raum zu geben.

Die Angelegenheit ist geeignet, klar zu zeigen, wie schwer schon heute durch bureaukratische Maßregeln die Selbstverwaltung der Kassen eingeengt ist. Voraussichtlich wird sie bereits am Donnerstag die Stadtverordneten-Versammlung beschäftigen. Der Staatsanwaltschaft ist die Prüfung der strafrechtlichen Seite der Sache unterbreitet. Auch dieser Vorfall stellt die Achtung der Berliner städtischen Verwaltung vor einer Selbstverwaltung in helles Licht.

Aus der Frauenbewegung.

Der Kongreß der fortschrittlichen Frauenvereine

ist nun vorüber. Betrachten wir als Socialdemokratinnen denselben nun von unsrem Standpunkte aus und versuchen wir folgende Fragen zu beantworten: Bedeutet dieser Kongreß etwas von Belang in der Vorwärtsbewegung der Frauenfrage? Ist er Zeugnis von Fortschritten, welche die „fortschrittlichen" Frauenvereine schon gemacht haben? Hat er diesen neue Anregungen gegeben? und können wir uns mit ihnen einverstanden erklären und gemeinschaftlich arbeiten?

Ein kleiner Fortschritt ist zweifellos von den bürgerlichen Damen gemacht worden, indem allmählich doch die wirtschaftliche und sociale Entwicklung ihnen die Erkenntnis beizubringen beginnt, daß die Frauenfrage nicht behandelt werden kann von dem Gesichtspunkt aus: die Frau, die Mann! welche einander zu bekämpfen haben, sondern daß eben die von uns stets betonten Fragen des wirtschaftlichen Lebens, die Produktionsweise usw. doch auch etwas mitwirken. Allerdings finden wir, vielleicht bis auf eine Ausnahme, nur embryonale Anfänge dieser materialistischen Auffassung — und den meisten auch selbst unbewußt. Keinen Fortschritt haben diese Damen trotz zahlreicher Juristinnen und Doktorinnen andrer Fakultäten gemacht in der

praktischen Führung der Dinge. Das bewies die Einberufung öffentlicher Versammlungen nach dem Reichstagsgebäude, einer der seltenen Stätten in unsrem Vaterlande, wo ein freies Wort gesprochen werden darf, und zu der die überwachende Polizei keinen Zutritt hat; ferner das Erstaunen der Damen über die Rücksichtslosigkeit der Polizei, die für sie keine Ausnahme in der Handhabung der vereins- und versammlungsgesetzlichen Bestimmungen machte, sondern auch von ihnen wie von den Männern eine Anmeldung 24 Stunden vor der festgesetzten Versammlung forderte.

Manchen der Kongreßbesucherinnen dürfte im Gegensatze zu ihren anfänglichen Ansichten die Ueberzeugung beigebracht worden sein, daß keine Seite des menschlichen Lebens für die Frau ein „Rührmichnichtan", daß ihr nichts allgemein Menschliches fremd bleiben dürfe. Das ging am deutlichsten hervor aus der Behandlung der Arbeiterinnenfrage und des Punktes Hygiene und Sittlichkeit. Zugleich aber ergab es sich aufs deutlichste, daß eine gründliche Lösung dieser Probleme der bürgerlichen Frau wie der bürgerlichen Gesellschaft überhaupt unmöglich ist. In der Arbeiterinnenfrage trat es klar zu Tage, daß nur ein Eingehen auf die von der Arbeiterschaft selbst geschaffenen Wege, Organisation auf rein beruflicher Grundlage, wie sie in den freien Gewerkschaften gegeben, zu gedeihlichen Zielen führen kann. Wie wenig die sonstigen Vereinigungen, Hirsch-Dunckersche Gewerkvereine und christliche Arbeitervereine beider Konfessionen, geeignet sind, allgemeinen Nutzen für die Arbeiterschaft zu bringen, ergab sich mit unwiderleglicher Klarheit. Herr Hirsch, dessen Gewerkvereine behaupten, unpolitisch zu sein, dabei aber die Angehörigen einer politischen Partei, der Socialdemokratie, durch den bekannten Revers ausschließen, versuchte die der Generalkommission angeschlossenen Gewerkschaften wiederholt als politische und zwar socialdemokratische hinzustellen, trotzdem diese Organisationen grundsätzlich die Frage nach dem politischen und religiösen Bekenntnis unbeachtet lassen, nur allein das Einigende, den Beruf, in Betracht ziehen. Wenn die Gewerkvereine somit in aller Form ein politisches Bekenntnis ausschließen, so geschieht dasselbe indirekt in den von andren Rednern und Rednerinnen befürworteten Vereinigungen, wie die auf religiöser Grundlage errichteten. Solche trennenden Bezeichnungen müssen zur Zersplitterung und demnach zur Ohnmacht führen.

Bei Erörterung der Waisenpflege und Fürsorgeerziehung ergab es sich wieder zur Evidenz, daß mit der Kenntnis des Uebels und dem guten Herzen allein das Uebel durchaus nicht beseitigt werden kann. Die scharfe Betonung der Notwendigkeit der strengsten Handhabung der Fürsorgeerziehung und der Ausfall gegen die Pflegeeltern, welche die Pflegebefohlenen nicht zum Beten anhalten, ließ den Gedanken aufkommen, daß nach dem Willen der Vertreterinnen dieser Richtung der „politische Bescholtene", der Preßsünder, der Ungläubige als Vater oder Mutter gar leicht ihres Erziehungsrechtes verlustig erklärt werden könnten. Auch wurde durchaus nicht genügend darauf hingewiesen, daß der gerügte Mißstand, daß die Pflegekinder gerade in den „ärmsten Bevölkerungsschichten" untergebracht seien, eigentlich die Schuld der besseren bürgerlichen Familien ist, die jene Kinder für die geringfügige Bezahlung nicht bei sich aufnehmen wollen, daß diese bürgerlichen Kreise also wohl christlich beten, aber durch ihr Beispiel nicht christlich handeln lehren. Die Frage der gemeinschaftlichen Erziehung beider Geschlechter wurde im großen ganzen auch mehr von dem Gesichtspunkte aus behandelt, den Töchtern besserer Stände alle Bildungspforten zu erschließen, als vielmehr von allgemein socialen und volkspädagogischen Gesichtspunkten. Die Forderung der unentgeltlichen Erziehungs- und Bildungsmittel wurde nicht einmal gestreift, ebenso wenig wie die der allgemeinen Volksschule als Basis für alle Weiterbildung beider Geschlechter. Somit wird die Klassensonderung nach dem Geldbeutel für die erziehungsbedürftige Jugend durchaus nicht beeinflußt durch die Forderung der Gemeinsamkeit der Geschlechter in der Erziehung.

Aehnlich verhielten sich die Kongreßmitglieder auch in den übrigen Fragen, die sie behandelten, sie betonten die bekannten Forderungen der bürgerlichen Frauenrechtlerinnen nochmals, ohne dabei grundlegende Reformen anzubahnen.

Selbst in der gründlichen und recht einsichtsvollen Behandlung des Themas „Hygiene und Sittlichkeit" sehen wir, daß „Sittlichkeit" hier in dem landläufig bürgerlichen Sinne einzig und allein in Bezug auf das Geschlechtsleben angewandt wurde; daß aber bei der Erörterung des furchtbaren Krebsschadens der Prostitution deren unsittliche Ursache, Ueberlastung der Arbeiterin und die jämmerliche Entlohnung ihrer Arbeit, nicht in dem außerordentlich eingehenden Vortrage berührt, sondern erst durch Diskussionsredner gestreift wurde. Und es waren socialdemokratische Redner, welche auf das einzige Mittel zur gänzlichen Beseitigung der grauenvollen gesundheitlichen und sittlichen Schäden hinwiesen, während die wirtschaftliche und sociale Umgestaltung der Dinge von bürgerlicher Seite noch manche durch gute Lehren und Religionsübungen, Hygiene und Sittlichkeit zu fördern hofften.

Als Endergebnis unsrer Betrachtung können wir die Erklärung abgeben, uns haben die fortschrittlichen Frauen keine neuen Gesichtspunkte, keine Belehrungen gebracht, wir sehen sie aber allmählich einem besseren Verständnis der Verhältnisse entgegenreifen, und wo sie bereit sind, auf unsrem Boden oder dem neutralen Boden gewerkschaftlicher Kleinarbeit, sowie demjenigen allgemein menschheitlicher Verbesserungen zu arbeiten, nicht als „Wohlthäterinnen", sondern als zur nützlichen Arbeit sich verpflichtet fühlende Gesellschaftsglieder, da können wir zusammenarbeiten zur Besserstellung der Frau, zur Hebung der gesamten gesellschaftlichen Zustände. X.

Ueber Hygiene und Sittlichkeit sprach am Sonnabend, den 5. d. M., Professor Dr. med. Flesch-Frankfurt a. M. in einer von Frau Caner nach dem Architektenhaus berufenen öffentlichen Versammlung.

Redner schildert eingehend, wie die Geschlechtskrankheiten gerade in den Kulturländern sich mehr und mehr ausbreiten; Hauptträger und Verbreiter der Krankheit sei die Prostitution, die noch immer in allen Staaten als notwendiges Uebel betrachtet werde. Da nun feststehe, daß 80 Proz. aller Männer einmal geschlechtskrank waren, ist verständlich, wie die Krankheit, getragen von Prostituierter zu Prostituierter, von Familie zu Familie, fortgeerbt wird von Geschlecht zu Geschlecht.

Bisher sei weder vom hygienischen noch sittlichen Standpunkt etwas geschehen, das geeignet wäre, diesen Krebsschaden verschwinden zu machen. Das einzige, was von Staats wegen geschehe, sei die Ueberwachung der Prostituierten durch die Sittenpolizei und die ärztliche Untersuchung der in die Polizeilisten Eingetragenen. Dieses Mittel sei schon völlig wertlos und unwirksam, weil hiermit nicht die Ursachen des Uebels ausgerottet werden, ja nicht einmal die weitere Verschleppung der verheerenden Krankheit verhindert werden kann, so lange nur die Prostituierte dieser Untersuchung unterzogen werde. Dänemark sei das einzige Land, das dem Arzt auch Anzeigepflicht für den kranken Mann auferlegt.

Eine Bekämpfung der Prostitution und deren so traurigen Folgen sei nur denkbar, wenn alle Volkskreise daran gehen, diesen sittlichen und hygienischen Schäden entgegen zu treten. Vor allen sei hierzu die Frau berufen, weil sie zweifellos der am meisten leidende Teil dabei sei. Die polizeiliche Reglementierung sei eine Entwürdung des Weibes, darum vom sittlichen Standpunkt verwerflich; vom hygienischen Standpunkt aber wertlos, weil die Verschleppung der Krankheit doch nicht verhindert werde.

Hervorgegangen sei die Prostitution aus den Uebelständen unsrer socialen und ökonomischen Verhältnisse; falsche Erziehungsgrundsätze, die den Geschlechtstrieb bei jungen Männern fördern, begünstigen sie. Völlige Umgestaltung der Erziehung, vor allem gemeinsame Erziehung von Knaben und Mädchen, werden einerseits zur Abschwächung des Sinnlichkeitsreizes führen und andrerseits den Knaben Achtung vor dem weiblichen Geschlecht einzuprägen geeignet sein. Die Mütter müssen ihr Teil dazu beitragen, die Söhne frühzeitig zu belehren, welche Gefahren der geschlechtliche Verkehr mit sich bringen kann. Die Jugend müsse auch darüber belehrt werden, daß jeder Mensch die Konsequenzen seines Thuns zu tragen habe.

Dem Vortrage folgte eine äußerst rege Diskussion, an der nicht nur eine Reihe Frauen, sondern auch verschiedene Herren sich beteiligten. Wir erwähnen daraus nur, daß Dr. Blaschko, dessen sachkundige Broschüre von fast allen Rednern citiert wurde, erklärte, er teile nicht den Optimismus des Referenten, daß man durch Erziehung und Belehrung auf diesem Gebiet Remedur schaffen könne, dazu sei eine Umgestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse nötig, in denen die Prostitution wurzele. Gebe es doch Industrien, welche nur bestehen können, so lange die Arbeiterinnen sich einen Teil ihres Brotes durch Prostitution verdienen. Aber die Achtung vor dem weiblichen Geschlecht könne wohl durch Schule und Haus den Knaben anerzogen werden.

Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Frauen Schönebergs. In der am Dienstagabend stattfindenden öffentlichen Versammlung in Obst's Festsälen werden die örtlichen sowie die Kreis-Vertrauenspersonen neugewählt. Siehe auch das Inserat in der heutigen Nummer.

Die Vertrauensperson.

Eingegangene Druckschriften.

Von der **„Neuen Zeit"** (Stuttgart, Dietz' Verlag) ist soeben das 1. Heft des 20. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Einige Ketzerei. — Zur Kritik des socialdemokratischen Programmentwurfes 1891. Von Friedrich Engels. — Der Parteitag in Lübeck. Von K. Kautsky. — Der Nationalismus in Frankreich. I. Von Hubert Lagardelle. — König Harlekin. Von D. Bach. — Wirtschaftliche Umschau. Von H. Cunow. — Notiz: Was heißt ein Proletarier?

Von der **„Gleichheit"**, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dietz' Verlag) ist uns soeben die Nr. 21 des 11. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Der Parteitag zu Lübeck. — Frauenpflicht in den wirtschaftlichen und politischen Kämpfen. Von W. Köhler-Dresden. — Arbeitsverhältnisse in der bayerischen Hausindustrie. Von D. Z. — Aus der Bewegung. — Feuilleton: Das Lied vom Zorn. Von August Geib. Rot. Von Klara Müller. (Gedichte.) — Notizenteil: Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Frauenstimmrecht. — Frauenbewegung. — Wir sind so gemein. (Gedicht.)

Der „Wahre Jacob" hat soeben die 21. Nummer seines 18. Jahrganges erscheinen lassen. Das farbige Titelbild, einen Schweinestall darstellend, verspottet das Dienstbarkeitsverhältnis, in welches sich die Regierung durch den Zolltarif zu dem Junkertum gebracht hat. Das farbige Rückbild „Der Bauchtanz" ist eine Satire auf die letzten Vorgänge in der auswärtigen Politik der europäischen Mächte. Das Bild „Gaunerglück" nimmt Bezug auf die verschiedenen Banktrachs der letzten Zeit. Das politische Leitgedicht „Kitchener an König Eduard den Dicken" ist der wenig rosigen Lage der Engländer in Südafrika, die Satire „Der Wurstdieb" neuerlichen Vorkommnissen in der Justiz gewidmet. Der Preis der Nummer ist 10 Pf.

Marktpreise von Berlin am 5. Oktober 1901

nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidiums.

Weizen, gut	D.-Ctr.	—,—	—,—	Kartoffeln, neue, D.-Ctr.	8,—	5,—
„ mittel	„	—,—	—,—	Rindfleisch, Keule 1 kg	1,70	1,20
„ gering	„	—,—	—,—	do. Bauch „	1,50	1,—
Roggen, gut	„	—,—	—,—	Schweinefleisch „	1,60	1,30
„ mittel	„	—,—	—,—	Kalbfleisch „	1,70	1,10
„ gering	„	—,—	—,—	Hammelfleisch „	1,60	1,10
*Gerste, gut	„	14,40	13,70	Butter „	2,80	2,—
„ mittel	„	13,60	12,90	Eier 60 Stück	4,40	2,40
„ gering	„	12,80	12,20	Karpfen 1 kg	2,20	1,20
*Hafer, gut	„	16,10	15,30	Aale „	2,50	1,20
„ mittel	„	15,20	14,40	Zander „	2,60	1,20
„ gering	„	14,30	13,50	Hechte „	2,—	1,20
Richtstroh	„	7,16	6,82	Barsche „	1,80	0,80
Heu	„	8,—	6,10	Schleie „	2,60	1,20
Erbsen	„	40,—	25,—	Bleie „	1,40	0,80
Speisebohnen	„	50,—	25,—	Krebse per Schock	16,—	2,50
Linsen	„	60,—	30,—			

* frei Wagen und ab Bahn.

Produktenmarkt vom 7. Oktober. Der Getreideverkehr hatte heute einen Wechsel der Tendenz zu verzeichnen. Das plötzlich mit aller Schärfe hereingebrochene herbstliche Wetter wirkte in hohem Grade anregend auf die Kauflust für effektive Ware und Lieferungen. Namentlich die Provinz trat mit gesteigerter Konsumfrage hervor und das Angebot vom In- und Auslande war knapp gehalten. Abgeber bewahrten größte Reserviertheit. Dazu kamen höhere Preismeldungen aus New York und Chicago, Liverpool und ganz besonders aus Pest. Weizen und Roggen setzten bereits am Frühmarkte höher ein und zogen mittags bei vielfachen Deckungen und Neukäufen noch weiter an. Die Preise stellten sich für Weizen über 1 M., für Roggen ½ bis ¾ M. höher als gestern. Mehl war unverändert. Von Futterartikeln blieb Hafer matt, Mais unverändert. Rüböl konnte sich nach den Preisabschlägen der letzten und der vorletzten Woche etwas erholen.

Spiritus unverändert, 70er loco 39 M.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, 8. Oktober.

Opernhaus. Marie, die Tochter des Regiments. — Aschenbrödel. Anfang 7½ Uhr.
Schauspielhaus. Der wilde Reutlingen. Anfang 7½ Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroll). Geschlossen.
Schiller. Jugend. Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Die Hoffnung. Anfang 7½ Uhr.
Berliner. Nacht und Morgen. Anfang 7½ Uhr.
Lessing. Die Fee Caprice. Anfang 7½ Uhr.
Residenz. Sein Doppelgänger. Vorher: Im Coupé. Anfang 7½ Uhr.
Neues. Das Ewig-Weibliche. Anfang 7½ Uhr.
Westen. Die lustigen Weiber von von Windsor. Anfang 7½ Uhr.
Secessionsbühne. Detlev Liliencrons Buntes Brettl. Anfang 8 Uhr.
Central. Lose Blätter. Anfang 7½ Uhr.
Thalia. Ein tolles Geschäft. Anfang 7½ Uhr.
Luisen. Der Verschwender. Anfang 8 Uhr.
Carl Weiß. Berliner Rangen. Anfang 7½ Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Die Landstreicher. Anf. 7½ Uhr.
Belle-Alliance. Tokolo. Anfang 8 Uhr.
Casino-Theater. Berlin W—Berlin N. Specialitäten. Anfang 7½ Uhr.
Metropol. Specialitätenvorstellung. Schön war's doch. Anfang 7½ Uhr.
Apollo. Specialitäten-Vorstellung. Frau Luna. Anfang 7½ Uhr.
Palast. Specialitäten-Vorstellung. Weibliche Barbiere. Anfang 7 Uhr.
Passage-Theater. Specialitäten-Vorstellung. Anfang mittags 12 Uhr.
Passage-Panoptikum. Specialitäten-Vorstellung.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theatersaal.) Abends 8 Uhr: Ueber den Wolken.
Invalidenstraße 57/62. Täglich abends von 5—10 Uhr: Sternwarte.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).
Dienstagabend 8 Uhr: **Jugend.** Ein Liebesdrama in 3 Aufzügen von Max Halbe.
Mittwochabend 8 Uhr: Zum erstenmal: **Ein toller Tag** oder: **Figaros Hochzeit.**
Donnerstagabend 8 Uhr: Ein toller Tag oder: Figaros Hochzeit.

Central-Theater.

Heute Anf. ½8 Uhr. Zum 1. Male: **Lose Blätter.** Ein Kunterbunt in 3 Abteilungen. 1. Abteilung: Vorspiel auf dem Theater. 2. Abteil.: Lose Blätter. 3. Abteilung: Diogenes. Operette in einem Akt von Julius Freund. Musik von Dr. Bogumil Zepler.
Morgen und folgende Tage: **Lose Blätter.**

Metropol-Theater.

Schön war's doch!
Gr. Berliner Ausstattungsposse mit Gesang u. Tanz in 5 Bildern.
Emil Thomas a. G. Joseph Josephi a. D. H. Bender. G. Kaiser. Else de Veré a. D. Frid-Frid. F. Georgette.
Gastspiel: **Saharet!**
Anfang 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.

W. Noacks Theater.

Brunnenstraße 16.
Die wilde Katze. Posse mit Gesang in vier Akten von Mannstädt und Weller. Musik von G. Steffens.
Nach der Vorstellung: **Tanzkränzchen.**
Mittwoch: Die Else vom Erlenhof.

Urania.

Tauben-Strasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr: **Ueber den Wolken**
Im Hörsaal: **Dr. Donath** „Der elektrische Strom".
Invalidenstr. 57/62.
Tägl. **Sternwarte.**

Castans Panopticum.

Friedrichstr. 165.
Horwarths wunderbare 6 Liliputaner
mit ihren kleinsten Pferden der Welt und Pracht-Equipage!

Passage-Theater.

Anf. wochent. 8, Sonntags 3, Ende 11 Uhr.
Beginn des Abendprogramms 8 Uhr.
Adelina Sozo
Prima ballerina assoluta.
Traudchen Hundgeburth,
die Kuhmagd aus dem Rheinlande.
Hasl und Franzl,
die bayrischen Juxbrüder und Schuhplattler.
18 erstkl. Nummern.

Deutsche Konzerthallen,

An der Spandauer Brücke 3. Vornehmst. Vergnügungslokal! Täglich: **Internationale Konzerte.**
Specialität-Doppel-Vorstellung von nur erstklassigen Kräften.
Special-Ausschank der Berliner Bock-Brauerei.
Vorzügliche Küche. Gut gepflegte Biere.

Thalia-Theater.

Dresdenerstr. 72. Heute u. folg. Tage: **Ein tolles Geschäft.**
Große Ausstattungsposse mit Gesang und Tanz in 4 Bildern.
Paula Worm in 8 Verwandlungen. Guido Thielscher in 11 Verwandlungen. Fritz Helmerding als Wolzogen. Junkermann, Boje. Anfang 7½ Uhr.

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurterstr. 132.
Anfang 8 Uhr! Anfang 8 Uhr!
Berliner Rangen!
Große Ausstattungsposse mit Gesang in 5 Akten und 7 Bildern v. G. Albert. Musik von R. Leonard.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Apollo-Theater.

Nur noch bis zum 15. Oktober:
Frau Luna
mit dem Luftballett **„Grigolatis".**
• Wallno u. Mariette •
Rob. Steidl Lucie Verdier
und die vorzüglichen Specialitäten.
Kassenöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Schall und Rauch,
Unter den Linden 44.
Wegen baulicher Schwierigkeiten ist die **Eröffnungs-Vorstellung** bis zum 9. Oktober verschoben.
Anfang 8½ Uhr.
Preise der Plätze: Fauteuil 10 M. Loge 6 M. Parkett 6, 5, 3 M.

Sanssouci

Kottbuserstr. 4a.
Wiederauftreten von **Adolf Hoffmann.**
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag
Hoffmanns Norddeutsche Sänger
Nach jeder Soiree: Tanz. Anfang Sonntags 7 Uhr, von 5—7 Uhr Konzert. Entree 50 und 75 Pf. Wochentags Anfang 8 Uhr, Entree 30 u. 50 Pf. Wochentags Beretnsbillets gültig und Tanz frei. Alle andern Tage bleiben die Säle zu Festlichkeiten und Versammlungen frei.

Cirkus Albert Schumann.

Renz-Gebäude. Karlstrasse.
Dienstag, den 8. Oktober 1901, abends präc. 7½ Uhr:
Außerordentl. Gala-Vorstellung.
Jede Nummer des für Berlin vollständig neuen Programms ein Schlager. U. a.: Die phänomenalen 5 Amerik. Johnsons. Kins-Jugglers. Mons. u. Mad. Dassie. Clown Adolph, der Unverwüstliche. Mad. Mathilde Renz. Herr Ernst Renz. Mlle. Blanche und Mlle. Rita Alarty mit ihren dress. Meharas. Ein Stündchen in der Arche Noahs. Dir. Albert Schumann.
120 Gr. Balletdivertissement, getanzt von Damen 120
und der Solotänzerin Pinquegrani. Original-Clown Paul Bojanowski, der urkom. Berliner. Cottrell. Carry u. Morla, die lustigen Chinesen ꝛc. ꝛc.
Das Schulpferd in **Feuer u. Flammen.**
Neueste Erfindung des Direktors Alb. Schumann.
Los 8 Eugens. Les roi du tapis. Die fliegenden Hunde des Mr. Wilkes. Miß Mabel O'Brien. Mlle. Aida. Mlle. Eugenie. Mlle. Antoinette ꝛc.

Reichshallen.

Stettiner Sänger.
Herrliches Programm, u. a. **„Bosco".**
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

Cirkus Busch.

Dienstag, den 8. Oktober, 7½ Uhr:
Grosser Sports-Abend.
„Hie guet Brandenburg allewege."
Großes Ritter- und Schaustück zu Wasser und zu Lande.
Besonders hervorzuheben: Der Amerikaner Clifford als einbeiniger Hochspringer auf seinem Rad. Außerdem: Gala-Programmnummern.

Palast-Theater

(früher Feen-Palast)
Burgstr. 22.
Direktion: Winkler u. Fröbel.
Einen durchschlagenden Erfolg hat das neue
Oktober-Programm.
15 Sensations-Nummern.
Nur vom Besten das Beste.
Um 8½ Uhr Direktor W. Fröbel als Schlächtermstr. in der Operette
Weibliche Barbiere.
Neueste Tagesereignisse.
Die drei Silbersterne.
Der Musik-Sport-Akt.
Lebende Riesen-Photographien.
Anf. 7 Uhr. Kassenöffn. 6 Uhr.
Billetvorverkauf von 11—1 Uhr.

Casino-Theater

Lothringerstrasse 37.
Mary Ellys ✻ Fritz Steidl
und das übrige sensationelle Specialitätenprogramm.
Dazu der Schlager der Saison
Berlin N. — Berlin W.
Anf. wochent. 8, Sonntags 7½ Uhr.

Vereinszimmer,
große, sind **Neue Friedrichstr. 20** zu vergeben. 7296*

9975] In der

Markthalle am Vinetaplatz 3

sind jetzt sämtliche Stände von nur
selbständigen Gewerbetreibenden
bestens besetzt, welche die verehrten Hausfrauen um ihren werten Besuch bitten.

Wer ein Cigarren-Geschäft eröffnen will, wende sich zuvor an Adolf Adler, Belforterstrasse 25. Verkauf nur an Cigarren-Händler und Grossisten. [2381L*

6 Partei-Versammlungen

finden für **Berlin**

am Dienstag, den 8. Oktober, abends 8½ Uhr

in folgenden Lokalen statt:

I. Kreis: **Arminhallen**, Kommandantenstraße 20.
II. „ **Berliner Bock-Brauerei**, Tempelhofer Berg.
III. „ **Berliner Ressource**, Kommandantenstr. 57.
IV. „ **Stechert**, Andreasstraße 21.
V. „ **Schweizer Garten**, am Königsthor.
VI. „ **Kösliner Hof**, Köslinerstraße 8.

Tages-Ordnung:

Bericht der Vertrauensleute, der Preßkommission, der Lokalkommission und Neuwahl derselben. Neuwahl der Agitationskommission der Provinz Brandenburg. Berichterstattung von der Brandenburger Parteikonferenz und vom Parteitag.

Um zahlreiches Erscheinen der Parteigenossen ersuchen 209/6

Die Vertrauensleute.

Moabit.

Am Mittwoch, den 9. Oktober 1901, abends 8½ Uhr, im Lokal des Herrn Peters, Alt-Moabit 80/81:

Volks-Versammlung

Tages-Ordnung:

Milch- und Fleischverteuerung.

Referentin: **Frau Tietz.**

9955 **Die Einberuferin:** Frau Rauschke, Rostockerstr. 46.

Schöneberg.

In der am Dienstag, den 8. Oktober in **Obst's Festsälen** stattfindenden **öffentlichen Volksversammlung** wird zu gleicher Zeit **der jährliche Bericht sowie die Neuwahl der örtlichen und Kreis-Vertrauenspersonen stattfinden.**

Sämtliche Genossinnen von Schöneberg sowie des Kreises Teltow-Beeskow-Storkow werden ersucht, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen. 203/12

Die Vertrauensperson: Frau Melling.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1—5. Fernsprecher: Amt VII, 353.

Mittwoch, den 9. Oktober, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshause, großer Saal, Engel-Ufer 15:

Versammlung

der Gürtler, Drücker, Dreher, Schnittarbeiter, Knopfarbeiter und -Arbeiterinnen.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Rosenow: „Der deutsche Bauernkrieg 1525“.** 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. — Zahlreichen Besuch erwartet

119/12 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Textilarbeiter-Verband.

Filiale Berlin I.

Sonnabend, den 12. Oktober 1901, abends 8½ Uhr, bei Franz Berkowsky (früher Wilke), Andreasstr. 26:

Versammlung.

Tages-Ordnung: 197/13

Die Antwort der Fabrikanten auf die Lohnforderungen der Strickerinnen und wie stellt sich die Organisation dazu?

Es ist Pflicht aller Kollegen und Kolleginnen, in dieser Versammlung zu erscheinen. **Der Vorstand.**

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Morgen, Mittwoch, den 9. Oktober 1901, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Herrn **G. Davidsohn.** 2. Abrechnung vom Sommerfest. 3. Abrechnung von der Urania-Vorstellung. 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. 26/15

Zahlreiches Erscheinen erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Wir machen alle Kartonarbeiter und -Arbeiterinnen auf die vom 20. Oktober an jeden Sonntagvormittag stattfindende **Morgensprache** im Restaurant Wahlsdorf, Barnimstr. 13, aufmerksam. D. O.

Achtung! Maurer! Achtung!

Zur allgemeinen Kenntnis, daß die tägliche Arbeitszeit in der Zeit vom 7. Oktober bis 16. November laut Vertrag acht Stunden beträgt und zwar von früh 7½ bis abends 5 Uhr mit ½ Stunde Frühstücks- und 1 Stunde Mittagspause. Wir ersuchen die Kollegen im Interesse der Allgemeinheit, für die strikte Innehaltung dieser Arbeitszeit Sorge zu tragen. Sollten sich hieraus Differenzen entwickeln, so ersuchen wir die Kollegen, uns umgehend den Bau und Straße, den Arbeitgeber und dessen Wohnung per Karte mitzuteilen, damit letzterer vom Arbeitgeberbund zur Innehaltung des Vertrages aufgefordert werden kann.

Des weiteren geben wir nochmals bekannt, daß laut Versammlungsbeschluß vom 12. September dieses Jahres der Streikfonds-Beitrag nur noch 30 Pf. pro Woche beträgt. Zum erstenmale wird dieser Beitrag für die Woche vom 7. bis 12. Oktober gezahlt.

Das Bureau des Verbandes **Engel-Ufer 15,** Zimmer 29, ist wochentäglich von vormittags 8—1 Uhr und nachmittags von 3—7 Uhr geöffnet. Hier sind alle auf den Bauten vorkommenden Differenzen mit den Arbeitgebern, sowie alle Mißstände zu melden. 144/9*

Die Verbandsleitung der Maurer Berlins und Umgegend.

J. A.: Karl Pauser.

Cigarren billigste Bezugsquelle für Händler, Restaurateure 2c. Preisliste franco. [23639* H. Preuss, N., Swinemünderstr. 66 I. Fabriklager.

Zähne 2 M. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzlos. Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Teilzahl. wöchentl. 1 M. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 130. Spr. 9—7.

Am Sonnabend, den 5. d. M., morgens 3½ Uhr, entschlief nach langem, schweren Leiden unser lieber Sohn, Bruder und Bräutigam, der Bildhauer 10059

Bernhard Mittag

Rostizstr. 15

im vollendeten 27. Lebensjahre.

Die Beerdigung findet Dienstag, den 8. d. M., nachm. 4½ Uhr, auf dem Friedhofe zum Heiligen Kreuz in Mariendorf statt.

Dies zeigen tiefbetrübt an

Die trauernden Hinterbliebenen.

Centralverein der Bildhauer Deutschlands.

Am Sonnabend, den 5. Oktober cr., verstarb unser langjähriges Mitglied, der Holzbildhauer 21/9

Bernhard Mittag.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm die Verwaltungsstelle Berlin.

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 8. Oktober, nachmittags ½5 Uhr, von der **Leichenhalle des heiligen Kreuz-Kirchhofes** in Mariendorf aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung bittet

Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige.

Am 5. Oktober 1901 starb unser Mitglied, der Mechaniker 119/11

Robert Gleichmann

im Alter von 26 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet statt am Dienstag, den 8. Oktober, nachmittags 4½ Uhr, auf dem Gnadenkirchhof, Barfuhstraße. Rege Beteiligung erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Ich wohne jetzt: 9105

Charlottenstrasse 16 II.

Dr. Böhm,

Specialarzt für Wasserheilverfahren.

Kranz- und Blumenbinderei von Robert Meyer, nur Mariannen-Straße 2.

Vereins-Kränze, Palmen- u. Blumen-Arrangements, Bouquets, Guirlanden usw. werden fein u. preiswert geliefert.

Für Maurer,

welche sich im Zeichnen, Kostenanschlagen 2c. zum Polier ausbilden wollen, bietet sich günstige Gelegenheit, an dem Kursus (Abendstunden) teilzunehmen. 1004b

Carl Karras, Maurermeister, **Beusselstraße 71.**

Stempel-Fabrik von [23842*

Robert Hecht,

Berlin S., Oranienstr. 142,

liefert schnell und billig alle Arten **Stempel** in bester Ausführung.

Kautschuk-Typen „Perfekt“ zum Zusammensetzen einzelner Wörter sowie ganzer Sätze von **1.50 M.** an.

Bruch-Pollmann

empfiehlt sein Lager in **Bruchbandagen, Leibbinden, Geradehaltern, Spritzen, Suspensoria,** sowie **sämtl. Artikel zur Krankenpflege.**

Eigene Werkstatt.

Lieferant f. Orts- u. Hilfs-Krankenkassen Berlin C., [22429*

30. Linien-Straße 30.

Charlottenburg.

F. Kunstmann, Wallstr. 1.

Uhren und Goldwaren!

Grossartige Auswahl!

Billigste Preise! Reelle Garantie!

Hermann Meyer & Co.

BERLIN O.

Fruchtstrasse 74.

Billigste Bezugsquelle reeller Spirituosen.

Fernsprecher Amt 7, 3781.

Tafel-Liqueure A.	1/1 Fl.	1/2 Fl.
Alpenkräuter	0,75	
Thorner Lebenstropfen	0,80	
Stonsdorfer	0,70	0,40
Berliner Getreidekümmel	0,90	
Berliner Doppelkümmel	0,60	
Halb und Halb	0,80	0,45
Ingwer, Citronen, Kalmus, Bergamott, Himbeer, Pfeffermünz, Magenbitter, Pommeranzen, Rosen, Vanille, Stargarder Tropfen, Ingwer-Magenwein, Trakehner	1,—	0,55
Meyers feiner Magenbitter	0,90	0,50

Die Tafel-Liqueure A. sind die gewöhnlichen in Berlin gangbaren Sorten.

Die billigen Preise sind durchaus nicht auf Kosten der Qualität gestellt, vielmehr gehören diese Liqueure zu den besten gleichnamigen Fabrikaten.

Unser Grossbetrieb und der grosse Absatz ermöglichen uns diese günstige Preisstellung.

Feine Tafel-Liqueure B. in Originalflaschen.		
Anisette, Bergamotte, Bitter- und Grün-Pomeranzen, Curaçao, Vanille, Rosen, Ingwer, Ingwer-Magenwein, Maraschino, Pfeffermünz	1,40	

Tafel-Liqueure B. gehören zu den feinsten in Deutschland hergestellten Qualitäten.

Diese Liqueure sind nur in unsren Originalflaschen käuflich.

Hochfeine Tafel-Liqueure C.		
Cherry-Brandy	1,65	
Allasch	1,75	
Cordial	1,75	0,95
Goldwasser	1,90	1,00
Eccau 00	2,25	
Cacao à la vanille	2,40	1,25
Crême de Mocca	2,40	1,25
Pomeranzen 00	2,40	
Choriner Cistanjenser grün u. gelb	2,40	1,25
Peppermint grün	2,40	1,25
Kurfürstl. Magenbitter	2,40	1,25
Abricotine	2,90	1,50
Abtey-Liqueur I	2,90	1,65
Abtey-Liqueur II	1,80	1,00
La Mirabelle	2,90	1,50
La Prunelle	2,90	1,50

Wir stehen in der Fabrikation feinster Liqueure nicht im mindesten hinter Frankreich und Holland zurück; leider herrscht aber das Vorurteil noch vielfach, dass alles dasjenige besser sei, was aus dem Auslande kommt.

Bei keiner Ware ist dieses Vorurteil so wenig berechtigt, wie bei Liqueuren. Unsre aus dem feinsten Weinsprit, bester Raffinade und den ausgesuchtesten Zusätzen hergestellten Liqueure sind in Qualität den renommiertesten ausländischen gleich und übertreffen viele derselben. Unser Preis ist kaum halb so hoch, da Zoll, Fabrikations- und Handelsgewinn bei andren deutschen Fabrikaten wesentlich geringer sind.

Boonecamp	1,50	0,80
Nervus rerum, Gesundheits-Bitter (gesetzlich geschützt)	1,65	
Kujawiak, arom. Bitter	1,90	1,00
Angostura-Bitter	2,25	1,20

Bitter-Liqueure.

Unser Nervus rerum ist ein aus magenstärkenden, medizinischen Kräutern hergestellter, sehr kräftiger Süss-Bitter mit ausgezeichneter Wirkung bei Verdauungsstörung.

Ei-Cognac, das Beste zur Stärkung, stets frisch. Nur in feinster Qualität.	
1 Ltr. 2,40 M., ¾ Ltr. 1,80 M., ½ - 1,25 - ¼ - 0,65 -	

Wird von uns nur in frischer bester Qualität hergestellt. Besonders für schwache genesende Personen zu empfehlen, und auch in Krankenhäusern als Stärkungsmittel gebraucht.

Branntweine.		
Nordhäuser	0,50	
Nordhäuser, fein alt	0,60	
Nordhäuser, sehr alt	0,90	
Schl. Weizenkorn, fein alt	0,65	
Schl. Weizenkorn, sehr alt	0,90	
Tafel-Aquavit	0,80	
Steinhäger	1,40	0,75
Slibowitz u. Kirschwasser	1,75	0,95
- - - alt fein	2,25	1,20

An Stelle der teueren Cognacs ist ein alter Nordhäuser und Weizenkorn zu empfehlen, nicht minder Slibowitz und Kirschwasser.

Cognac.		
Deutsch. Verschnitt-Cognac	0,90	0,50
♥ - Cognac (Originalflaschen von Hermann Meyer & Co.)	1,40	0,75
♥♥ - -	2,40	1,25
♥♥♥ - -	3,40	1,75
Franz. Verschnitt	2,—	1,05
Franz. Cognac	2,75	1,50
Franz. Cognac, fein	3,90	2,15
Franz. Cognac, hochfein	5,40	2,90

Das oben von den Liqueuren C. Gesagte gilt in noch höherem Masse von Cognac. Wenn die Flaschen nur ein französisches Etikett und noch irgend eine mehr oder weniger bekannte französische Firma tragen, wird ein ganz aussergewöhnlicher Preis bezahlt. Unsre Cognac-Fabrikation ist aber in Deutschland auf solcher Höhe, dass die an Frankreich gezahlten Millionen für diesen Artikel einen Nationalverlust darstellen. Unsre deutschen Original-Cognacs halten jede Konkurrenz mit dem viel teureren französischen aus. Auch die von uns geführten franz. Cognacs sind bei gleicher Qualität wesentlich billiger als die andrer französischer Firmen, welche sich lediglich ihren durch Reklame bekannt gewordenen Namen bezahlen lassen.

Rum und Arac.		
Verschnitt	0,90	0,50
- fein	1,25	0,70
- hochfein	1,75	0,95
Original 2,50 bis	4,40	1,30 / 2,20

Wir beziehen nur feine, ausgesuchte Sorten in Rum und Arac und stellen die Qualität nach dem Preise, welcher jedoch sehr billig kalkuliert ist.

Punsch-Extrakte.		
Glühwein	1,—	0,55
Arac-Punsch	1,25	0,70
Grogk-Punsch	1,25	0,70
Rum-Punsch	1,25	0,70
Rotwein-Punsch	1,25	0,70
Schlummer-Punsch	1,25	0,70
Feinere Qualitäten	1,75	0,95
Ananas-Punsch	2,25	1,15
Burgunder-Punsch	2,25	1,15

Sind rein und zweckentsprechend fabriziert.

Die teureren Sorten sind erste, unerreichte Fabrikate.

Alles excl. Flasche, welche mit 10 Pf. berechnet und zurückgenommen wird. **Zu gleichen Preisen auch in unsren 250 Niederlagen erhältlich.** Nach auswärts gegen Nachnahme. Nicht Zufriedenstellendes wird zurückgenommen. Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Achtung! IV. Wahlkreis (Osten). Achtung!

(Koppenstraße 29) **Louis Kellers Festsäle** (Koppenstraße 29)

Sonntag, den 13. Oktober:

Stiftungs-Fest des Socialdemokratischen Wahlvereins

bestehend in

Vokal- und Instrumental-Konzert

unter Mitwirkung der Gesangvereine **Liedesfreiheit I.** und der **Maurer** (Wilmersdorf). — Auftreten der Gesellschaft **Strzelewicz.** — Turnerische Aufführungen von Mitgliedern des Turnvereins **Fichte.** — Musik unter Leitung des Musikdirigenten Herrn G. Grass. — **GROSSER BALL.**

Eröffnung 4 Uhr. — Anfang 5 Uhr. — Billet 25 Pfennig, an der Kasse 30 Pfennig. — Programm gratis!

Freireligiöse Gemeinde Berlin.

Sonnabend, 12. Oktober 1901, in den Andreas-Festsälen, Andreasstraße 21:

Herbstvergnügen

bestehend in **Konzert, Theater, Gesang** und **Tanz.** Zur Aufführung gelangen: „Die Mönche" (Lebende Bilder). — Programms sind bei folgenden Komiteemitgliedern zu haben:

O. Jänicke, Rixdorf, Reuterstr. 24, H. 4 Tr. G. Bohne, Brunnenstr. 141, Hof 2 Tr. C. Christens, Mühlenstr. 49, v. 3 Tr. W. Schröder, Pappelerstraße 3 (im Laden). F. Braun, Bartelstr. 13, v. 3 Tr. P. Kuhirte, Immanuelkirchstr. 38, H. 4 Tr. W. Halbauer, Kraußstr. 36, Quergeb. 3 Tr. H. Kollow, Hochmeisterstr. 5, Quergeb. 4 Tr. Frau Kohlhardt, Alexandrinenstraße 21, v. 4 Tr. Kowalczik, Bernauerstr. 79, v. 3 Tr. W. Mohs, Tilsiterstr. 70, v. 4 Tr. — Außerdem in unseren Verkaufsstellen: W. Börner, Ritterstr. 15. H. Bobsien, Kommandantenstr. 62. Chr. Schultz, Blumenstraße 14. F. Wolf, Lintichstr. 3. H. Vogel, Demminerstr. 82. H. Ziehm, Bernauerstr. 48. H. Peege, Rüdersdorferstr. 48, Quergeb. 2 Tr. M. Wendt, Gollnowstr. 44, Quergeb. 3 Tr. A. Möhnhaupt, Müllerstr. 153 a. W. Krause, Pappel-Allee 15—17. Kieburg, Urbanstr. 68. Th. Meyner, Stalitzerstr. 59, und bei unserem Kassenboten A. Räder, Rheinsbergerstr. 62, 2 Tr.

Programms à 30 Pf. Anfang 8 Uhr. Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. [9335] **Das Komitee.**

Louis Kellers Festsäle

Koppenstr. 29.

Jeden Dienstag:

Norddeutsche Sänger

(Fuhrmann, Horst, Walde).

Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pfennig.

25192*] Nach jeder Soiree:

Familien-Kränzchen.

— Bons haben Giltigkeit. —

Jeden Mittwoch: **Berliner Prater, Kastanien Allee.**

Künstl. Zähne

ohne Entfernung der Wurzel

Schmerzloses Zahnziehen.

Plomben sowie sämtliche Zahnoperationen schmerzlos.

Teilzahlung per Woche 1 Mk.

Meine 15jährige Thätigkeit im Beruf bürgt für exakte und gewissenhafte Ausführung. 23488*

Franz Steffens, Rosenthalerstr. 61, Ecke Steinstrasse.

Dr. Schünemann,

Specialarzt für **Haut-, Harn- und Frauenleiden. Seydelstr. 9.**

Sprechstunden: 1/2 12—1/2 3, 1/2 6—1/2 8.

5 1/2 Pfund Brot 50 Pf.

Backware

6 Stück für 10 Pf.

Albrechts Bäckereien:

Wrangelstraße 9, Krautstraße 19, Falkensteinstr. 28, Lausitzerstr. 2.

24539*

Gardinen

Neuheiten. Secessions- und Jugendstil. circa 250 Muster. **Katalog** (450 Illustrat.) **franco.**

Reste von 2—6 Fenster unter Preis.

Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstr. **158.**

Dr. med. Schaper

homöop. Arzt u. Spez.-Arzt f.

Haut- u. Harnleiden, Frauenkrankheiten.

Königgrätzerstr. 27. Spr. 9-1. 4-7.

Herren-Anzüge,

Paletots n. Maß, eleg. Ausführung, auch fertige Garderobe am Lager, liefert

J. Kurzberg, Landsbergerstr. 13 prt. Teilzahlung gestattet.

J. Brünn,

(Bahnhof Börse) Hackescher Markt 4

Nach beendeter Engros-Saison gelangen jetzt im **Einzelverkauf** große Lagerbestände meiner

Teppiche! Gardinen! Portieren! Steppdecken!

zu **sehr billigen Preisen** zum 24939*

Ausverkauf!!

Einzelne fehlerhafte Exemplare

für die **Hälfte des Wertes.**

Eugen Joachims Möbelfabrik

Neue Königstraße 59, nahe Alexanderplatz.

Großer Möbelspeicher. Specialgeschäft für kleine und mittlere Wohnungs-Einrichtungen. Teilzahlung unter den coulantesten Bedingungen gestattet, Beamten mit ganz geringer Anzahlung. Ganz besonders zu empfehlen ist der große Vorrat verliehen gewesener und gebrauchter Möbel, die wie neu sind und billig abgegeben werden. Brautleute, welche eine dauerhafte und billige Einrichtung kaufen wollen, bitte ich, ohne jeden Kaufzwang mein kolossales Lager vor Einkauf zu besichtigen. Verlangen Sie mein Musterbuch gratis und franco. Durch größere Masseneinkäufe und Ersparung der teuren Ladenmiete bin ich im stande, hübsche und geschmackvolle Wohnungs-Einrichtungen für 150, 200, 300 bis 10 000 M. zu liefern. Kommode 17, Waschtoilette, Divan mit Sitzauszug 35, Spiegel 8, Muschelkleiderspind 35, Bettstelle mit Matratze 21, Stühle 3, alle Arten Küchenmöbel, Nußbaum- und Mahagoni fournierte Kleiderspinde, Vertikows 36 M., Muschelbettstelle mit Sprungfedermatratze 38, elegante Säulentrumeaux 45, Bücherschränke, Salongarnituren 105, Büffetts aller Art, seidene Garnituren, sehr wenig gebraucht, spottbillig. Ganze Speisezimmer und Schlafzimmer. Gekaufte Möbel können beliebige Zeit bei mir kostenlos lagern. [22019*

Soeben beginnt der **20. Jahrgang** der

Neuen Zeit

Wochenschrift der deutschen Socialdemokratie.

Unter ständiger Mitarbeiterschaft von

A. Bebel, P. Lafargue, Fr. Mehring, F. A. Sorge u. a.

redigiert von

Karl Kautsky.

Die angesehene Stellung, welche sich die „Neue Zeit" bei Anhängern und Gegnern der Socialdemokratie erworben hat, verdankt die Zeitschrift ihrer Eigenschaft als **Organ des wissenschaftlichen Socialismus,** nicht minder aber auch der einer **politischen Revue** ersten Ranges. **Die Ereignisse des Tages, die von weiter reichender Bedeutung sind, werden, namentlich soweit sie auf die Arbeiterbewegung und den Socialismus Bezug haben, eingehender besprochen, als es in der Tagespresse möglich ist,** während gleichzeitig die **wichtigsten Erscheinungen** auf dem **Gebiete der Litteratur und Kunst, der Naturwissenschaften und der Technik** angemessene Berücksichtigung finden.

Die „**Neue Zeit**" darf als **unentbehrliche Zeitschrift für alle diejenigen** bezeichnet werden, **welche ein mehr als flüchtiges Interesse für die große Tagesfrage der socialen Entwicklung haben.**

Die „Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen und Kolporteure zum Preise von **M. 3.25** pro Quartal zu beziehen. Das einzelne Heft kostet **25 Pfennige.**

Hochachtungsvoll

J. H. W. Dietz Nachf., Stuttgart.

IX. IX.

Berliner Pferde-Lotterie.

Ziehung in Berlin im Kaiserhof am 11. Oktober 1901.

3333 Gewinne Wert Mark

100000

Hauptgewinn: M. 10 000, 8000 etc.

Lose à 1 Mark, 11 Lose = 10 Mark

Porto u. Liste 20 Pf., versendet gegen Briefmarken oder Nachnahme

Carl Heintze, Berlin W.

Unter den Linden 3. [23711*

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel

Karlstrasse.

Wochentags 7 Uhr. Sonntags 5 Uhr. Nur erstklassige **Specialitäten.** Direktion: **J. M. Hütt.**

Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung.

400 Teppiche

in allen Größen und Qualitäten werden **Dienstag,** den **8., Mittwoch,** den **9., Donnerstag,** den **10., Freitag,** den **11.** und **Sonnabend,** den **12. d. Mts., nachmittags 2—7 Uhr** in einem Lager raum der **Engros-Abteilung** des **Teppich-Fabrik-Lagers, Hauptstr. 1,** ca. **40 Proz.** unter bisherigen bekannten **billigen** Listenpreisen zum **Verkauf** gestellt! Unter obigen **Teppichen,** welche aus teils etwas **fehlerhaften,** teils aus **Musterteppichen** bestehen, befinden sich **große, schwere, elegante** Exemplare. Der **Verkauf** dieser **Teppiche** findet **nur an genannten Tagen nachmittags von 2 bis 7 Uhr** **Berlin-Schöneberg, Hauptstr. 5—6,** **Hof links 1 Treppe** statt.

Jedes Wort: 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Beuthstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Ein gutgehendes Restaurations- und Delikatessengeschäft umständehalber billig zu verkaufen. Zu erfragen Kauffeldt, Markusstraße 47.

Restauration verkauft Wrangelstraße 68. 9505

Fredersdorf (Ostbahn) sind sofort 80 Quadratruten für 750 Mark zu verkaufen. Gefällige Adressen an die Zeitungsspedition Brunnenstraße 33.

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. †87*

Herrengarderobe, auffallende Ersparnis, Maßabteilung Engrosfirma Jadisch Labandt, Spandauerstraße 76.

Vorjährige elegante Herrenhosen aus feinsten Stoffen 9—12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21, II. 8488*

Winterkleidung für Herren und Knaben, fertig und nach Maß, zu billigen Preisen. Unterzeichneter war vorher 7 Jahre bei Baer Sohn thätig und bittet um Unterstützung seines jungen Unternehmens. 16. Große Frankfurterstraße 16. August Achilles. 8592*

Spottbillig. Teppiche, Betten Steppdecken, Gardinen, Remontoiruhren, Regulatoren verkauft Leihhaus Neanderstraße 6. [701*

Möbelverkauf, neue und gebrauchte. Römer, Sebastianstraße 81.

Nußbaummöbel, schöne, gediegene Wirtschaft spottbillig Gartenstraße 148, vorn 1 links. [†136*

Möbel auf Teilzahlung Prinzenstraße 62. 77/7*

Möbel-Gelegenheit. Beim Auktionator Otto Libeke, Möckernstraße 25 (Bahnspeicher), stehen zum spottbilligen Verkauf neue gediegene Einrichtungen, ein Posten Säulentrumeaux 30,00, Prachtteppiche 20,00, Zimmerteppiche 8,00, Muschelschränke 25,00, Salongarnituren, Paneelsofas, Ruhebetten, Büffetts, Schreibtische, Bücherschränke, Salonbilder, gestickte Uebergardinen, Divandecken, Stores, Steppdecken, Pianinos, Salonuhren, Plüschdecken 5,00. Verschiedene Gelegenheitskäufe. Gekauftes lagert unentgeltlich [8138*

Witwe verkauft Wirtschaft Mehnerstraße 30, II rechts. [118/19*

Teppiche mit Farbenfehlern, Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Kinderwagen. Sportwagen, Riesenauswahl, Bazar Baby, Invalidenstraße 160, Frankfurterstraße 115, Oranienstraße 31, Belle-Alliancestraße 107, Reinickendorferstraße 2a, a. Charlottenburg, Wilmersdorferstraße Nr. 55. Teilzahlung gestattet. 7225*

Fahrräder. Jahresgarantie, 80,00. Schädel, Schmidstraße 8. [79/5*

Nähmaschinen und Feuer-Versicherung vermittelt Gustav Schmidt, Solmsstraße 43, Hof Keller. 8575

Nähmaschinen, sämtliche besseren Systeme. Ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00, fünfjährige Garantie. Turmstraße 39. 2. Geschäft: Bernauerstraße 47b. 8832*

Kronen für Gas und Petroleum, sowie Gaskocher, Teilzahlung, empfiehlt Böttcher, Frankfurterstraße 92

Stieglitze, Zeisige, Rotkehlchen, sprechende Stare, Eichler, gut eingefütterte Tiere, billig, und gutes Futter, Weinast, Wienerstraße 1—6. [*

Nähmaschinenlager sämtlicher Systeme ohne Anzahlung, Woche 1,00 Lieferung nach allen Stadtteilen sofort, Landsbergerstraße 82. †87*

Malzkraftbier, blutbildend, für Blutarme, Brustkranke, Schwächliche, Gewichtszunahme, bessere Gesichtsfarbe, überraschend, 14 Flaschen 2 Mark, 1/2 Tonne 3,50 exklusive. Nicht Flaschenzahl, Qualität entscheidet. Porterkellerei Ringler Bernauerstraße 119. 118/12*

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †87*

Betten, schöner Stand, sofort 20 M., verkauft Adalbertstraße 78, I rechts. 9986*

Reinettenäpfel. Viertelcentner frei Haus drei Mark. August Heine, Halberstadt. 9896*

Bett, gutes, fast neu, Regulator, große Geschäftsbänke, ganz billig. Holzmarktstraße 11, Quergebäude II. Neumann. 10006

Restauration, gutgehend, anderer Unternehmen wegen billig zu verkaufen. Postlagernd Z. A. Postamt 34.

Nähmaschinen sämtlicher Systeme, ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00, fünfjährige Garantie. Weißensee, Königchaussee 40. 10065*

Vermischte Anzeigen.

Volkssänger-Gesellschaft Lewandowsky, Sickingenstraße 4. [†77*

Patentanwalt Dörrmann, Moritzplatz 57, Auskunft bis abends neun. 7678*

Unfallsachen, Klagen, Eingaben, Reklamationen. Pugger, Stieglitzerstraße 65. 9345*

Kunststopferei von Frau Kokosky, Steinmetzstraße 48, Quergebäude hochparterre.

Wer Stoff hat? Fertige Herrenanzüge mit Futtersachen 15 Mark. Wagner, Schneidermeister, Frankfurterstraße 59, III. [8905*

Massage, Abreibungen, Schmierkuren. Strunk, staatlich und militärisch geprüft, Wrangelstraße 80. [112*

Malerarbeiten, Küchenmöbel, Laden-Einrichtungen, streicht, lackiert billigst Pawlowski, Manteuffel 89—90, Hof rechts. †120*

Bücherankauf zu höchsten Preisen. Epstein, Markgrafenstraße 101. *

Augustabad, Köpenickerstraße 60 Bäder jeder Art für sämtliche Krankenkassen. 7362*

Vereinszimmer mit Piano zu vergeben, passend für Zahlstelle. Rudolf Jurran, Naunynstraße 80. *

Vereinszimmer mit Pianino Tilsiterstraße 70. †40

Rechtsbureau. Civilklagen, Strafsachen, Gnadengesuche, Steuersachen, Schankerlaubnis, Rat, Rechtsangelegenheiten. Julius, Elsasserstraße 66.

Rechtsbureau, Rechtshilfe, Raterteilung, Andreasstraße dreiunddreißig

Malerarbeiten, Küchenmöbel, Firmenschreiben billigst. Bauer, Alte Jakobstraße 1a. 9945

Vermietungen.

Laden für jedes Geschäft passend (Kolonial, Möbel, Herrengarderobe 2c.), große Schaufenster, Kellereien eventuell Wohnung, Stallung, billig Schwedlerstraße 247. 8625*

Schlafstellen.

Freundliche Schlafstelle Kommandantenstraße 85, Hof links 3 Treppen bei Szizepecki. 9906

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden zu den billigsten Preisen geflochten, werden abgeholt und unentgeltlich zurückgeliefert. Adresse: Nufackstraße 27, A. Gläser. *

Familienvater, mit der Feder und sonstigen Arbeiten des Bureaudienstes bewandert, dem es schlecht geht infolge Maßregelung in seiner letzten Stellung bei einem Rittergutsbesitzer, bittet edeldenkende Menschen um irgend welche Beschäftigung. Offerten nimmt die Expedition unter C. 4 entgegen.

Stellenangebote.

Ein tüchtiger Geldschrankschlosser, der sich auch als Monteur eignet, von erster Geldschrankfabrik gesucht. Gefällige Angebote sub A. 4 an die Expedition des „Vorwärts". [8708*

1—2 Glasergesellen, mit Bleiarbeit samt Zeichnung vertraut, können feste Beschäftigung durch sofortige schriftliche Erklärung an Gladmöstare C. A. Andersson, Lund, Schweden, haben. *

Rahmenmacher verlangt J. Lazarus, 22 Alexandrinenstraße. 9905

Rahmenvergler verlangt Auch Blumenstraße 32. 10025

Bilderrahmenmacher oder Chromoscheiben-Arbeiter verlangt F. Brandtner, Neu-Weißensee, Gehrsdorfer Weg 13—14. †111*

Bildhauer-Lehrling sucht Genz, Koppenstraße 80. †10*

2 Korbmacher, tüchtige Vorarbeiter, erhalten sofort dauernde Beschäftigung bei Rösemann, Brückenstraße 2. 9916

Graveurlehrling verlangt Bedow, Roßstraße 26. 9926

Kartonarbeiterinnen, geübte, verlangt Zahn, Alte Jakobstraße 87/88.

Uniform-Stickerinnen bei dauernder und lohnender Beschäftigung verlangt Hoppe, Eisenbahnstraße 39. 9886*

Anlegerin, junge, tüchtige, für Tiegeldruck, sucht Alexandrinenstraße 53, I. 115/13

Kartonarbeiterin, geübte, verlangt Anders Nachfolger, Adalbertstraße 7. 9416

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile

Goldleisten.

Tüchtige Schnitzer und Belegerinnen verlangen per sofort **Rossnow & Co.,** Schmidstraße 6. 79/14

Achtung, Brauereiarbeiter!

Wegen Maßregelung des Vertrauensmannes ist die **Brauerei Julius Bötzow** für organisierte Arbeiter gesperrt. 41/13*

Die Agitationskommission.

Verantwortlicher Redacteur: **Carl Leid** in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Treptow-Baumschulenweg. Heute soll es sich entscheiden, ob unsre Parteigenossen Karow und Gerisch in die Gemeindevertretung eindringen und somit dort den Arbeiterinteressen Geltung verschaffen. Arbeiter, Handwerker, Parteigenossen! Thut Eure Pflicht und tretet Mann für Mann für die Wahl unsrer Kandidaten Karow und Gerisch ein!

Adlershof. Für diejenigen, welche die Petitionslisten gegen den Brotwucher noch nicht unterschrieben haben, liegen an folgenden Stellen noch Listen zur Unterschrift aus: Restaurant Schubert, Adlergestell- und Oppenstraßen-Ecke, Restaurant Heimann, Bismarckstr. 53, Stemmwedel, Cigarrengeschäft, Meyerstr. 4, Restaurant Rohde, Helbigstraße, Verkaufsstelle der Konsum-Genossenschaft, Hackenbergstr. 29, Gustav Tempel, Kronprinzenstr. 6, Restaurant Lehmann, Bismarckstraße 28. Wir ersuchen die Genossen, dieser Mitteilung die weiteste Verbreitung zu geben.

Der Vorstand des Wahlvereins von Adlershof.

In Schöneberg findet heute bei Obst, Meiningerstr. 8, eine Volksversammlung statt, in der die Delegierten des Wahlkreises Teltow 2c. vom Parteitag Bericht erstatten.

Schmargendorf. Am Dienstagabend 8½ Uhr findet eine Versammlung des Wahlvereins im „Wirtshaus Schmargendorf" statt. Tagesordnung: Diskussion über die Verhandlungen des Parteitages.

Marienfelde-Tempelhof. Heute, Dienstagabend 8½ Uhr findet im Restaurant Adel, Tempelhof, Germaniastraße, die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Auf der Tagesordnung steht außer Bericht des Vorstandes und der Lokalkommission, Neuwahl beider. Die Wichtigkeit der Tagesordnung bedingt regen Besuch der Versammlung.

Groß-Lichterfelde-Lankwitz. Morgen abend 8 Uhr bei Richter, Chausseestr. 104, Versammlung des socialdemokratischen Wahlvereins. Tagesordnung: Berichterstattung vom Lübecker Parteitage.

Lokales.

Berlin im Zeichen der Stadtratswahlen.

Die Zeichen mehren sich, daß es mit dem Liberalismus reißend bergab geht. Aus den politischen Körperschaften ist er ja schon fast ganz ausgemerzt; jetzt fehlt es ihm in Berlin auch an Männern, die sich bereit finden, Mitglieder des Magistrats zu werden. Das hat sich nie in dem Maße gezeigt, wie bei den bevorstehenden Stadtratswahlen. Vor etwa vierzehn Tagen wurde zum unbesoldeten Mitgliede des Magistrats der Stadtverordnete und Handelsrichter Emil Gehricke gewählt, ein Mann, von dem eine große Anzahl seiner Kollegen nichts weiter wußten, als daß er sich nie bemerkbar gemacht hatte. Es genügte, daß er bereit war, das Amt anzunehmen; was bedurfte es mehr? Eine Null mehr im Magistrat will in der That nicht viel sagen.

Jetzt wird nun von dem mit der Vorberatung dieser Angelegenheit eingesetzten Ausschuß auch der Stadtv. Kalisch zum unbesoldeten Magistratsmitgliede vorgeschlagen. Herr Kalisch hat sich zweifellos um die Verwaltung eingehend gekümmert, nur schade, daß er seine Kenntnis noch nie dazu benutzt hat, auf Verbesserungen zu dringen. Seinen Kollegen war er schon längst als freiwilliger Magistratskommissar bekannt, als ein Mann, der alles verteidigte, was der Magistrat von je gethan hat oder er je zu thun gedachte. Ein schwankendes Rohr im Winde, jeder eignen Meinung bar, wird er eine wertvolle Bereicherung des Magistrats abgeben.

Der Ausschuß schlägt ferner die Wiederwahl der mit dem Schluß des Jahres ausscheidenden Stadträte Fischbeck, Heller, Hübner, Marggraff, Münsterberg, Straßmann, Struve vor. Aus dieser Liste fällt uns vor allem der Name des Herrn Hübner auf, von dem man glaubt, daß er sich ein Anrecht auf seine Wiederwahl ersessen habe. So wird denn Herr Oberbürgermeister Kirschner alle die ehrwürdigen Häupter seiner Lieben wiederfinden. Im Magistrat bleibt alles hübsch beim alten und kein frischer Windhauch wird die alten erprobten Kämpen in ihrer gedeihlichen Ruhe aufscheuchen.

Der Schluß der Gastwirtschaften von 4—6 Uhr morgens. Gegen diese neueste Polizeiverordnung, durch welche Moral und Sittlichkeit in der Hauptstadt gehoben werden sollen, hatten die Gastwirte, wie wir seiner Zeit mitteilten, an den Minister des Innern petioniert. Jetzt ist den Petenten die Antwort zugegangen; sie lautet ablehnend. Der Zweck der Verordnung sei, dem Treiben derjenigen bedenklichen Elemente entgegenzutreten, welche bisher nach Schluß bestimmter Lokale ihr Treiben in andren um 4 Uhr morgens wiedereröffneten Lokalen fortsetzten, und dieser Zweck verdiene durchaus Billigung. Die von den Petenten aufgestellte Behauptung, daß entgegen diesem Zweck die Durchführung der Polizeiverordnung mit aller Härte und in der rigorosesten Weise auch völlig einwandsfreien Lokalen gegenüber erfolge, bezeichnet der Minister als unzutreffend. Auf diejenigen Lokale, in denen Arbeiter, Straßenreiniger, Droschkenkutscher, Lieferanten usw. verkehren oder des Morgens ihre Waren entnehmen, sei die weitgehendste Rücksicht genommen. Thatsächlich sei bis zum 1. August die Zulassung von Ausnahmen für die Zeit von 4—6 Uhr früh in 1233 Fällen erfolgt und nur in 198 Fällen abgelehnt worden.

Hören wir, was dem gegenüber durch die Privatenquete der gastwirtschaftlichen Vereine Berlins festgestellt worden ist. Es hat den Anschein, so heißt es in dem Bericht, als wenn häufig das größere oder geringere Ansehen, dessen sich der betreffende Gewerbetreibende bei seinem Revievorstand zu erfreuen hat, maßgebend für die Versagung oder Genehmigung ist. Vielfach erfolgte die Abweisung mit der kategorischen Erklärung: „Es liegt kein Bedürfnis vor." Dies deutet darauf hin, daß sich die Polizeibehörden an den einzelnen Stellen über den Zweck der Verordnung gar nicht im klaren sind. Dieser soll aber ja angeblich nur dahin gehen, Prostitution und Verbrechen zu bekämpfen. Einer Anzahl von Gastwirten hat man die Erlaubnis „versuchsweise" sechs Wochen auf Probe gegeben; einer der Befragten schreibt erbittert, daß ihm die Genehmigung versagt sei, während sein Nachbar, welcher „Schutzmannsverkehr" hat, sie ohne Schwierigkeiten erwirkte. Selbst Hotels sind von der Versagung betroffen worden; ein Kaffeehaus-Inhaber berichtet, daß er seit Bestehen der Verordnung 1505 Gäste aus dem Lokal habe weisen müssen.

Das Material der Privat-Enquete ist notwendigerweise lückenhaft, aber eines ist ohne Zweifel daraus festzustellen, nämlich, daß die Verordnung, weit entfernt, Prostitution und Verbrechen auch nur im geringsten einzuschränken, in ihrer praktischen Handhabung eine Menge Ungerechtigkeiten gegen einzelne Gewerbetreibende im Gefolge hat; sie giebt den unteren Polizeiorganen, deren Auskunfterteilung in der Regel maßgebend ist, ein Maß von Macht über die betreffenden Geschäftsleute, wie es keiner Behörde gegeben werden sollte.

Es giebt nur zwei Wege: Will man aus Berlin durchaus ein Krähwinkel machen, so schließe man sämtliche Gastwirtschaften zu einer frühen Stunde, behandle aber alle absolut gleich. Da dies aber ein Ding der Unmöglichkeit, so kann es nur einen Ruf geben: Fort mit der Polizeiverordnung, fort mit der Polizeistunde überhaupt.

Ueber einen hiesigen Stadtverordneten bringt die „Welt am Montag" einige sehr befremdliche Mitteilungen. Das Blatt meldet:

Es befindet sich noch heute unter den Stadtverordneten ein Mann, der übrigens augenblicklich auch zur Wiederwahl steht, über den die eigentümlichsten Gerüchte in Berlin umher schwirren. Vor Jahren gingen Notizen durch die Blätter, worin, allerdings ohne Namensnennung, aber unter deutlichster Kenntlichmachung der Person, die schwersten Vorwürfe gegen ihn erhoben wurden. Es hieß damals, daß er einen Betrug durch Geld wieder ungeschehen gemacht habe, und daß als Vermittler bei diesem Sündenvergräbnis zwei Rechtsanwälte, die Namen von gutem Klang tragen, thätig gewesen seien. Es ging ferner das Gerücht über den Mann, daß er notorisch mit Wucherern in Verbindung gestanden habe. Man sprach namentlich von einem Fall, wo einem kleinen Schneidermeister Wechselabschnitte über mehrere Tausend Mark diskontiert worden seien gegen Hergabe minderwertiger Ware. Diese Gerüchte veranlaßten angesehene Mitglieder der Stadtverordneten-Versammlung, diesen Herrn in auffälliger Weise zu meiden. Aber er that nichts dagegen. Es fiel ihm nicht ein, seine angegriffene Ehre vor dem Richter wieder herzustellen. Und dieser Mann ist nicht etwa ein kleiner unter den Göttern des Roten Hauses, sondern einer der großen. Durch sein Geld und seine Verwandtschaft übt er namentlich hinter den Coulissen einen ganz bedeutenden Einfluß aus. Gerade dieser Mann ist es auch, der dem kapitalistischen Einfluß im Stadtparlament Geltung verschafft. Er war es, der am schärfsten die Verstadtlichung der Berliner Elektricitätswerke bekämpft hat. Er war es auch, der stets die Stange der Berliner Straßenbahn hielt. Er war es aber andrerseits auch, der infolge ganz eigentümlicher verwandtschaftlicher Verhältnisse sich veranlaßt sah, plötzlich für die Verstadtlichung der Siemens u. Halske-Bahn aufs wärmste einzutreten. Ein sehr einflußreicher Stadtverordneter hat neulich über diesen Mann das treffende Wort geäußert: Man kann ihm ja nicht nachweisen, daß er Aktien besitzt. Aber schließlich kann sie ja auch die Frau oder der Schwager besitzen.

Der Herr, auf den es ankommt, ist hier mit solcher Deutlichkeit bezeichnet, daß man meinen sollte, es dürfe ihn der Umstand, daß das Blatt seinen Namen zu nennen unterlassen hat, nicht von einer Rechtfertigung abhalten.

Das Hunnentum daheim. Es war nicht genug damit gethan, daß die Khakikrieger, angefeuert durch die ihnen mit auf den Weg gegebenen Ermunterungen, dem deutschen Heldenruhm in China die bekannten Denkmäler setzten. Auch heute, nach ihrer Heimkehr scheinen etliche der Tapferen sich noch in dem Glauben zu wiegen, daß es in der zu Dreivierteln socialdemokratisch denkenden deutschen Reichshauptstadt angebracht ist, die Trophäen des Hunnenruhms öffentlich spazieren zu führen. So macht sich zur Zeit ein solcher Krieger dadurch auffällig, daß er mit einem Spazierstock, um den ein Chinesenzopf gewickelt ist, in den Straßen paradiert. Mehrere Zuschriften, die uns aus unserm Leserkreise zugingen, geben dem Aergernis Ausdruck, das dies Kriegsandenken erregt hat. Wir halten nun zwar die Berliner Einwohnerschaft im allgemeinen für viel zu gesittet, als daß anzunehmen wäre, ein solches häßliches Schaustück könnte verrohend auf sie einwirken. Ja wir möchten annehmen, daß der Verkehr mit der reichshauptstädtischen Bevölkerung auch den Inhaber der Trophäe bald zu der Ueberzeugung bringen wird, daß es ihn am meisten ehrt, wenn er das Ding, das er jetzt in seinem Wahn prunkend zur Schau trägt, ganz still in einem Winkel verbirgt, von wo es nie mehr ans Tageslicht kommen kann. Müßte man doch am Kulturfortschritt der Menschheit verzweifeln, wenn er nicht so widerwärtige Erscheinungen, wie die Auswüchse des Khakiwahns bald überwinden sollte.

Vom Milchkrieg. Die Centrale für Milchverwertung und die in ihrem Dienste stehende Presse bramarbasieren über die Erfolge, die die märkischen Milchbauern in Berlin bisher errungen haben sollen, das Blaue vom Himmel herunter. Die „Deutsche Tagesztg." verkündet, nach den Erwartungen der Centrale werde der Milchkrieg in 14 Tagen insofern beendet sein, als die Centrale dann für ihre Milch in Berlin genügenden Absatz haben werde. Wenn man diesen Renommistereien Glauben schenken dürfte, dann stände ganz Berlin auf seiten der Milchbauern, und die Berliner Milchhändler wären bereits verloren. Thatsächlich ist das Gegenteil der Fall. Die Berliner Bevölkerung hält nach wie vor zu den von der Centrale unabhängigen Händlern und unterstützt sie in ihrem Kampfe gegen die Verteuerungsgelüste der Milchbauern. Sehr zu statten kommt den Händlern das nasse kalte Wetter, das wir seit einigen Tagen haben. Es hat der Milchnot durch Verringerung des Konsums ziemlich ein Ende gemacht und ermöglicht nun auch denjenigen Händlern, die sich bisher nur wenig Milch beschaffen konnten, die Befriedigung ihrer Kundschaft. Wenn die Händler so gottgläubig wären, wie Herr Ring und seine Milchbauern, dann würden sie jetzt dem Herrgott danken, daß er es auch einmal mit ihnen „gut gemeint" und ihnen dieses Hundewetter geschickt hat. Sie sind aber praktischer und denken mehr an ihre Bundesgenossen auf Erden. In ihrem Organ, der „Berliner Milchzeitung", wird darauf hingewiesen, daß die bisherigen Bundesgenossen — die rechtsstehenden Parteien, die „sich stets als die Vertreter des Mittelstandes aufspielten" — in dem gegenwärtigen Milchkriege sich den Milchhändlern feindlich gegenübergestellt haben; der Milchhändlerstand solle daraus „eine Lehre für die Zukunft ziehen."

Der Sport des Gesundbetens, der bisher wesentlich in den Augen der nach oben schielenden Geburts- und Finanzaristokratie getrieben wurde, soll jetzt auch solchen Kreisen zugänglich gemacht werden, die nicht oder selten auf den Gedanken kommen, daß sie aus der Uebung dieses Unfugs persönliche Vorteile und Ehren ergattern könnten. Ein Herr Franz R. aus der Magdeburgerstraße versendet Prospekte, worin er mitteilt, daß er am 17. Juni dieses Jahres „im Glauben an Gott und den Heiland" eine christliche und wissenschaftliche Vereinigung „Kreuz" zu Berlin gegründet habe, deren Vorsitzender er sei. Der Prospekt ist durch und durch mit Citaten aus der Bibel gespickt; an seiner wesentlichsten Stelle heißt es:

„Der Herr sagt ferner Matth. 10, 8: Machet die Kranken gesund, reiniget die Aussätzigen, wecket die Toten auf, treibet die Teufel aus; umsonst habt ihr's empfangen, umsonst gebt es auch. Also thun wir auch dieses im Glauben an Ihn und sein Wort. Denn er sagt wiederum: Matth. 21, 22. Und alles was ihr bittet im Gebet, so ihr glaubet, werdet ihr's empfangen. Wir verabreichen also keinerlei Medikamente, auch wenden wir kein Naturheilverfahren an, sondern der Glaube an Christus macht uns stark und so wir Glauben haben, ist uns alles möglich. Marc. 9, 23. Alle Dinge sind möglich dem, der da glaubet. Und so sich die Kranken mit reinem aufrichtigen Herzen Gott anvertrauen, werden Sie Heilung finden. Luc. 7, 50. Dein Glaube hat dir geholfen, gehe hin mit Frieden."

Eine Preisliste für die Heilung von Krankheiten ist in dem Prospekt nicht enthalten. Sehr drollig ist, daß die Reklame für den gesundbetenden Verein „Kreuz" auch den „Tagesblättern" beiliegt; das uns zugesandte Exemplar war einer in einem nördlichen Vorort erscheinenden Zeitung beigegeben. Eigentlich hätten die evangelischen Pastoren die Pflicht, den tollen Unfug zu brandmarken; uns soll verlangen, ob sie sich selbständig genug fühlen, im Interesse der Kirche, der sie dienen, dem organisierten Gesundbeten zu Leibe zu rücken.

Eine verfehlte Berichtigung. Die Gewerbedeputation hat bekanntlich auch die Aufgabe, auf die Lehrlingszüchtereien zu achten, in welchen junge Leute massenhaft ausgenutzt werden, ohne daß die in Betracht kommenden Unternehmer sich im stande zeigen, die Opfer für ihren Beruf vorzubilden. Ein derartiges Institut bedenklicher Art wird auch von einem Mechaniker P. J. Steinke in der Wiesenstr. 15, unterhalten, und die städtische Gewerbedeputation hielt es im öffentlichen Interesse für geboten, diesem Herrn hinfort nur das Halten von drei Lehrlingen zu gestatten, statt der 18, die er jetzt beschäftigt. Am 13. September gaben wir den Beschluß dieser amtlichen Körperschaft bekannt. Nunmehr läßt uns Herr Steinke durch den Rechtsanwalt Herrn Walter Bahn eine „preßgesetzliche" Berichtigung zugehen, in welcher behauptet wird, daß die in unsrem Blatt gebrachte Mitteilung folgende „thatsächlichen Unrichtigkeiten" enthält:

1. Herr Steinke beschäftigt nicht 13, sondern keinen Lehrling, die jungen Leute, welche er beschäftigt, sind Praktikanten und lernen nicht in der Werkstatt, sondern in der von dieser gesonderten Lehranstalt. 2. Herr Steinke macht keine eifrige Reklame. 3. Herr Steinke hat bisher bei seiner Lehranstalt zugesetzt und lebt von den Einnahmen, die ihm seine Thätigkeit in der Werkstatt einbringt. 4. Es besteht kein Sachverständigen Gutachten, wonach Herr Steinke „Lehrlingszüchterei schlimmster Art" treibt. 5. Ein Beschluß der Gewerbedeputation, wonach er vom 1. Januar 1902 nur drei Lehrlinge halten darf, ist Herrn Steinke nicht zugegangen.

So die „Berichtigung". Herr Steinke muß uns schon gestatten, daß wir den kunstvoll paragraphierten Aufbau seiner Einwendungen ein wenig modifizieren und zwar ebenfalls paragraphenweise. Wir haben da zu antworten:

Zu 1. Ob Herr Steinke Lehrlinge oder „Praktikanten" beschäftigt, dürfte doch von der Aufsichtsbehörde zu entscheiden sein. Diese hält ein Lehrverhältnis für vorliegend, da sie sich sonst überhaupt nicht zum Einschreiten gegen Herrn St. veranlaßt gesehen hätte;

zu 2. ob die Reklame, welche Herr St. durch Drucksachen treibt, als eine „eifrige" zu betrachten ist, dürfte ganz Sache des subjektiven Empfindens sein;

zu 3. ob Herr St. „bisher" bei seiner „Lehranstalt", welche von der Gewerbedeputation als „Lehrwerkanstalt anerkannt wird, zugesetzt hat oder nicht, können wir nicht entscheiden, jedenfalls sind die „Lehrgelder" eine recht gute Einnahme für ihn gewesen, um die ihn mancher beneiden dürfte;

zu 4. daß Herrn St. von einem „Sachverständigen-Gutachten" nichts bekannt ist, wollen wir ihm glauben; die Gewerbe-Deputation, der selbst Sachverständige angehören, dürfte andrer Meinung sein;

zu 5. wenn Herrn St. der Beschluß der Gewerbe-Deputation, wonach ihm aufgegeben werden soll, die Zahl der von ihm beschäftigten Lehrlinge auf drei herabzusetzen, noch nicht bekannt gegeben worden ist, so dürfte dies demnächst geschehen. In diesem Falle wären wir also besser unterrichtet, als Herr Steinke.

Den Kern, worauf es ankommt, nämlich die Gründe, welche für die Gewerbe-Deputation Anlaß waren, den Praktikanten-Praktiken des Herrn Steinke einen Riegel vorzuschieben, hat dieser Herr sich wohl gehütet zu berühren. Mithin dürften Eltern und Vormünder junger Leute gut thun, sich vor der Anstalt des Herrn Steinke weiter vorzusehen.

Die Einführung des mündlichen Verfahrens bei der Erledigung von Invaliditäts- und Altersversicherungssachen hat sich nach dem Berichte des Magistrats-Kommissars für Invalidenversicherung trefflich bewährt. Es wird darüber berichtet: Wenn der Kommissar sich gegen eine Rentenbewilligung oder für Entziehung einer Rente aussprechen will, muß gemäß § 59 des Gesetzes eine mündliche Verhandlung unter Zuziehung je eines Vertreters der Arbeitgeber und der Versicherten stattfinden. Im letzten Berichtsjahre haben an 52 Tagen mündliche Verhandlungen stattgefunden, wobei 556 Sachen erledigt worden sind. Die Einrichtung der mündlichen Verhandlungen muß für eine äußerst nützliche Neuerung erachtet werden. Denn nicht allein, daß in einer ganzen Reihe von Fällen gerade die mündliche Verhandlung die erforderliche Aufklärung und zwar sehr häufig zu Gunsten des Rentenbewerbers gebracht hat, es kann auch als eine Folge der Neueinrichtung angesehen werden, daß seit Geltung des Invalidenversicherungs-Gesetzes die Rentenanträge von vornherein eine viel sorgfältigere Vorbereitung erfahren, als dies früher der Fall war, und daß eine ganze Reihe von Feststellungen, die früher in der Regel der zweiten Instanz vorbehalten blieben, jetzt bereits beim Kommissar vorgenommen werden, sehr zum Nutzen des Rentenbewerbers, dem hierdurch oft die Berufung erspart wird. Ein besondrer Vorteil der mündlichen Verhandlungen besteht darin, daß durch das persönliche Erscheinen des Rentenbewerbers ein besseres Bild über seine Arbeitsfähigkeit gewonnen wird. Die Beisitzer aus dem Kreise der Arbeitgeber und der Versicherten haben den gehegten Erwartungen entsprochen und sind erfolgreich bemüht gewesen, ihr Amt unparteiisch und gewissenhaft zu verwalten.

Der schwere Nordweststurm, der in der Nacht zu gestern über Berlin und seine Umgebung hinwegbrauste, hat mancherlei Unheil angerichtet. Namentlich haben die Bäume großen Schaden erlitten. Im Tiergarten und in den andren Parkanlagen sowie in einzelnen Straßenzügen, z. B. in der Großbeerenstraße, ist eine Anzahl von Bäumen umgeworfen worden, während andre einen großen Teil ihrer Aeste und Zweige eingebüßt haben. Von den Dächern sausten Ziegel herab und zwangen die späten Wandrer, die sich bei dem heulenden und sausenden Sturme kaum vorwärts bewegen konnten, den Straßendamm aufzusuchen. Vielen wurden die Hüte vom Kopf gerissen und so schnell davon getrieben, daß an ein Einholen nicht zu denken war und manche barhäuptig nach Hause wandern mußten. In der Pücklerstraße wurde ein vom Dienst spät nach Hause kommender Eisenbahnbeamter durch ein herabfallendes Blumenbrett recht erheblich am Kopf und Rücken beschädigt. Auf den Wasserläufen und in den Hafenanlagen hatten die Mannschaften der dort vor Anker liegenden Schiffe viel zu thun, um ein Wegtreiben ihrer Fahrzeuge zu verhüten, da die Wellen der Spree sehr hoch gingen.

Einen tödlichen Ausgang haben zwei Unfälle genommen, von denen der Militärinvalide Wilhelm Dietrich aus der Melchiorstraße 23 und der Kutscher Johann Krüsel aus der Gartenstr. 172 betroffen wurden. Dietrich, ein Mann von 53 Jahren, wurde vor 14 Tagen in der Waldemarstraße von einem Geschäftswagen überfahren und erlitt einen Oberschenkelbruch. — Krüsel, der 46 Jahre alt und bei dem Fuhrherrn Riethoff in der Joachimstraße beschäftigt war, sollte am vergangenen Donnerstagnachmittag vom Schlesischen Bahnhof eine Ladung Eier abholen. Beim Anziehen der Pferde traf ihn die Deichsel gegen den Unterleib, so daß er sich eine Darmzerreißung mit nachfolgender Bauchfellentzündung zuzog. Die Verunglückten wurden beide nach dem Krankenhaus Bethanien gebracht und erlagen dort ihren Verletzungen.

Zu gewaltigen Verkehrsstörungen im Straßenbahnbetriebe gab gestern mittag gegen 1 Uhr der Brand eines Motorwagens der Straßenbahnlinie Küstrinerplatz—Moabit Veranlassung. Infolge Kurzschluß war die Einrichtung der Accumulatoren des die Nummer 1522 führenden Waggons am Alexanderplatz in Brand geraten, infolgedessen die „Elektrische" kraftlos wurde. Um die Straßen für den Verkehr freizumachen, mußte der Wagen durch die Alexander- und Neue Schönhauserstraße geschoben werden, um am Hackeschen Markt nach der alten Strecke geleitet und dort ins Schlepptau genommen zu werden. Durch das hierdurch notwendige Rangieren in der Münzstraße und am Hackeschen Markt entstanden auch hier größere Verkehrsstockungen.

Die Festnahme des Falschmünzers Karl Polster hat jetzt eine zweite Verhaftung nach sich gezogen. Da Polster neben seinen Arbeiten für die Fälschung von Banknoten und Briefmarken einem

Erwerb nicht nachgehen konnte, so lag es auf der Hand, daß ihm die Mittel zum Lebensunterhalt und zu den erforderlichen Anschaffungen von andrer Seite zugestellt werden mußten. Als der Spender dieser Mittel ist nun ein bisher unbestrafter Geschäftsmann festgestellt und verhaftet worden. Der Verhaftete bestreitet, von den verbrecherischen Absichten Polsters Kenntnis gehabt zu haben. Polster habe ihm lediglich gesagt, daß er Geld zu einem geschäftlichen Unternehmen brauche, nähere Auslassungen über die Art des Unternehmens jedoch abgelehnt. Das wäre ja an und für sich nicht gerade unmöglich, die Dinge liegen aber doch für den Geschäftsmann so ungünstig, daß er in Haft behalten und dem Untersuchungsrichter zugeführt wurde.

Den Wirkungen des Giftes erlegen ist der 40 Jahre alte Schuhmacher August Haselpusch aus der Belforterstr. 6. Der Mann verunglückte vor acht Wochen durch einen Sturz von der Treppe seiner Kellerwohnung. Nach vier Wochen aus dem Krankenhaus entlassen, klagte er beständig über Schmerzen, die ihm Rippenquetschungen immer noch veerursachten. Schließlich trank er Alaun, dessen Wirkungen er im Krankenhaus erlag. Haselpusch hinterläßt seine Frau mit fünf Kindern im Alter von 3—13 Jahren.

Durchgebrannt ist der 40 Jahre alte Gastwirt Fritz Meißner, der am 1. d. M. die eingegangenen Akademischen Bierhallen an andrer Stelle, an der Ecke der Friedrich- und Oranienburgerstraße, neuerstehen lassen wollte. Meißner hatte im ersten Stock ansehnliche Räume gemietet und hübsch ausgestattet. Als er am 1. d. M. eröffnen sollte, war er verschwunden. Nun stellte sich heraus, daß er alle Welt, mit der er in Geschäftsverbindung getreten war, geprellt hatte. Der Hauswirt bekam keine Miete, die Tischler, welche die Einrichtung lieferten, hatte er um 2000 M. angepumpt, eine Brauerei um 1000 M., den Maler und Decorateur um 200 M. Ebenso mußte das Personal, das er angenommen hatte, herhalten. Buffetiers hatte er nicht weniger als sechs angeworben, alle nach einander und so, daß einer den andern nicht zu sprechen bekam. Jeder mußte Bürgschaft stellen, zwei je 1500 M., einer 800, drei je 400 M. Ein siebenter rettete nur durch einen Zufall seine Ersparnisse. Er wollte 2000 M. geben, verspätete sich aber und kam zu seinem Glücke erst mit dem Gelde, als Meißner bereits verschwunden war. Sieben Kellner, die der Schwindler bei einem Vermittler annahm, prellte er um je 3—5 M. Meißner wurde gestern abend verhaftet. Er wollte gestern nachmittag ein neues Opfer fangen. Einen Buffetier, der 1500 M. Bürgschaft stellen wollte, hatte er nach dem Kaiser-Keller bestellt, wo das Geld gezahlt werden sollte. Als der junge Mann ausblieb, ging Meißner nach längerem Warten weg und hinterließ, daß er in einer Wirtschaft am Oranienburger Thor zu treffen sei. Unterdessen begab sich seine Frau nach der früheren Wohnung in der Oranienburgerstraße 53, um Kleidungsstücke für ihn zu holen. Hier ließ sie die Aeußerung fallen, daß sie mit ihrem Manne nach Breslau reisen wolle. Die Wirtin gab jetzt nichts heraus, sondern ließ der Polizei sagen, daß sich Meißner in dem Lokale am Oranienburger Thor, das ihr die Frau ebenfalls genannt hatte, aufhalte. Als mehrere Beamte dort hinkamen, war der Gesuchte gerade wieder weggegangen, sie fanden ihn aber in der Nähe auf der Straße und nahmen ihn fest. Von dem erschwindelten Gelde fand man bei ihm nichts vor.

Durch einen Messerstich lebensgefährlich verwundet wurde gestern nachmittag um 5 Uhr in dem Hause Schwedterstr. 48 der 20jährige Maler Alexander Boneslawski. Der im vierten Stock wohnende Arbeiter Christian Bilgers ließ sich von seinem Flurnachbar, dem 36 Jahre alten Maler Hermann Duriaux, gestern die Stuben ausbessern. Mit Duriaux kam Boneslawski, der bei ihm wohnte. Im Laufe des Tages wurde reichlich getrunken, nur Duriaux blieb nüchtern. Die beiden andern gerieten schließlich in der Trunkenheit in Streit und als Boneslawski seiner Aufforderung, seine Wohnung zu verlassen, nicht nachkam, zog Bilgers sein Taschenmesser und stieß es ihm in der Magengegend in den Leib. Der Verletzte wurde, nachdem ein Arzt ihm einen Verband angelegt hatte, im hoffnungslosen Zustand nach dem Lazaruskrankenhaus gebracht; Bilgers wurde festgenommen.

Die Gefahren der Oberleitung auf der Berliner Straßenbahn traten wieder einmal hervor bei einem Unfall, der sich Montagabend in der Göbenstraße ereignete. Hier war ein über die Straße laufender Telephondraht gerissen und hatte sich über die Starkstromleitung der Straßenbahn gelegt, wobei er die ganze Stromstärke auf sich vereinigte. In demselben Augenblicke fuhr ein Bierwagen der Schultheiß-Brauerei vorüber, und der herabgefallene Draht traf die beiden Pferde. Diese stürzten zur Erde und stöhnten. Man alarmierte schließlich die Feuerwehr. Diese schnitt den herabgefallenen Draht ab. Das eine der Pferde war von dem elektrischen Schlage so sehr getroffen, daß es sofort nach der Abdeckerei geschafft werden mußte. Das zweite Pferd, sowie der Kutscher kamen mit leichteren Verletzungen davon.

In der 7. Städtischen Fortbildungsschule für Jünglinge und Erwachsene, Gräfestr. 85/88, werden mit dem am 9. Oktober d. J. beginnenden Winterhalbjahr wieder neue Kurse im Französischen und Englischen für Anfänger und Fortgeschrittene eröffnet. Die Anstalt bietet ferner Gelegenheit zur unentgeltlichen Fortbildung in: Deutsch, Schönschreiben, Rechnen, Algebra, Geometrie, Physik (Elektrotechnik), Chemie, Freihandzeichnen, Zirkelzeichnen. Der Unterricht in Stenographie und Maschinenschreiben (System Remington und System Barlock) kostet halbjährlich 2 M., Modellieren 1 M., Fachzeichnen für Graveure, Lithographen, Schlosser, Maschinenbauer usw., Französisch und Englisch 4 M. Anmeldungen werden noch täglich von Herrn Rektor Faltz im Amtszimmer während der Unterrichtszeit von 1/2 8 bis 1/4 10 Uhr abends und Sonntags von 8—1/4 10 Uhr vormittags entgegengenommen.

Orgelkonzert. Mittwoch, den 9. Oktober, mittags 12 Uhr, hält Herr Musikdirektor Otto Dienel in der Marienkirche einen Orgelvortrag unter Mitwirkung des Gesangsquartetts Fräulein Gertrud Maulsch, Fräulein Lotte Dienel, Herrn Alex. Curth und Herrn Carl Rachó, des Violinisten Herrn Hans Bussenius, dessen Tochter Eva und des Organisten Herrn Paul Heuer. Der Eintritt ist frei.

Die Norddeutschen Sänger, Führmann, Horst, Walde eröffnen heute in Louis Kellers Festsälen, Koppenstr. 29, ihre zweite Winter-Vorstellung.

Aus den Nachbarorten.

Johannisthal. Mit der geplanten Verlegung des Hafens am Teltower Kanal auf Rudower Gebiet beschäftigte sich die Gemeindevertretung in der letzten Sitzung in eingehender Weise. Die Kanal-Bauverwaltung hatte seiner Zeit aus technischen Gründen die Hafenanlage auf der Johannisthaler Seite, auf Rudower Gebiet beschlossen. Die Großgrundbesitzer in Rudow unter Führung des Amtsvorstehers und Kreistags-Abgeordneten Massante haben nun durch unentgeltliche Hergabe von Land diese technischen Gründe beseitigt, und die Kanal-Bauverwaltung verlangt von der Gemeinde Johannisthal die Summe von 30 000 M., wenn diese technischen Gründe zur Anlage des Hafens auf der Johannisthaler Seite führen solle. Hierzu ist nun die Gemeinde außer Stande und die Grundbesitzer sind auch nicht Willens, größere Beihilfe zu leisten. In einer Protestresolution fordert die Gemeindevertretung die Kanal-Bauverwaltung auf, unbehindert um die Interessenspekulation der Rudower Grundbesitzer, die Hafenanlagen derart anzulegen, wie sie durch die erwähnten technischen Gründe erforderlich waren. Diese Resolution soll auch dem Landrat übermittelt werden, da dieser seiner Zeit erklärt hatte, die Interessen der Gemeinde Johannisthal zu wahren. Ein Antrag des Vertreters Mann, den Landrat hierauf aufmerksam zu machen, fand keine Annahme, weil die Mehrheit der Meinung war, daß derartige Herren nicht an Versprechungen erinnert sein wollen. Ein allerdings wenig schmeichelhaftes Kompliment für den Herrn.

Aus Schöneberg schreibt man uns: Der kürzlich im „Vorwärts" veröffentlichte Artikel über den Krankenhausbau am Orte scheint in maßgebenden Kreisen verschnupft zu haben, denn ein hiesiges Blatt wendet sich in offenbar inspirierten Ausführungen gegen den von uns erhobenen Vorwurf, daß es in der Bauangelegenheit nur mit schneckenhafter Langsamkeit vorwärts gehe. Wenn man in Betracht zieht, daß eine thatsächliche vierjährige Bauperiode vorgesehen ist und eine noch viel länger währende Agitation für eine der wichtigsten Aufgaben der Kommunalpolitik vorangehen mußte, so dürfte der Vorwurf der schneckenhaften Langsamkeit, für die wir freilich die jetzige Bauleitung nicht verantwortlich machen wollen, wohl begründet erscheinen. Ist man bei der Errichtung von höheren Schulen, Gymnasien usw., über deren augenblickliches Bedürfnis im Verhältnis zu der Wichtigkeit eines Krankenhauses für einen so großen Ort sich streiten läßt, nicht bedeutend schneller zu Werke gegangen? Oder will man einen Grund zur Langsamkeit in den jahrelangen Vorbereitungen beim Bau andrer Krankenhäuser erblicken, deren Bau sich jedenfalls nicht so lange hingezogen haben dürfte?

Neue Ringbahnstation in Schöneberg. Am 1. Dezember dieses Jahres wird die bisher für den Personenverkehr auf der Berliner Ringbahn in Schöneberg eingerichtete „Station Papestraße" für den Personen- und Gepäckverkehr der Vorortstrecke Berlin—Groß-Lichterfelde-Ost und Berlin—Zossen eröffnet und mit dem gleichen Zeitpunkte die Umleitung des Vorortverkehrs Berlin—Groß-Lichterfelde-Ost und Zossen von dem Anhalter nach dem Potsdamer Bahnhof durchgeführt werden. Es werden sämtliche Vorortzüge Berlin—Groß-Lichterfelde-Ost und Berlin—Zossen auf der Station „Papestraße" anhalten.

Vom Grund- und Bodenwucher. Die bekannte Velvetfabrik in Niederschöneweide hat dort ein zwölf Morgen großes Gelände für 664 000 M. gekauft, der Morgen kostet demnach 55 000 M.; im Jahre 1870 wurde der Morgen an der Spree noch nicht mit 3000 M. bewertet. Der Berliner Magistrat hat kürzlich bei Niederschöneweide vom Fiskus und von einer Gesellschaft Ländereien, die etwa 155 Morgen umfassen, für zusammen 5 400 000 M., d. h. also den Morgen für rund 35 000 M. gekauft.

Gerichts-Zeitung.

Um eine gemeine Flegelei im Nachtomnibus handelte es sich bei einer Anklage wegen thätlicher und wörtlicher Beleidigung, die den Direktor des preußischen Landgemeinde-Verbandes Paul Kruse aus Königs-Wusterhausen und den Kalkulator a. D. Franz v. Milferstädt gestern vor die fünfte Strafkammer des Landgerichts I führte. Frau Köppen, die in einem Restaurant die Stelle einer Büffettdame inne hat, hatte nach Beendigung ihres Dienstes in der Nacht des 6. Januar einen vom Stettiner Bahnhof nach dem Botanischen Garten gehenden Nachtomnibus bestiegen. Bis zum Bahnhof Friedrichstraße war sie allein im Omnibus, dort stiegen die beiden Angeklagten und ein Zahlmeister-Aspirant in Uniform ein. Wie Frau Köppen und der Omnibusschaffner bekundeten, ließ sich Herr Kruse mit beabsichtigter Behemenz auf die Bank nieder und drängte so dicht an die Frau Köppen heran, daß diese sich solche Ungezogenheit verbat. Sie wurde aber verhöhnt und Herr Kruse hielt ihr entgegen: „Eine anständige Dame fahre nicht in der Nacht allein in einem Omnibus." Herr Kruse ließ auch mit seinen Belästigungen nicht nach und berührte wiederholt ihre Knie, während der zweite Angeklagte, der der Frau Köppen gegenüber saß, mit seinen Füßen ihre Füße umschlang. Frau Köppen sah sich genötigt, den Schaffner um Schutz zu bitten, aber auch dessen Intervention hatte zunächst keinen Erfolg, vielmehr wurde er durch die Worte beleidigt: „Du Lump hast wohl von der Triene einen Sechser bekommen?" Dem Schaffner blieb schließlich nichts andres übrig, als den Wagen halten und die Persönlichkeiten der Ruhestörer durch Schutzleute feststellen zu lassen. Das Schöffengericht hatte seiner Zeit den Angeklagten Kruse zu 200 Mark Geldstrafe, den Angeklagten v. Milferstädt zu 50 M. Geldstrafe verurteilt. In der gestrigen Verhandlung in der Berufungsinstanz versuchte Herr Kruse die Glaubwürdigkeit der Frau Köppen zu bemängeln, deren Angaben wurden aber durch den Schaffner bestätigt. Der Staatsanwalt hielt das Verfahren der beiden Angeklagten für um so strafwürdiger, als es sich hier um eine schutzlose weibliche Person handelte, die durch ihren Beruf gezwungen war, einen Nachtomnibus zu benutzen, wie dies ja so manche auf Erwerb angewiesene Frau thun müsse. — Der Gerichtshof hielt die Zeugin für völlig glaubwürdig und erkannte auf Verwerfung der Berufung.

Wegen eines schweren Excesses in der Friedrichstraße hatte sich gestern ein rabiater Russe, der aus Wilna stammende Schuhmachermeister Ephraim Lach, vor der 3. Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten. Als am 25. August nachmittags der Buchhalter Koch in der Friedrichstraße an einer Anschlagsäule die Plakate las, erhielt er plötzlich von hinten ein Paar Faustschläge in den Nacken und als er sich umdrehte, sah er den Angeklagten mit einem Messer in der Hand stehen und ehe er sich dessen versah, stach der Angeklagte mit dem Messer auf ihn los. Er erhielt zwei Messerstiche in die Schulter und gegen die Stirn. Ein auf einem Omnibus sitzender Mann machte den Polizeilieutenant Denkler auf das Rencontre aufmerksam und dieser versuchte ihm das Messer zu entreißen; doch gelang ihm dies nicht, da der Angeklagte mit dem Messer herumfuchtelte. Der Polizeilieutenant mußte ihn an der Gurgel packen und es entstand ein lebhaftes Ringen, welches erst dadurch beendet wurde, daß ein vorbei kommender Gardejäger das Seitengewehr zog und nach dem Angeklagten schlug und mehrere Passanten mit Stöcken und Schirmen nach der Hand des letzteren schlugen, so daß das Messer zu Boden fiel. Er hat während des Ringens auch nach dem Polizeilieutenant gestochen und dessen Uniform durchlöchert. Der Angeklagte war im Stadium der größten Wut, ihm stand der Schaum vor dem Munde und er mußte nach der Polizeiwache geschleift werden. Welche Motive den Angeklagten, der sich nur mit Hilfe des Dolmetschers, Regierungsrat Brandt, verständigen konnte, geleitet haben, ist ziemlich unklar. Er behauptet, er sei an jenem Tage nach Berlin gekommen, um über Hamburg nach Glasgow weiter zu fahren. Ueber die Verbindung nach Hamburg habe man ihn falsch unterrichtet, so daß er den Anschluß verpaßte. Er sei darauf mit mehreren Personen zusammen gewesen und diese hätten ihm in einem Schanklokale nicht nur sein Geld und seine Sachen abgenommen, sondern ihn auch auf der Straße verfolgt. Da habe er den Zeugen Koch auf der Straße stehen sehen und da er meinte, dieser müsse die Verfolger bemerken, habe er auf ihn eingeschlagen, weil er zu wütend darüber gewesen, daß ihm von keiner Seite Hülfe komme. Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten zu 1 Jahr 2 Monaten Gefängnis.

Der Begriff des Verteilens von Druckschriften hatte das Kammergericht anläßlich eines Strafverfahrens auszulegen, das gegen die Parteigenossen Tiber und Robinsohn wegen Vergehens gegen die §§ 10 und 41 des preußischen Preßgesetzes anhängig gemacht worden war. Die Angeklagten hatten auf dem Marktplatz zu Reuteich fünf Knaben eine Anzahl Exemplare der Schrift: „Wie ein Pfarrer Socialdemokrat wurde", zum Verteilen in den Häusern übergeben und ihnen ausdrücklich untersagt, auf der Straße welche abzugeben. Das Landgericht als Berufungsinstanz verurteilte die Angeklagten zu Geldstrafen, weil sie ohne vorherige polizeiliche Erlaubnis öffentlich Druckschriften verteilt hätten. Ein solches Verteilen erblickte das Gericht schon in der Abgabe der Broschüre an die fünf Knaben auf dem Marktplatz. Außerdem machte es die Angeklagten dafür verantwortlich, daß die Knaben trotz des Verbots Schriften auch außerhalb der Häuser, also öffentlich verteilt hatten. Auf die Revision der Angeklagten hob das Kammergericht die Vorentscheidung auf und sprach sie mit folgender Begründung frei: Der § 10 des preußischen Preßgesetzes sei zu Unrecht angewandt worden. Das Landgericht habe den Begriff des Verteilens verkannt. Dieses setze eine Verteilung an das Publikum voraus. Die Abgabe der Schriften an die Knaben sei kein Verteilen im Sinne des Gesetzes; das Verteilen hätten die Knaben erst besorgen sollen. Dafür, daß die Knaben Schriften auf der Straße verteilt hätten, könnten die Angeklagten nicht verantwortlich gemacht werden, und zwar deshalb nicht, weil sie ihnen das verboten hatten. — Ferner habe das Landgericht den § 43 der Gewerbe-Ordnung verletzt, wonach nur zu einem gewerbsmäßigen Verteilen die polizeiliche Erlaubnis erforderlich sei. Und schließlich sei § 10 des preußischen Preßgesetzes durch § 30 des Reichs-Preßgesetzes insofern abgeändert worden, als er danach nur noch das Verteilen 2c. von Bekanntmachungen, Plakaten und Aufrufen treffen könne. Hier fehle aber jeder Anhalt dafür, daß die verteilte Broschüre einen Aufruf oder eine Bekanntmachung enthalte oder als Plakat anzusehen wäre.

Zwangs-Etatisierung. Die Stadtgemeinde Charlottenburg hatte sich geweigert, der königlichen Polizeiverwaltung Kosten zu erstatten, die dieser durch die Beförderung geschlechtskranker Prostituierter nach der Charité in Berlin entstanden waren. Der Regierungspräsident in Potsdam verfügte darauf die zwangsweise Einstellung dieser Kosten in den städtischen Etat, wogegen die städtischen Behörden den Rechtsweg beschritten. Sie waren der Meinung, daß diese Kosten nach dem Polizeikostengesetz dem Staat zur Last fielen. — Das Ober-Verwaltungsgericht setzte die Zwangsetatisierung insoweit außer Kraft, als der Stadt auch die Kosten für den Transporteur auferlegt worden waren. Im übrigen hielt es die Verfügung des Regierungspräsidenten für gerechtfertigt.

Vermischtes.

Sturm überall. Lotsenberichten zufolge herrschte in der Nacht zu Sonntag auf der Nordsee ein sehr heftiger Sturm. In der Elbmündung ist ein mit vier Mann besetztes Boot des Lotsenversetzdampfers „Kapitän Karpfanger" gekentert. Ein Mann ist dabei ertrunken. Ein heftiger Sturm, verbunden mit Gewitter, Regengüssen und Hagel, wütete Sonntag in ganz Belgien. Namentlich in Lüttich ist der durch das Unwetter angerichtete Sachschaden bedeutend; auf dem Marktplatze wurde eine Anzahl Meßbuden zerstört; viele Bäume wurden entwurzelt und Laternenpfähle umgerissen. Frankfurt am Main erreichte derselbe Sturm Sonntagabend; auch dort war er von Blitz und Donner begleitet und hat vielfachen Schaden angerichtet. Es wurden Bäume umgeworfen, Ziegel von Dächern gerissen und viele Fensterscheiben, darunter große Ladenfenster, zertrümmert. Auf der Kaiserstraße wurde eine Droschke mit vier Personen umgeworfen, die Fahrgäste kamen jedoch mit dem Schrecken davon. Im Café des Hotel Bristol wurden zwei große Erkerscheiben durch den Winddruck aus dem Rahmen gehoben, die beim Zerschellen die Anwesenden mit Glassplittern übersäten; die Marmortische wurden umgestoßen und das ganze Geschirr am Schänktisch ging in Trümmer. Glücklicherweise gelang es, die Läden herabzuziehen und dadurch zu verhindern, daß die schweren, bereits ins Schwanken geratenen Kronleuchter herabstürzten. In vergangener Nacht herrschte auch in Magdeburg heftiger Sturm mit Regenböen. Vom Harz wird ebenfalls stürmisches Wetter gemeldet, das in den Wäldern vielfachen Schaden anrichtete. Im Oberharz und im Brockengebiet trat starker Schneefall ein.

Von der Pest. Die Besserung im Zustande aller im Lazarett von Nisida zu Neapel befindlichen Kranken, mit Ausnahme eines einzigen, hält an. Weder in Neapel noch in der Umgegend ist ein weiterer verdächtiger Krankheitsfall vorgekommen. Von dem zweiten Pestherd, von Samsun, wird ein neuer Pestfall gemeldet. Der oberste Gesundheitsrat von Konstantinopel verhängte eine zehntägige Gesundheitssperre über alle Herkünfte von Samsun und ordnete an, daß sich der Bakteriologe, Major Nuri Bey, sofort an Ort und Stelle begebe, um eine neue Untersuchung vorzunehmen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7—9 Uhr abends statt.

W., Plötzensee. Wir haben über die Angelegenheit bereits vor einigen Wochen berichtet.

M. A. Beide Motore des Straßenbahnwagens bekommen Strom. Es hat jedoch für den Laien den Anschein, als wenn nur der erste Motor (der erste Motor ist immer der, welcher dem Controller zunächst liegt, der vom Führer in Thätigkeit gesetzt wird) Strom bekommt, was jedoch darauf zurückzuführen ist, daß der Strom, nachdem er den ersten Motor passiert und zum Teil verbraucht ist, jetzt erst in den zweiten Motor kommt und folglich nicht mehr die Kraft besitzt, auch diesen in die gleiche Bewegung zu setzen.

K. A. 10. 1. Dienstmädchen unterliegen in Preußen weder der Unfall- noch der Krankenversicherungspflicht. Die Herrschaft ist für die Dauer von sechs Wochen zur Fürsorge in Krankheitsfällen verpflichtet. Leider steht also dem durch Blutvergiftung zum Krüppel gewordenen Mädchen kein Anspruch zu. 2. Die Höhe der Invalidenrente richtet sich nach der Zahl der geklebten Marken und nach deren Höhe. 3. Das Mädchen soll sich an die Belohnungs- und Unterstützungsanstalt für das Gesinde, Berlin C., Rathaus, mit einem Antrage auf Unterstützung wenden. — **R. C., Memel.** Nach Ansicht des Ober-Verwaltungsgerichts ist die Steuerbehörde zu der Anfrage befugt und insbesondere, falls die Anfrage nicht beantwortet wird, berechtigt, den Chef und seine Gehilfen als Zeugen zu vernehmen und deren eidliche Vernehmung zu veranlassen. — **W. M., Reichenbergerstraße.** Leider nicht. — **C. S. 1000.** Nein. Ist nichts über die Kündigungsfrist vereinbart, so gilt für das städtische Gesinde als Kündigungsfrist die Frist von sechs Wochen zum Ersten des Quartals. — **C. W.** Die Herrschaft ist im Recht. Siehe die Antwort unter C. S. 1000. — **G. A. 57.** 1. und 2. Wenden Sie sich an die Polizeidirektion und an das Bezirkskommando. 3. Keinen. 4. Setzen Sie bei der Umrechnung den Wert eines Franken mit 80 Pf. an. — **Alter Abonnent.** Der Wirt ist im Unrecht: die Birnen des von Ihnen gepachteten Birnbaumes gehören Ihnen, und die schriftlich bis zum 1. Oktober 1902 vereinbarte Vertragsdauer bezüglich des Stalles und Landes gilt trotz des Unwillens des Eigentümers. — **A. A.** Ja. — **E. F. 81.** Ihre Schwägerin müßte zunächst bei dem Amtsgericht Anberaumung eines Sühnetermins beantragen und zu diesem ihren Mann laden. Ein Beispiel und ein Formular hierzu finden Sie S. 226 Nr. 26 des dem „Arbeiterrecht" angehängten Führers. Das Buch liegt in den öffentlichen Lesehallen aus. Nach fruchtlosem Ablauf des Sühnetermins kann sie nur auf Herstellung des ehelichen Lebens klagen, falls Ehescheidungsgründe andrer Art als das von Ihnen Vorgelegte ihr nicht zur Seite stehen, und erst nach Ablauf eines Jahres nach Verurteilung des Ehemanns könnte sie auf Ehescheidung klagen. Zwecks der Anstellung der Klage auf Herstellung des ehelichen Lebens und der auf Ehescheidung thut sie gut, das Armenrecht zu erwirken. Ein schleuniges Vorgehen liegt im Interesse Ihrer Schwägerin. Erfährt sie während der Klage auf Herstellung des ehelichen Lebens triftige Ehescheidungsgründe, so kann sie die Klage auf Herstellung des ehelichen Lebens in eine Ehescheidungsklage umwandeln. Warten ist zwecklos.

Witterungsübersicht vom 7. Oktober 1901, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 0° C. = 4° R.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 0° C. = 4° R.
Swinemünde	731	WNW	7	Regen	8	Haparanda	739	S	4	Regen	10
Hamburg	738	WSW	6	Regen	8	Petersburg	—	—	—	—	—
Berlin	737	W	6	wolkig	8	Cork	762	NW	3	hlb.bed.	9
Frankf./M.	747	SW	6	bedeckt	8	Aberdeen	—	—	—	—	—
München	750	W	7	wolkig	6	Paris	755	WSW	2	wolkenl.	8
Wien	745	W	4	bedeckt	10						

Wetter-Prognose für Dienstag, den 8. Oktober 1901.

Kühl, zeitweise heiter, jedoch sehr unbeständig mit Regenschauern und starken nordwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Verein d. Frauen u. Mädchen der Arbeiterklasse.

Am Sonnabend, den 5. Oktober, starb unser treues Mitglied

Frau Geike.

Die Beerdigung findet am Dienstag, nachmittags 3 Uhr, vom Moabiter Krankenhause nach dem städtischen Friedhofe in Friedrichsfelde statt.

Um rege Beteiligung bittet

Der Vorstand.

Arbeiter-

Stenographen-Verein Stolze-Schrey

Neue Unterrichtskurse beginnen **Dienstag, den 8. Oktober,** im Bezirk **Norden,** bei Gleinert, Schulstr. 29.

Beginn 8 1/2 Uhr abends.

Die erste Stunde ist kostenfrei. Unterrichtsgeld **4** Mk. Das Lehrbuch wird **gratis** geliefert

Verantwortlicher Redacteur: **Carl Leid** in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.